DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

91 9. JAHRGANG April '92 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

DAS ANDERE EUROPA

Statt der erwarteten 100 TeilnehmerInnen kamen ca. 200 VertreterInnen überwiegend aus EG-Ländern, aber auch die GUS, Polen, Schweiz, Libanon, Syrien und Martinique waren präsent. Zahlenmäßig war das zweite Treffen der AG »Das Andere Europa« in Brüssel ein Erfolg, inhaltlich wurden Charta, Resolution und beschlossenes 10-Punkte-Programm zur Umsetzung auch schon mal als Wunschmaschine bezeichnet, die nur zögerlich auf Touren kommt. Trozdem: die alternative Ökonomie-Collage, die ihren nächsten Höhepunkt vermutlich 1993 in Dresden erleben wird, ist als spannender Bericht vom Treffen in Brüssel nachzulesen auf Seite 2.

WAHN – SINN

Wer zieht die Grenze zwischen Wahn und Sinn? Welchen Sinn hat diese Grenze? Schützt sie gar den Wahn vorm Sinn – und wer ist wer? Oder steckt im Sinn zulezt mehr oder gleichviel Wahn als wie im Wahn – Sinn? – Diese Fragen haben wir im Schwerpunkt der letzten Nummer versucht zu beantworten. Wir setzen die Fragestellung und das Thema mit (drei) Beiträgen fort:

- Ein Taxi-Einzelunternehmer läßt sich auf einen Rechtsstreit mit seiner Wohnungsverwaltung ein, bekommt Magengeschwüre und landet nach Drängen einer Psychotherapeutin freiwillig in einer Psychiatrie. Da er mit den Methoden dort nicht einverstanden ist, endet für ihn die Behandlung mit Führerscheinentzug und dadurch mit Berufs- und Erwerbsunfähigkeit. Die Anpassung des Protests oder die erschreckende Alltäglichkeit der Maschinerie von Psychiatrie und Behörden erzählt der Betroffenen selbst auf Seite 4.
- Um Dialog mit psychisch Kranken geht's im Interview mit Roland Goldack, dem Herausgeber der FAPI-Nachrichten (Forum Anti-Psychiatrischer Initiativen). Seine psychiatrie- bzw. 'psychokritische' Einstellung erläutert er im Zusammenhang mit der zunehmenden Vereinzelung der Menschen in der westlichen Konsumgesellschaft. Vor dem Hintergrund der »sozialen Erosion« sei Wahnsinn eigentlich nur die konsequente Antwort auf diese Zustände. Insofern haben Wahnsinnnige ihre Bedeutung als eine Art von IndikatorInnen für die Gesellschaft und es gehtr darum, in echten Dialog mit ihnen zu treten und ihre Botschaften verstehen zu lernen. Auf Seite 5.

FRAUEN

Frauen wollen beides: Kind und Beruf. Wie aber unter welchen (Arbeits-)Bedingungen ist das zu schaffen? Eine Frage, die (nicht nur) in allen Frauenzusammenhängen heiß diskutiert wird. Haben es die Frauen, die in der alternativen Wirtschaft arbeiten, leichter als im »normalen Leben« ? Gisela Notz hat aktuelle Untersuchungen zu alternativer Wirtschaft aus frauenpolitischer Sicht ausgewertet und kommt zum Schluß, daß grundsätzlich die Möglichkeit zur Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung bestehen würde. Meist scheitert die Verwirklichung dieser Utopie an der mangelnden Bereitschaft der dort arbeitenden Männer, sich Ressourcen, über die sie bisher selbstverständlich verfügt haben, entziehen zu lassen. Auf Seite 10.

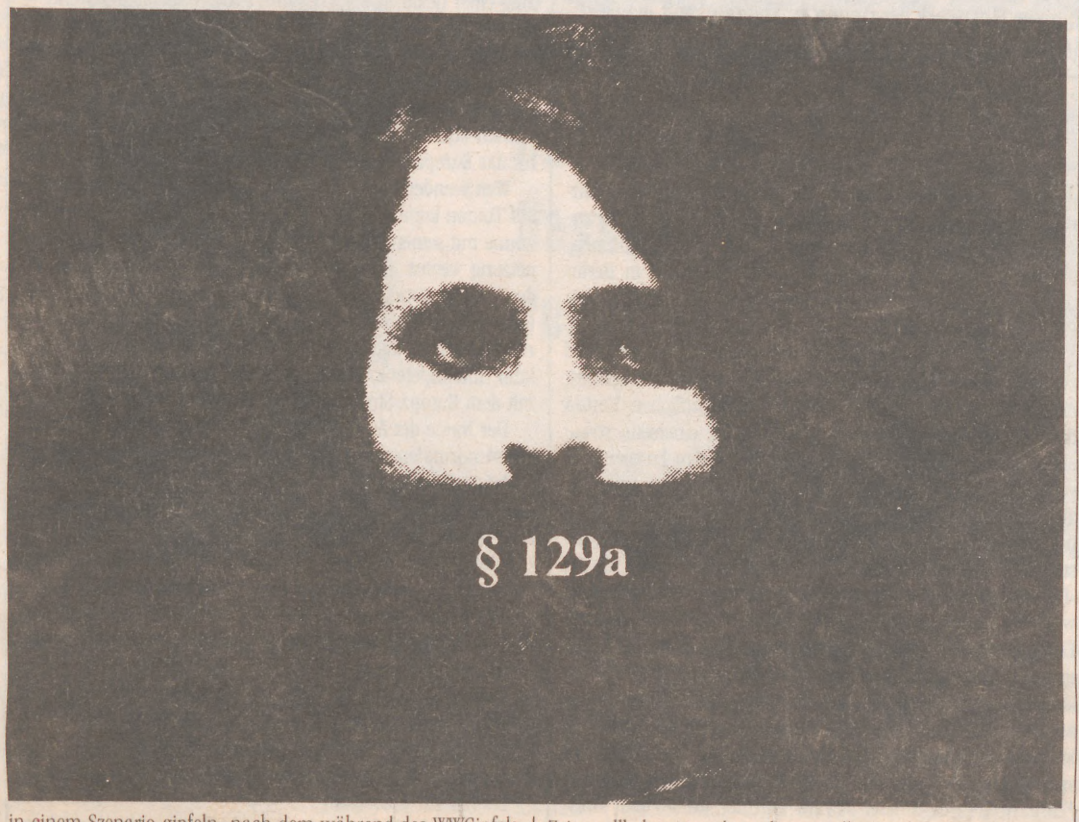
PGH'S IM WANDEL

Anders als die volkseigenen Betriebe stellten die Genossenschaften in der ehemaligen DDR eine Form privater Wirtschaft dar. Sie arbeiteten von jeher gewinnorientiert und nach der Überwindung verschiedener Umstrukturierungs- und Umwandlungsprobleme kann zukünftig von positiven Impulsen für die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft gerade von den Produktivgenossenschaften im Handwerk und im Baugewerbe ausgegangen werden. Eine Studie des vdp aus Dessau gibt Einblick in die aktuelle Situation der ehemaligen PGH's und ist nachzulesen auf Seite 12.

EIN ANTI-WWG-NETZ UND KEIN DOPPELTER BODEN

... vor dem Gipfel Friedhofsruh?

Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels (WWG) 92 in München erschließt der hierfür ausgerüstete Teil der Gegenbewegung neue Vernetzungsmittel: als Teil eines internationalen Computernetzwerkes entsteht in konkreter Vorbereitung von Widerstand aller Art ein neues Kommunikationsnetz aller hieran Interessierten. Doch auch der Staatsapparat bereitet sich und die Öffentlichkeit vor, auf seine Weise – Fachleute warnen vor einer Desinformationskampagne, die derzeit publizistisch vorbereitet wird...



Von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Seit Sommer 91 besteht eine »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« (KGT), die nach Angaben der Innenministerkonferenz Aktivitäten der diversen Polizei-, Geheimdienstebenen und solche der Justizbehörden koordinieren und aber auch für eine »ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung« sorgen soll. Wie diese Art koordinierter Medienpolitik in ihren schlimmsten Auswüchsen aussehen mag, erlebten wir Westdeutschen zuletzt 1977 während der Nachrichtensperre zu Schleyer, Mogadischu und den Toten von Stammheim – eine Gleichschaltung der Gesellschaft zur Formierung des öffentlichen Bewußtseins durch die wenigen gezielten Informationen einer solchen »Öffentlichkeitsarbeit« war die Folge.

So warnt Ulrich Sander in der Februarausgabe der Gewerkschaftszeitung »publizistik&kunst« vor Desinformationskampagnen der KGT nach dem Vorbild des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Sander vermutet sogar, daß die KGT z. B. den RAF-Mythos künstlich aufrecht erhalten wird, um die wahren Hintergründe von politischen Morden zu verheimlichen. Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels Juni 92 greifen die ermittelnden Mediensensibilisierer jedenfalls offensichtlich schon jetzt zu allen erdenklichen Mitteln, um den zu erwartenden Widerstand bereits im Vorfeld ins öffentliche Abseits zu drängen und zu kriminalisieren.

»Desinformation nach dem Vorbild der Stasi«?

In der ersten Phase geht es den neuen Kontrollettis öffentlicher Meinung anscheinend darum, bestehende Selbstverwaltungs-, Informations- und Diskussionszusammenhänge zu erkennen und ihnen über gezielte Veröffentlichungen einen terroristischen Hintergrund über gezielte Veröffentlichungen anzuhängen, um gezielten Ermittlungen nach §129a) und richterlich genehmigter Telefonüberwachung nach den sogenannten G-10-Bestimmungen »publizistisch den Weg zu ebnen«. Dies beobachtet zumindest die kleine Göttinger Fachzeitschrift »Informationsdienst Computer & Medien« (ICM), die von alternativen Medienprojekten aus Freiburg, Heidelberg, Frankfurt und Göttingen vierteljährlich »auf Spendenbasis« herausgegeben wird und die Nachfolge einer gleichnamigen (inzwischen abgewickelten) Veröffentlichung der zuständigen Grünen-BAG angetreten hat.

Weitere Phasen einer solchen Ordnungsstrategie könnten in einem Szenario gipfeln, nach dem während des WWGipfels in München jeder öffentliche Protest verboten oder erschwert wird. Gerüchte kursieren über eine polizeiliche Absicht, jedeR Anreisenden, dem/der »Gewaltbereitschaft« unterstellt wird oder TeilnehmerInnen einer dann verbotenen Demonstration, in einem Sicherheitsring von 100 km um München zu empfangen und ggf. in Polizeikesseln und Lagern aufzuhalten. Gezielte Medienattacken können sowas vorbereiten helfen: Sie isolieren im Vorfeld und schaffen ein eindeutiges Feindbild innerhalb der Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch der Polizei...

Und in der Tat. Seit Februar wurden zumindest in Hannover und Nürnberg Presseartikel registriert, die alternative Medienkooperationen gegen den Weltwirtschaftsgipfel und selbstverwaltete Zentren, die zur Vorbereitung von Anti-WWG-Aktivitäten genutzt werden, gezielt in die Nähe der RAF rücken. ICM verweist auf einen Berliner Autor, der das Mainzer Infonetz der WWG-Gegner »im Umfeld« ortet, bei dem jedoch leider telefonisch nicht rückgefragt werden konnte, weil sein Name weder in Ost- noch Westberliner Telefonbüchern verzeichnet ist...

Kriminalisierung der Gegenöffentlichkeit im Vorfeld

Wohlbekannt als Rechtsaußen der Lokalredaktion der NZ-Nürnberg hingegen ist der Autor eines längeren Berichts, der aus der »Enthüllung« von diversen wahren und falschen Einzelheiten zur Vorbereitung der Anti-WWG-Aktionen und unter Ausnutzung der Nürnberger Alternativstrukturen vor allem des KOMMs zur Schlußfolgerung kommt, hier werde von der Stadt Nürnberg dem »RAF-Umfeld« eine willkommene Infrastruktur zur Vorbereitung von Gewalttaten und Terrorakten anläßlich des WWG geboten.

Die Konsequenzen sind in Bayern seit WAA und Buko-AKW-Zeiten allbekannt und wurden vor allem während der Hungerstreiks der politischen Gefangenen praktiziert. Eine Versammlung wird im Vorfeld verboten, indem Polizeiaufsicht und juristisch verantwortende Versammlungsleitung für alle großen und kleineren Treffen gefordert wird, um Straftaten und Planung von Gewaltaktionen zu registrieren und ahnden zu können. Und wenn die Anti-WWG-Bewegung nicht auf diese Weise unter Polizeikontrolle gestellt werden will, darf sie eben nicht mehr tagen und auch keine Versammlungen mehr abhalten.

Dieselben oder zumindest ähnliche Maßnahmen sind gegenüber Anti-WWG Informationsnetzen zu befürchten. Bei Verdacht nach §129a) sind weitgehende Maßnahmen nach der G-10-Regel möglich, bei der Computernetzbetreiber, die ohnehin dem Presserecht unterliegen, auskunftspflichtig gemacht werden, auf vielfältige Weise abgehört werden können (Computerbildschirme können aus bis zu 50 m Entfernung abgelesen werden) und Kommunikationsprofile der Netzwerke als Grundlage von Rasterfahndungen nutzbar gemacht werden.

Die Propaganda über eine elektronische Internationale des Terrors soll dem Netz der WWG-Gegner von Anfang an den doppelten Boden bereiten, der ihre Absichten als »Untergrund« denunziert. CONTRASTE behandelt in dieser Schwerpunktausgabe die Frage, wie ein Netz ohne doppelten Boden gestrickt werden kann. Wir dokumentieren die Bemühungen der WWG-GegnerInnen und ihrer internationalen PartnerInnen, ein European Counter Network (ECN) aufzubauen und kommentieren damit einhergehende Fragen des Datenschutzes, der Zukunft des Computermediums und der technischen und rechtlichen Möglichkeit, abgehört zu werden sowie sich dagegen zu wehren. ●

Unser Schwerpunktthema auf den Seite 6 bis 9

P 8008 E

00.2621 001 4 ##
151
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

SCHWEIZERISCHE WOCHENZEITUNG (WoZ) NACH 10 JAHREN:

Selbstverwaltet auf Erfolgskurs

»Die Schweiz hat's nicht besser verdient«, titelte die WochenZeitung (WoZ) letzten Herbst zu ihrem 10-jährigen Bestehen. Das »Organ der Opposition im Lande«, wo eine parteiähnlich organisierte Opposition weitgehend fehlt, hat im Verlauf seiner Geschichte zunehmend an Bedeutung gewonnen. Nach wie vor soll Selbstverwaltung nicht Selbstzweck sondern unabdingbare Organisationsform zur Produktion einer Zeitung sein, die anders als andere funktionieren soll: Ein Plädoyer für genossenschaftliche Selbstverwaltung, demokratische Entscheidungsprozesse, Eigeninitiative und Einheitslohn vom WoZ-Mitarbeiter und -Mitgründer Jürg Fischer.

Vor kurzem kam ein Kollege der liberalen, von Fall zu Fall auch fortschrittlichen »Weltwoche« in einem Kommentar zur Linkspresse in der Schweiz und anderswo wieder einmal zu der neunmalklugen Schlußfolgerung, Zeitungen wie die taz oder die WoZ hingen letztlich davon ab, »wie lange die dort arbeitenden Leute bereit sind, doppelt soviel wie die Konkurrenz zu malochen und trotzdem nur halb soviel zu verdienen.« In Tat und Wahrheit verhält es sich natürlich umgekehrt: So manches bürgerliche Blatt erscheint nur deshalb, weil es seine Schreiberlinge mit doppelt soviel Lohn für viel weniger Arbeit ködert...

Doch auf die WoZ bezogen ist die Feststellung auch auf den ersten Blick nicht zutreffend: Bei der WoZ ist die in ihrer Satzung festgeschriebene 40-Stunden-Woche längst realisiert, genauer, es ist, wie es im freien Unternehmertum zugeht, einige der mittlerweile fast fünfzig festangestellten WoZ-Kollektivmitglieder arbeiten regelmäßig über fünfzig Stunden die Woche, andere begnügen sich mit deren fünfunddreißig.

Die WoZ – es gibt sie nun seit mehr als zehn Jahren und sie ist nicht nur aus der Presselandschaft der deutschsprachigen Schweiz nicht mehr wegzudenken, sondern genießt zunehmend Ansehen auch über die Landesgrenzen hinweg –, gemäß Eigenwerbung »das Organ der Opposition im Lande«, sowie »immer noch links, undogmatisch, autonom und ungezogen«, ist einer der größten der vielleicht fünfhundert selbstverwalteten Betriebe in der Schweiz. Von Anfang an war Selbstverwaltung für die WoZ aber nicht Selbstzweck, sondern unabdingbare Organisationsform zur Produktion einer Zeitung, die anders als andere funktionieren sollte, unabhängig vom Willen eines autokratischen Verlegers, unabhängig von den Launen und Interessen solventer Anzeigenkunden. Damit war und ist Selbstverwaltung und Genossenschaftsmodell für die WoZ auch ein Verkaufsargument: Seht her, wir machen das Blatt ohne Einflußnahme von außen, was im Blatt steht, ist Resultat eines demokratischen Entscheidungsprozesses, nur dies ist die wahre Pressefreiheit! Gleich hier sei angemerkt, daß die WoZ keine »LeserInnen-Zeitung« ist, daß die Demokratie des redaktionellen und betrieblichen Entscheidungsprozesses gleichsam an der Bürotür aufhört, will sagen, das WoZ-Kollektiv hat stets versucht, die Einwirkungsversuche von »Pressure-Groups« aus dem eigenen Lager, egal ob radikal-antiimperialistischer oder fundamentalistisch-grüner Provenienz, abzuwehren, mit dem sicherlich diskutablen Grundsatz: »Wir machen die Zeitung, die uns interessiert, wenn sich dafür nicht genügend LeserInnen interessieren, sind sie selber schuld.« Die juristische Person »Genossenschaft infolink«, die die WoZ herausgibt, ist denn auch konsequenterweise personell identisch mit den WoZ-MacherInnen; wer nicht mehr bei der WoZ arbeitet, ist auch nicht mehr Genossenschaftsmitglied – ein unfriendly Takeover kann nur aus den eigenen Reihen kommen. Klammer zu.

Selbstverwaltung ist für die WoZ nicht Selbstzweck, steht ein paar Zeilen weiter oben. Gleichwohl beschäftigt uns die eigene Selbstverwaltung seit Jahr und Tag zur Genüge, d.h., im besseren Fall beschäftigen wir uns mit ihr.

Fortsetzung auf Seite 3

SCHREINEREIEN

Bundestreffen der selbstverwalteten Schreinereien

8. bis 10.5.1992 in Roßdorf bei Darmstadt
(in Kooperation mit Buntstift e.V.

500 Jahre Kolonialismus und der Griff nach den Rohstoffen der sogenannten. »Dritten Welt«
– Die selbstverwalteten Betriebe im Spannungsfeld zwischen herrschaftsfreier Utopie und Einbindung in die weltwirtschaftliche Realität

12. Oktober 1492: Columbus »entdeckt« die von »Indies« bevölkerte »Neue Welt«. So jedenfalls steht es in den Geschichtsbüchern der Ersten Welt, ungeachtet der Tatsache, daß der amerikanische Kontinent seinen BewohnerInnen altbekannt war und die Bezeichnung »Indio« im jahrhundertelangen SPrachgebrauch immer eine diskriminierende – die rassistische Minderheit beinhaltende – Bedeutung hatte.

Scheinheilig war heuer die »Begegnung zweier Welten« in den Mittelpunkt der offiziellen Jubiläumsfeierlichkeiten zum 500. Jahrestag gestellt, als deren spektatkulären Höhepunkt man beabsichtigt, die Statue des Columbus, via Barcelona auf die Reise geschickt, in New York mit der Freiheitsstatue zu vermählen.

Tatsächlich eröffnete Christoph Columbus mit seiner fatalen Reise »einen Prozeß (...), der die kulturelle und physische Ausrottung von Millionen Menschen bedeutete« (Noam Chomsky).

Während die Ausbeutung der sogenannten »Dritten Welt« jahrhundertelang vornehmlich über den ungleichen Tausch (Rohstoffe gegen industriell gefertigte Waren) funktionierte, wird das Verhältnis zwischen den Industrieländern und der »Dritten Welt« inzwischen mehr und mehr durch die Verschuldung der Drittweltländer bei den Großbanken und den Finanzinstutionen der Ersten Welt bestimmt.

Die Teilhabe der Kollektiv-Betriebe – die sich ja in der Regel als politische und wirtschaftliche Alternative begreifen – an dem sich für dieses Ausbeutungsverhältnis begründeten Reichtum und Wohlstand soll Thema dieses Treffens sein.

Fragen die sich im Laufe der Vorbereitung stellten:

- Welche Produkte, Rohstoffe und Dienstleistungen aus den sogenannten Entwicklungsländern benutzen wir im SchreinerInnenhandwerk? Wie sind die Produktionsbedingungen?
- Was ist ein »fairer« Preis? Gibt es »fairen Handel« zwischen ungleichen PartnerInnen?
- Kann unser Betrieb auf die Privilegien aus dem Ausbeutungsverhältnis verzichten und trozdem in der heimischen Konkurrenz bestehen?
- Können wir schließlich unseren »weißen« eurozentrischen Blickwinkel aufheben und übernehmen wir geschichtliche Verantwortung? Wie sehen Handlungsmöglichkeiten für uns aus?

Das Einleitungsreferat über allgemeine Kolonialgeschichte und Weltmarktstrukturen hält Gerlinde Horsch von der »Akademie für Ältere« (Erwachsenenbildung), Heidelberg.

Für die Diskussion der Handlungsperspektiven sind bisher drei Arbeitsgruppen geplant:

- Unabhängige Handels- und Einkaufsstrukturen
- Direkte Unterstützung der ProsuzentInnen (bei Streiks, Boykott-Aufrufen usw.)
- Schuldenerlaß und Reperationszahlungen

Anmeldungen und Infos:
querholz möbelbau
Körnerstr. 5a · W-6140 Bensheim
☎ (0 62 51) 6 76 47

UMWELT-SEMINARE

Programm für 1992:

Ökoführerschein für Jugendliche

Als »Erfahrungskurs in Sachen Umwelt« bieten die Jugend-Umweltverbände eine Seminarreihe aus fünf speziell konzipierten Umwelt-Seminaren an. Jeder Jugendliche zwischen 12-25, der an ihnen teilnimmt, erhält den »Ökoführerschein«. Nun liegt das Programm für 1992 vor.

Die Seminare decken das gesamte Feld des Natur-und Umweltschutzes mosaikartig ab. So bieten sie neben viel Fachinformationen zu Umweltthemen wie Energie, Wasser, Naturschutz, Landwirtschaft auch Naturerfahrung, Exkursionen und Arbeit im Labor. Besonders soll der Ökoführerschein, so Sven Giegold, Sprecher der Projektgruppe, »Jugendliche motivieren für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt aktiv zu werden und ihnen dazu die Fähigkeiten vermitteln.« Daher liegt ein weiterer Schwerpunkt der Seminare auf Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik, Dokumentation und Aktionsmöglichkeiten für Jugendgruppen. Integriert ist außerdem gleich der Jugendgruppenleiter-Ausweis. »Umweltschutz ist zur Überlebensfrage geworden, niemand kann es sich leisten, sich nicht damit zu beschäftigen«, so Giegold weiter.

Letztlich soll der Ökoführerschein so bekannt werden wie Freischwimmer und Lebensrettungsschein. Dann hilft er den InhaberInnen bei der Suche nach Zivildienst und Ausbildungsstellen im Umweltschutz.

Die Seminare werden bundesweit in fünf Umwelt-Bildungsstätten angeboten und von Umwelt-Pädagogen geleitet. Bisher gibt es die Ökoführerschein-Kurse in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Berlin. Besucht werden können die Seminare aber von TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Kontakt:
Projekt Ökoführerschein
Beim Kalkberg 7
W-2120 Lüneburg

BRÜSSEL: INTERNATIONALES NETZWERK FÜR ALTERNATIVE & SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Furnnativ – geht das?

Das Netzwerk der alternativen und solidarischen Ökonomie sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuß des Europaparlamentes versammelten Anfang Februar VertreterInnen aus vielen Ländern zu einem »Zweiten Treffen« in Brüssel. Statt der erwarteten 100 TeilnehmerInnen kamen ca. 200 überwiegend aus EG-Ländern, aber auch die GUS, Polen, Libanon, Syrien und Martinique waren präsent. Um das Interesse an diesem Netzwerk verstehen zu können, muß man Vergangenheit und Zukunft dieses »Zweiten Treffens« betrachten.

Ulli Berger, Redaktion Dresden ● Da gab es zum einen seit langem die Diskussion, eine Europäische Projektemesse zu veranstalten. Nach einem Brainstorming im Juli '89 zu praktischen, theoretischen und politischen Dimensionen wurde in Berlin unter dem programmatischen Motto »Ende der Eiszeit« eine Projektstudie erarbeitet.

Liest man die Protokolle aus dem Spätherbst 1989, wird zweierlei klar: Szenegerangel, ideologischer Richtungsstreit und Konkurrenzgehabe zwischen den vermeintlichen Horten der Selbstverwaltung Frankfurt und Berlin einerseits sowie ernsthafte Diskussionen um Großkotzigkeit, den Europatrend »von oben« mit seinen Harmonisierungszwängen, konkrete politische Aussagen anstelle eines nur bunten Europas von unten und das Bemühen, transparente Vorbereitungsprozesse zu installieren. Dieser Diskussionskreis tagte in der Folge als AG »Das Andere Europa«, die u.a. die Projektemesse vorantreiben wollte (Kongreß, Ausstellung un Kulturfestival für ein Anderes Europa, wie es auch einer Betrachtung der Länder der sogenannten Dritten Welt und der Völker Osteuropas standhalten kann). Waren 1989 nur Berlin, Frankfurt oder Leipzig als Veranstaltungsorte im Gespräch, kam 90/91 Dresden dazu. Im Rahmen der »Bunten Republik Neustadt« im Juni 1991 traf sich die AG »Das Andere Europa« in Dresden. Auf dem größeren Februartreffen in Brüssel bewarb sich der »Kulturstadt Dresden e.V.« für die Durchführung im Juli 1993.

Die Inhalte der Ziele der Messe lassen sich aus den in Brüssel von den Initiatoren vorgelegten Papieren (Charta und Resolution) ableiten:

- es geht um Europa jenseits der EG, besonders um Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung, ökologisches Desaster und Unterdrückung der Frauen;
- Ansprechpartner sind BIs, alternative bzw. selbstorganisierte Firmen und Kooperativen;
- Inhalte sind Wohnen, Kultur, Gesundheit, Umwelt, Tourismus, Energie, Landwirtschaft, Transport und Finanzen, der soziale Gebrauch von Zeit, eine andere Weise zu zählen;
- Gemeinsamkeiten bestehen in der Unabhängigkeit von Parteien und Institutionen, im Pluralismus und der Öffnung für viele Strömungen, in der Rückkopplung auf Basis und Autonomie in der Solidarität mit ausgeschlossenen und sprachlosen Minderheiten;
- man will Gelegenheit zum Austausch, Gehört- und Anerkanntwerden geben.

Zur konkreten Umsetzung sind zehn Punkte vorgesehen: Dokumentation des Brüssler-Treffen – Adreßbuch der Netzwerke – Charta der alternativen und solidarischen Ökonomie – Schaffung einer flexiblen Basis als Handlungsbasis für Netzwerke – Entwicklung einer Europäischen wirtschafltichen Interessengemeinschaft für Kommunikation zwischen den Netzwerken – konkrete Aktionen für ein »Europa der breiten Solidarität« – Kontakte zu Initiativen anderer Kontinente (alternative G7), kritisch-konstruktiver Dialog mit der EG – Gesetzesvorlagen für das Europäische Parlament – Drittes Treffen 1993.

Wen wundert es, daß diese Wunschmaschine nur zögerlich auf Touren kommt. Der Diskussionsstrom um alternative Ökonomie mit seinen vielen ungeklärten Fragen (horizontale Vernetzung versus vertikale Hierarchien, Organisationsmethoden, Unterkapitalisierung, Bedarf an Controlling und Marketing, Verwaltung von unten nach oben, Verhältnis zu Währungs-, Steuer- und Rechtspolitik, Diskussionen um Einheitslohn, Inkompetenz, Faulheit und Kungeleien u.s.w.) will sich mit dem Europa-Strom zu einer-Euronative verbinden.

Der Name der AG »Das Andere Europa« deutet auf Kritik an einem normalen Europa, daß sich seit Schengen zur Festung ausbaut. Eine analytische Kritik an Europa würde hier den Rahmen sprengen. Um dennoch kurz die Wunden aufzureißen, sind H. Müllers Gedanken trefflich:

- Hitler sprach in seiner Völkerbundrede vom »europäischen Haus«;
- Europa ist eine rein ökonomisch motivierte Kampagne;
- Europa ist die internationale Solidarität des Kapitals gegen die Armut;
- Europa, der Kopf der Welt, kann die eigene Scheiße nicht mehr fassen, verteilt seine Exkremente über den Erdball und verwandelt sich so in den Arsch der Welt;
- Die Praxis in Westeuropa ist die Ordnung, der Ausgrenzung bis hin zur Ausrottung;
- Europäische Kultur ist der ständige Versuch, den Menschen die Fähigkeit abzutrainieren, Erfahrungen zu machen;
- Ob ein abgerüstetes Europa noch Europa bedeutet, ist fraglich, denn für Europa ist der Krieg kostitutiv. (Transatlantic 1/1989)

Kontraste hierzu liefern die Ergebnisse einer europäischen Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) Nürnberg. Man hat 16 Eurostylegruppen gefunden: Die Euro-Moralisten, die Euro-Stolzen, die Euro-Romantiker und die Euro-Pioniere (=Alternative, die im Leben neue Wege gehen). Im jüngsten Forbes-Kotz aus dem Hause BURDA wird unter dem Titel »Das große Fressen« erkannt, daß für alle Euro-Markenprodukte gelten muß – think global, act local.

Soviel zum Dilemma, unter dem sowohl InitiatorInnen als auch TeilnehmerInnen des Brüsseler Treffens litten. Bei der – von Paris aus organisierten – Tagung in den technokratischen Räumen der EG-Bürokratie beschlich alle zuerst ein klammes Gefühl. Referate im Frontalstil, unübersichtliche Projektdarstellungen auf unterschiedlichen Theorieebenen, ein in Bauwut ausgebrochenes Zentrum von Brüssel und eine abendliche Nummernrevue tragischer Konflikte nach Buffet und Wein ...

Wären da nicht die vielen kleinen Kontakte am Rande gewesen, die Diskussionen mit VertreterInnen aus Polen, die mahnenden Worte vom Vorsitzenden der Befreiungsbewegung aus Martinique (die zwangsweise Integration in Europa bedeutet Vernichtung der Autonomie), die Utopie-Debatte innerhalb der Frauen-Projekte, die lebenslustige Truppe aus Portugal (poisch, poisch), die hinreißenden GastgeberInnen aus dem belgischen Chaleroi, der von der Dresdner ex-ambulance (PKW) faszinierte Vertreter aus Moskau, der während der gemeinsamen Rückfahrt im libertinären Amsterdam analysierte: it's a fun-country; unvergessen wird auch das Abschlußstatement von Steve aus Birmingham bleiben. Nach einer fruchtlosen Debatte mit 200 Leuten über Formulierungen der Charta riß er durch eine feurige Rede den Karren aus dem Dreck. Seine Antwort auf die Frage, »Euronativ – geht das?« war: Wir haben keine Wahl, wir müssen!

An dieser Stelle des Treffens kam kurz ein warmes Gefühl zwischen den VertreterInnen der alternativen Ökonomie-Collage zustande; vielleicht müssen wir doch nicht ohnmächtig den Architekten der Schengener Mauer um EG-Europa zuschauen.

Abschließend zwei Bemerkungen. Die Initiative zum Netzwerk der alternativen Ökonomie kam wesentlich aus Frankreich und Deutschland. Hoffentlich werden die Hoffnungen all der nicht-französischen oder -deutschen Kooperativen, Initiativen und auch Kleinunternehmer nicht in teutonischer Selbstzerfleischung und satter -zufriedenheit oder -gerechtigkeit zerredet.

Und wo soll nun die Projektemesse stattfinden? Leipzig, Dresden oder Ost-Berlin? Als Neo-Dresdner will ich meine Wünsche im Zaume halten, aber Ost-Berlin hat im Herbst '92 seine Europa-Tagung zu Soziokultur (die leider in Brüssel zu kurz kam) und Dresden als »Frontstadt« in der Nähe der Grenzen zu Polen, Ungarn und der Tschecheslowakei; nichts gegen Leipzig, aber der schwarz-br... Sachsen-Metropole Dresden stünde ein polit-ökonomisches Exempel »gut« zu Gesicht.

Die Dresdner jedenfalls laden ein zum 5. internationalen Treffen der AG »Das Andere Europa«, auf der sie ihre Vorstellungen über eine Europäische Projektemesse konkret darlegen wollen. ●

ANARCHISTISCHER WANDKALENDER '92

Selbstverwaltung als Konzept einer Gesamtgesellschaft

Mit »Gelebte Anarchie, Selbstverwaltung in der Spanischen Revolution 1936-1939« gab das anarchistische Dokumentationszentrum »Das AnArchiv« (vormals ADZ) aus Neustadt/Wstr. seinen zweiten anarchistischen Wandkalender heraus.

Die Autos der geflohenen Oberschicht werden beschlagnahmt — Foto: Anarchiv

Der Kalender fasziniert durch seine Photos, die kurze und flüchtige, gleichzeitig auch nachhaltige Einblicke in den damals tatsächlich existierenden anarchistischen Alltag in Teilen der Spanischen Republik geben. Die Photos geben Anstöße und wecken eine Lust und Neugierde, genauer wissen zu wollen, was in jenem »Kurzen Sommer der Anarchie« gelebt und ausprobiert wurde. Die Monatsblätter des Kalenders sind unterteilt in Themenbereiche wie Strukturen, Industrie, Ernährung, Gesundheit, Handwerk u.a.

Die Intension der Kalender-Redaktion ist jedoch nicht, in vergangene revolutionäre Schwärmereien zu verfallen, sondern anzuregen und zu prüfen, was von den damals gelebten Modellen in unsere heutige Zeit übertragbar ist. Ist Selbstverwaltung nur eine kleine Spielwiese – vom System toleriert, weil ungefährlich – oder kann sie als umwälzendes Konzept einer Gesamtgesellschaft gelten? In diese Richtung zu denken, wieder zu denken, will der Kalender Anregungen geben. Gerade nach dem Zusammenbruch des »realexistierenden Sozialismus«, der zwar nicht von AnarchistInnen, aber doch von Teilen der Linken als Alternative zum Kapitalismus gesehen wurde, ist es umso angesagter, libertäre Utopien verstärkt in die Diskussion zu bringen. Der einleitende Artikel zum Kalender gibt einen kurzen Abriß über die Geschichte der Spanischen Revolution und geht im Besonderen auf die CNT ein, die anarchistische Gewerkschaft, die 1936 – im Jahr des faschistischen Putsches – an die zwei Millionen Mitglieder zählte und tragende Kraft im Aufbau der anarchistischen Gesellschaft war.

Blättert frau den Kalender durch, bekommt sie jedoch den Eindruck, daß an dieser Revolution fast nur Männer beteiligt waren. Müßig, wieder mal anmerken zu müssen, daß die Sprache in der männlichen Form gehalten ist.

Völlig unterschlagen wird die anarchistische Frauenorganisation »Mujeres libres« (freie Frauen), die während des BürgerInnenkrieges auf 20.000 Mitfrauen anwuchs. Die »Mujeres libres« waren zwar mit der CNT verbunden, in ihrer Arbeit und Organisation jedoch eigenständig. »Mujeres libres« hatten erkannt, daß die anarchistische Revolution keineswegs per se auch die Befreiung der Frauen von HERRschaftsstrukturen beinhaltet, sondern das Verhältnis Frau-Mann unangetastet läßt und die Lebensrealität von Frauen übergeht. Aufgrund dieser Analyse widmeten sich die »Mujeres libres« hauptsächlich der Bildung und Ausbildung von Frauen, der Stärkung ihres Selbstbewußtseins, sowie Gesundheitsfürsorge, Information über Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung (daß diese Arbeit unter die Zuständigkeit der Frauen falle, ist natürlich schon wieder Ausdruck von HERRschaft) und der Forderung nach gewerkschaftlichem Schutz für Frauen.

Das Interessante ist, daß diese Diskussion – inwieweit die Herrschaftskritik des Anarchismus auch eine Patriarchatskritik beinhaltet und zwar nicht nur als Nebenwiderspruch – auch heute noch sehr aktuell ist. Auch heute gilt immer noch die These, daß Frauen sich eigenständig organisieren müssen, weil Männer – und seien sie noch so anarchistisch – nicht freiwillig auf ihre Privilegien und ihre Macht verzichten; und auch nur sehr individuell eine Bereitschaft zeigen, sich mit ihrer Unterdrückerrolle auseinanderzusetzen, und dies nur in selteneren Fällen zu einem Politikum erheben.

Schade, daß die »Mujeres libres« in dem Kalender fehlen, aber viel mehr noch, daß dies ein Ausdruck davon ist, daß zumindest bei Teilen der anarchistischen Bewegung die Herrschaftskritik vor der Partriarchatsanalyse aufhört.

Trotz alledem – der Kalender ist anregend und interessant und für DM 27,– (incl. Versand) zu beziehen bei: Das AnArchiv, Hauptstr. 118, 6730 Neustadt/Wstr.

Die im Kalender aufgeführten Literaturangaben würde ich um folgende Titel ergänzen:

- **Mary Nash**: Mujeres libres. Die freien Frauen in Spanien 1936-39. Karin Kramer Verlag, Berlin.
- **Cornelia Krasser, Jochen Schmück (Hrsg.)**: Frauen in der spanischen Revolution 1936-39. Libertad-Verlag Berlin.
- **Martha Ackelsberg**: Mujeres libres. Individualität und Gemeinschaft – Organisiation von Frauen während des spanischen Bürgerkriegs. In: Schwarzer Faden, Nr. 21, 1986

Zu den frauenfeindlichen Ansichten eines anarchistischen Klassikers sehr interessant (wenn es nicht ernst gemeint wäre, könnte es als Satire durchgehen):

- **Pierre-Joseph Proudhon**: Von der Anarchie zur Pornographie.Verlag »Die Arche«, Zürich, 1970 ●

Violetta S. Zöller

Bestellungen zum Preis von 10 DM plus Porto bei: Das Anarchiv, Hauptstr. 118, W-6730 Neustadt/Weinstr.
☎ (0 63 21) 3 53 71

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Selbstverwaltet auf Erfolgskurs

Und natürlich gibt's aus unserer Geschichte genügend Beispiele, die die bekannten Selbstverwaltungsklischees untermauern: endlose Plenumsdiskussionen um ein Komma oder um die Frage, Winterreifen für das Geschäftsauto ja oder nein, oder die beliebten Dispute, ob diese oder jene Kleinanzeige sexistisch und deshalb abzulehnen sei; Nullentscheide und Weiterwursteln. Doch die Pragmatik hatte stets den längeren Atem als der Fundamentalismus (solange gewisse fundamental heilige Kühe nicht angetastet werden, Beispiel Einheitslohnprinzip für alle Betriebsfunktionen). Die reine Basisdemokratie der Anfänge hat in etlichen internen Strukturreformen einer Art Rätemodell Platz gemacht: eine auf Zeit gewählte siebenköpfige Geschäftsleitung (die Analogie zu den sieben schweizerischen Bundesräten ist rein zufällig), zusammengesetzt aus VertreterInnen aller Abteilungen und unterstützt durch Facharbeitsgruppen (Finanzen, Computer, Eigenwerbung z.B.), tagt wöchentlich und erledigt alle laufenden Geschäfte, protokolliert diese und legt nur wichtigere Fragen dem Plenum vor. Die Entscheide der Geschäftsleitung unterliegen dem freiwilligen Referendum.

Gleichviele Frauen und Männer

Über den wöchentlichen Inhalt der WoZ befindet die Redaktionssitzung aufgrund der vorbereiteten Ressortvorschläge; Chefredaktion gibt es nicht, dafür eine ziemlich stark ausdifferenzierte Arbeitsteilung. Bei der WoZ arbeiten übrigens, durch eine Quotenregelung festgelegt, gleichviele Frauen und Männer.

Der Grund für das Funktionieren der WoZ liegt also nicht in der grenzenlosen Selbstverwirklichung, sondern im gemeinsamen Ziel, eine gute Zeitung herauszugeben; im Produkt soll man sich spüren, und dann erst vielleicht auch im Betrieb. Gefragt sind Eigeninitiative, Verantwortungsbewußtsein, Unternehmertum; da eine genügend große Anzahl von KollegInnen über diese tollen Eigenschaften verfügt, erträgt unser System auch ein gewisses Ausmaß von reiner Angestelltengesinnung. Im Kollektiv sind alle gut aufgehoben. In der Jubiläums-WoZ zum zehnjährigen Bestehen im vergangenen Herbst äußerte sich ein Kollege wie folgt:

»Selbstausbeutung, ein immer wiederkehrendes Schlagwort auch im Zusammenhang mit der WoZ, gibt es nicht. Es gibt die einfache Ausbeutung. Als solche wäre es zum Beispiel zu bezeichnen, wenn ein Kollektivmitglied dazu verdammt wäre, den lieben langen Tag langweilige Tipparbeit zu erledigen, jenseits von allen gewerkschaftlichen Minimalerrungenschaften, und man diese Person aufs Himmelreich vertröstete, das heißt ihr einreden wollte, sie habe dafür das Glück, in einem selbstverwalteten Betrieb zu arbeiten. Das wäre nicht Selbstausbeutung, sondern einfach Ausbeutung. Es gibt auch bei uns natürlich die Workaholics, die von sich selber immer unbegrenzt viel, von den anderen wenig bis gar nichts fordern (außer vielleicht Anerkennung); sie nur als Opfer zu sehen, wäre falsch, denn eigentlich braucht es sie in unserem Betrieb nicht unbedingt, wenigstens nicht mehr. Man könnte es auch so sehen: Die WoZ gibt ihnen den Stoff, damit sie ihrer Sucht frönen können, denn Arbeit, klar, ist immer genug da, und wer Augen im Kopf hat, sieht die möglichen Betätigungsfelder an allen Ekken und Enden – für Workaholics ein wahres Freudenfest. Die WoZlerInnen (...) sind sogar noch so nett, den Workaholics das Gefühl zu vermitteln, sie würden unbedingt gebraucht – sicher eine der wesentlichen Triebfedern dieser Suchtklasse. Aber Selbstausbeutung ist das nicht, jedenfalls nicht eine betrieblich bedingte, allenfalls eine individuelle.« Und: »Bleiben die niedrigen Löhne (...), die sind für manche ein sehr reelles Problem (...). Selbstausbeutung kann man auch das nicht nennen, weil wir ja alle wissen, weshalb wir in einem branchenunüblichen Zeitungsprojekt arbeiten und daher auch wissen, weshalb da branchenübliche Löhne einfach nicht drinliegen können (Inseratevolumen etc.). Abgesehen von den Löhnen gibt es genug Gründe, nicht nur politische, sondern auch solche der Profession, um in dieser und keiner anderen Zeitung zu arbeiten.« Was die Antwort für den eingangs zitierten Kommentator von der Konkurrenz ist.

September 1991: WoZ-Kollektiv auch mal feierlich

Foto: Silvia Luckner

Teil des WoZ-Kolektiv, September 1991: Nicht mehr trocken hinter den Ohren?

Foto: Silvia Luckner

Kerngesunde Bilanzen

In der gleichen Ausgabe äußerten sich auch andere WoZ-MacherInnen in eigener Sache. Eine Kollegin: »Es ist wie ein vergrößerter Kindergarten, wie eine WG; häufig machen die Leute ausgerechnet das, was sie am wenigsten können.« Ein Kollege: »Sehr hohe bewußte und unbewußte Ansprüche erzeugen einen großen Profilierungsdruck auf die Einzelnen.« Einer vermerkte unter 'positiv': »Gute Ideen fallen auf fruchtbaren Boden.« Und unter 'negativ': »Die guten Ideen müssen selbst realisiert werden.« War es jemals irgendwo – auch in der Nichtselbstverwaltung – anders, wenn ein wirklich gutes Produkt herauskommen soll? Wir wissen es nicht, es gibt da kaum Gewißheiten, auch das ist Konsens nach zehn Jahren Selbstverwaltung.

Wir haben gut reden, schließlich gehören die mageren Jahre – massive Verschuldung, Überlebenskampagne, Solidaritätsaufrufe – der Vergangenheit an, die WoZ bewegt sich seit langem auf dem Erfolgsdampfer. Egal, ob die Opposition hierzulande immer schwächer wird, egal, ob Linksparteien aussterben oder sich aus eigener Kraft auflösen, egal, ob der ganze Realsozialismus eingeht, die WoZ hat in den letzten Jahren stets zugelegt, und nicht zu knapp. Der Buchhalter legt kerngesunde Bilanzen vor, budgetierte Defizite werden nicht realisiert. Die Abozahl, von der WoZ-Wohl und -Wehe weitestgehend abhängt, steigt kontinuierlich (derzeit ca. 13.000 Abos, zusätzlich 4.000 im Kiosk und 2.000 im Straßenverkauf) und will nicht mal in wirtschaftlich härteren Zeiten, von denen auch die Schweiz angekränkelt ist, sinken. Auch das Anzeigenvolumen (das rund zwanzig Prozent der Einnahmen bringt), hält sich erfreulich.

Überzeugendes Zeitungskonzept

Abgesehen von der Betriebsstruktur (siehe oben) ist es vor allem das Zeitungskonzept, das seinesgleichen sucht, und von einer zunehmenden Zahl von LeserInnen wirklich geschätzt wird: Viele längere Stoffe, eine dosierte Zahl von Rubriken, die spezifische Lese- und Wiedererkennungsbedürfnisse abdecken, ein hoher Produktionsstandard bis hin zu einer pedantischen Korrektur, Schwergewichte auf die Pflege von Sprache und Bildern, ein diskretes, übersichtliches grafisches Konzept, ausgezeichnete MitarbeiterInnen nah und fern. Die WoZ pflegt das Handwerk der Recherche und wartet regelmäßig mit Enthüllungsgeschichten auf, die weit übers eigene Publikum ausstrahlen. Damit setzt sie ein offenbar wirkungsvolles Gegengewicht zum Verlautbarungs- und Kurzfutterjournalismus, der rundherum gemacht wird. Ein nobler Förderverein mit rund 600 Mitgliedern (die den doppelten Abobetrag zahlen) unterhält eigens für die WoZ einen »Recherchierfonds«. Nicht nur mit journalistischer Pflicht, sondern auch mit Kür hat die WoZ immer wieder Aufsehen erregt: So hat sie 1984 als erste Zeitung die »Innen«-Schreibweise eingeführt und verwendet diese bis heute in fast allen Geschlechterbezeichnungen, nicht als der Weisheit letzter Schluß, sondern um den Finger auf einen wunden Punkt zu legen. 1987 redigierte die Linguistin Luise F. Pusch eine ganze WoZ-Nummer und machte aus allen darin erwähnten Männern Frauen. Seit einem Jahr gibt die WoZ auch eine eigene Buchreihe heraus, und derzeit organisiert sie eine prestigiöse Veranstaltungsreihe in Zürich unter dem Titel »Schöne Neue Weltordnung«, mit hochkarätigen TeilnehmerInnen aus aller Welt. (vgl. Kasten)

Die WoZ ist kein »special interest«-Periodikum, das eine klar definierte Marktlücke füllt; eher hat sie sich einen eigenen Markt geschaffen, und der könnte durchaus weiter wachsen, solange die Bäume Zeitungspapier hergeben. Lernen Sie die WoZ kennen, denn – Zitat Eigenwerbung – »die WoZ hat heute ihre Nase dort, wo Ihnen morgen der Wind um die Ohren pfeift.« ●

GENOSSENSCHAFT UND VERANSTALTUNGSREIHE

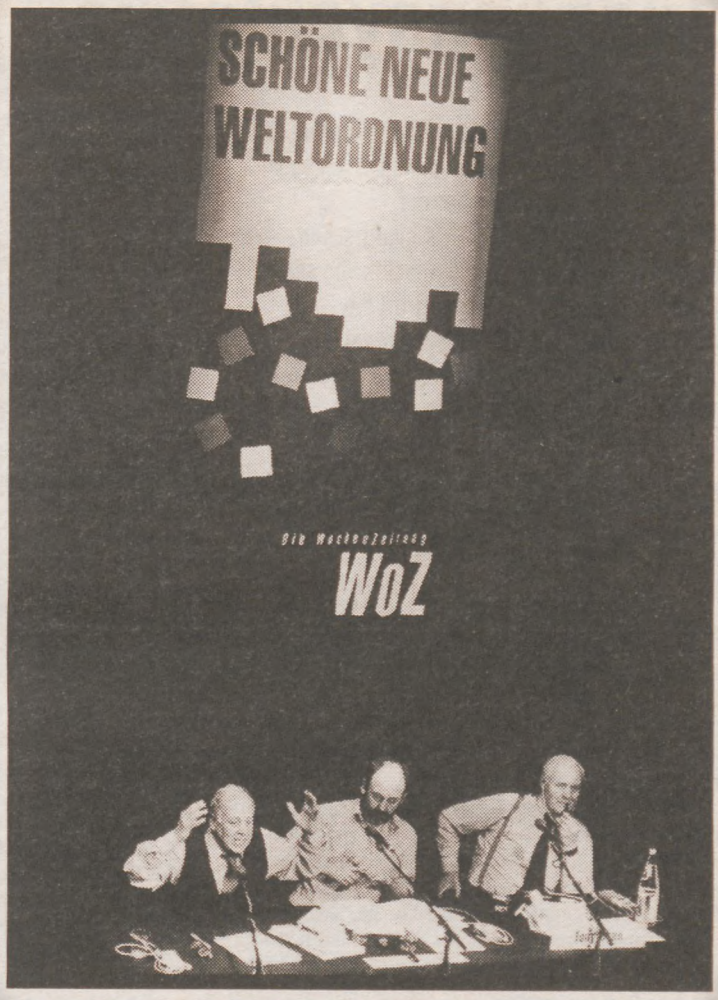
Zeitung der MacherInnen

Im Unterschied zu Deutschland ist die Gründung einer Genossenschaft in der Schweiz eine unkomplizierte Sache: Ein Prüfungsverband existiert nicht, die Statuten werden bei der Gründung vom Handelsregisteramt lediglich auf ihre Gültigkeit überprüft, was nicht selten hilfreiche Unterstützung sein kann. Da die Rechtsform der Genossenschaft in der Schweiz sehr verbreitet ist (rund 70% der Betriebe im Netzwerk für Selbstverwaltung), gibt es mittlerweile auch mehrere Leute mit einschlägigen Erfahrungen.

Die WoZ ist eine reine Genossenschaft der MacherInnen (im Unterschied zur Publikumsgenossenschaft der taz), was laut Jürg Fischer seine Vorteile hat – gerade für eine Zeitung (vgl. nebenstehenen Text). Die Genossenschaft »infolink« als rechtliche Besitzerin der WoZ hat durch eine außergewöhnliche Abmachung sukzessive ihr Eigenkapital auf stolze 350.000 Franken erhöht: JedeR fest angestellteR MitarbeiterIn verpflichtet sich nämlich, im Verlaufe der Zeit 5.000 Franken als nichtrückzahlbaren Genossenschaftsanteil vom Lohn abziehen zu lassen. Das so zusammengetragene Eigenkapital erlaubt, auch mal finanziell risikoreichere Vorhaben zu planen wie beispielsweise die Lancierung einer Buchreihe im personell verknüpften, aber rechtlich eigenständigen »Rotpunkt-Verlag« oder die Durchführung der aktuellen Veranstaltungsreihe unter dem Titel »Schöne neue Weltordnung«. Bisher teilgenommen haben da u.a. Ina Merkel, Gregor Gysi, Jean Ziegler und Tony Benn (letztere vergl. Foto).

Weitere Veranstaltungen (Rote Fabrik, Zürich), die alle ihren Niederschlag finden in den Spalten der WoZ:

- 15. April: Afrika, mit Samir Amin (Senegal) und Ruth Weiss (England/Zimbabwe)
- 24. April: Maghreb – Frauen nach dem Golfkrieg, mit Fatema Mernissi (Marokko) und Louisa Hanoun (Algerien)
- 4. Mai: USA – das kranke Imperium, mit Noam Chomsky (USA), Moderation: Oliver Fahrni



»Wie stark wird die Festung Europa?«, WoZ-Veranstaltung mit Jean Ziegler (Schweiz, links) und Tony Benn (GB, rechts)

Foto: Jules Spinatsch

Die WoZ ist in Deutschland derzeit in einigen linken Buchläden zu finden (nachfragen!) oder als vierwöchiges Probe-Abo gratis zu bestellen bei WoZ, Postfach, CH-8059 Zürich. ●

Peter Streiff

VOM TAXIUNTERNEHMER ZUM BERUFSVERBOT

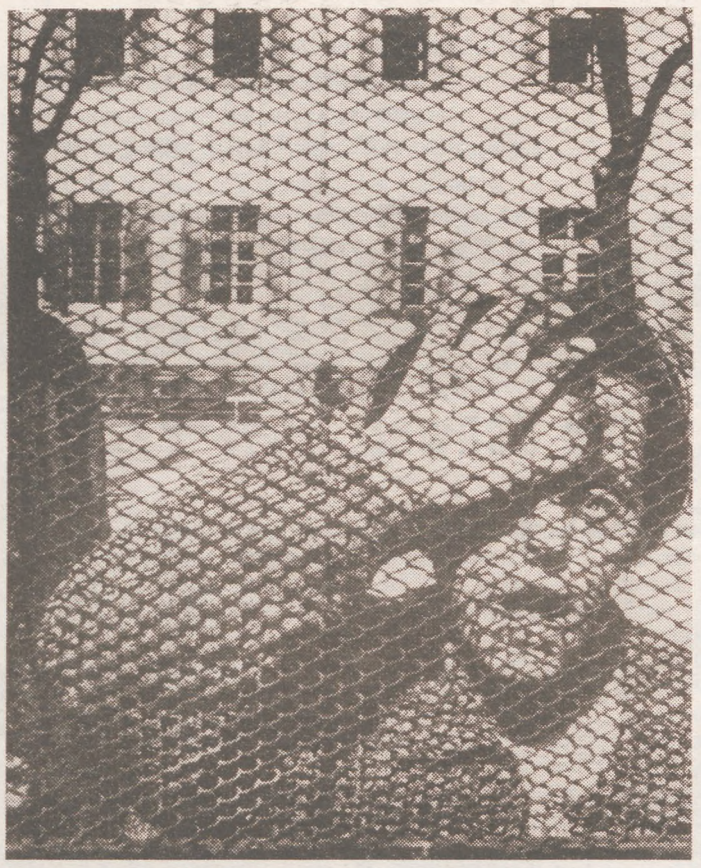
Die Anpassung des Protests

In der Hoffnung auf eine gerechte Justiz läßt Erwin Brandl, ein Taxi-Einzelunternehmer aus München, sich auf eine gerichtliche Auseinandersetzung mit seiner Eigentums-Wohnungsverwaltung ein. Die Akten wuchsen und wurden zu einer Lawine. Auf Grund der Magengeschwüre führt ihn sein Weg auf Zuraten einer Psychotherapeutin freiwillig in die Psychiatrie. Da er mit den Methoden dort nicht einverstanden ist, endet für ihn die Behandlung mit Führerscheinentzug und dadurch mit Berufs- und Erwerbsunfähigkeit:

Erwin Brandl, München – Redaktion Ruhrgebiet ● ... auch dem Vertrauensarzt war ich durch hartnäckige Abstinenz bei der Einnahme von Medikamenten aufgefallen. Er drohte schließlich, ich müsse bei weiterer Verweigerungshaltung zum psychiatrischen Vertrauensarzt überwiesen werden. Nun bin ich kein Spielverderber, hatte aber mit dem ersten psychiatrischen Vertrauensarzt eine Auseinandersetzung, bei der ich im 4-Seiten-Brief seine Hartherzigkeit beklagte. Ich konnte es nicht hinnehmen, daß er auf die Nachricht, in Lateinamerika würden Kinder zum Zwecke des Ausschlachtens adoptiert, mit Floskeln wie, es habe schon immer Krieg gegeben, und wenn man sich alles zu Herzen nähme, käme man nicht mehr zum Leben, antwortete. Ab da durfte ich erstaunlicherweise vom Recht der freien Arztwahl Gebrauch machen und bekam einen anderen Vertrauensarzt. Auf dringliche Empfehlung des ersteren logierte ich mich schließlich im Max-Planck-Institut für Psychiatrie ein.

Das Max-Planck-Institut für Psychiatrie München (MPI)

Angeboten wurde mir eine Gesprächstherapie und eventuell Medikamente. Nach dem Maschinencheck, bei dem sich als neurologische Erkenntnis eine Verbreiterung des »Balkens« herausstellte, gingen die Ärzte massiv auf Druck pro Medikamenteneinnahme. Die Bedeutung dieses Computer-Ergebnisses wurde mir nur flüchtig erläutert. Unterlagen konnte ich (in Fotokopie) nicht erhalten, Einsicht in Akten wurde verweigert. Ich las die Waschzettel und lehnte wegen der exorbitanten Nebenwirkungen die Einnahme von Psychopharmaka ab. Ich wollte meine Konzentrationsschwächen loswerden, so mein Vorbringen, und nicht noch welche dazubekommen. Die Nebenwirkungen des »Haloperidol Gry« sollten vom Psychopharmakon »Tegretal« aufgefangen werden. Der 10. Februar 1989, ein Freitag, wird mir noch lange in Erinnerung bleiben. Zwei Nervenärzte bearbeiteten mich verbal. Ich fühlte mich wie in einem Verhör. Meine intimen Informationen wurden mir wie Indizien entgegengehalten. Erschreckt erkannte ich, daß ich als Patient gegen zwei Nervenärzte wohl vor keinem Gericht gewinnen würde. Ich stimmte trotzdem der Medikation nicht zu, hatte aber in der folgenden Nacht einen Alptraum, der mir suggerierte, ich käme nie mehr aus der Klinik heraus!



Ausgegrenzt – jenseits der Normalität

Der Klinikalltag

Die Angst vor den möglicherweise unberechenbaren MitpatientInnen verlor ich bald. Als mir mein Joghurt geklaut wurde, merkte ich, daß ich in die Gemeinschaft aufgenommen worden war. Mit den Pflegepersonen dagegen gab es öfter Kontaktschwierigkeiten. Die hatten offenbar eine unverlierbare Angst vor den PatientInnen. Einmal war militärische Strenge angesagt »Jetzt gemma aber!« mit entsprechendem Daumenzeigen, als ich um 5 Minuten nach 24.00 Uhr noch Nachrichten hörte.

Es fühlte sich die Psychologin beim Vormittagsgespräch in der Runde in ihrem Konzept gestört, als ich vorschlug, es könne für die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß von PatientInnen die Nachbarschaftshilfe in Milberthofen kontaktiert werden: »Jetzt blei 'ma mal hier drin!«. Das schien mir auch das vorrangige Konzept der Abteilung III a. Das Festhalten war aber nicht auf den ersten Blick zu erkennen. Nur nachts war die Türe abgesperrt. Wo konnte aber ein(e) eingewiesene(r) PatientIn unterkommen, wenn keine Angehörigen sie/ihn versteckten? Ohne Ausweis und Geld ist der Mundraub ja unvermeidlich. Die Polizei bringt wohl die AusreißerInnen jedesmal zurück. Ein WEGLAUFHAUS gibt es ja erst in Berlin!

Da waren dann die Medikamente. Die Einnahme wurde streng überwacht. PatientInnen studierten ganze Theaterstücke ein, um eine geringere Dosis oder Aussetzung der Medikation mit Psychopharmaka zu erreichen. Von wegen Freiwilligkeit! Zum Teil war die Medikation sehr stark. Mit einer Patientin, die ich zuerst für unansprechbar hielt, weil sie alles im Zeitlupentempo verrichtete, konnte ich mich gut unterhalten und bedauerte, daß es keine Betreuergruppe für sie gab. Sie schien eine Linke zu sein. Als ich sie später auf der Straße traf, klagte sie mir, es fiele ihr in der Klinik die Decke auf den Kopf. Die voraus gesagten Gesprächsangebote erschöpften sich in einer Vormittags-Gruppenstunde. Freilich konnten die PatientInnen ungehindert miteinander sprechen. Ich vermißte aber die klärenden Gespräche in Sachfragen. Ich hatte ja durch die Hausverwaltungs-Geschichte viel meines Selbstvertrauens verloren. Doch beschränkte sich die Therapie des Arztes auf Befragen. Ein Dialog entstand selten. Eine Mitpatientin war sehr froh, als ich sie zu einer nahen Adresse außer Haus begleitete. Es gab schon Ausflugsnachmittage, doch wurde wenig bis gar nicht zur Selbständigkeit motiviert. Ich war ja auch nicht brav genug. Die »Laufzettel« (zugeklebte Kuverts mit der Diagnose auf dem Überweisungsschein), die ich mitbekam zu den verschiedenen Arzt-Fakultäten, öffnete ich regelmäßig nach dem Motto der informellen Selbstbestimmung. Ich las Diagnosen wie »paranoide Psychose« oder »paranoide Schizophrenie«. Das war nun gar nicht gern gesehen: Unerhört, da läßt sich einer nicht als seine eigene Lieferung behandeln.

Widerstand entwickelte sich

Weil ich immer wieder meine Verwunderung darüber ausdrückte, daß ich Medikamente nehmen sollte, entwickelte sich eine kleine Aufstandsbewegung. Von ca. 13 PatientInnen sah nur eine die Notwendigkeit der Pillen bei sich ein. Also wurde ich am Dienstag, nach dem Medikamentendrücken durch die Ärzte (Freitag), ohne meinen Wunsch, nach zwei Wochen Aufenthalt entlassen; »auf eigenen Wunsch« (wie das formell heißt), als nicht therapierbar und uneinsichtig. Ich wollte mich lieber länger in der Gruppe testen. Aber ohne Medikamente ging das eben nicht. Mein »Leibarzt« hatte mich noch gewarnt: Es könne sein, daß ich gelegentlich eingewiesen werde. Ich konnte mir ausrechnen, daß ich dann bestimmt keine freie Medikamentenwahl hätte. Ich muß noch dazusagen, daß ich zwei Betreuer von »außen« hatte, die antelefonierten und mich besuchten. Die Neurologin wollte mir bei dem Gespräch gegen die beiden Psychiater nicht beistehen.

Überwachung durch Behörden

Im Verlauf der Erkrankung mußte ich die Verlängerung der Taxi-Konzession beantragen. Die Behörde, das Kreisverwaltungsreferat (KVR), verlangte nun einen Antrag auf Betriebspflichtbefreiung. Die dafür geforderte fachärztliche Bescheinigung der Neurologin lautete auf »anhaltende seelische Störung, die die Konzentrations-und Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt«. Daraufhin bezweifelte das KVR meine »Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen« und bestellte mich zur BFF:

Die Begutachtungsstelle für Fahreignung (BFF), Monopolbetrieb des TÜV, stellt die Begutachtung frei. Bei Ablehnung werden aber die Führerscheine entzogen!

Vor der Untersuchung wurde ein fachärztliches Attest angefordert. Die Nervenärztin war mit der Meinung des Max-Planck-Institutes vom Vorliegen einer »paranoiden Form der Schizophrenie« einverstanden, vertrat darüber hinaus aber die Meinung, bei mir bestünde die Fahreignung, ansonsten werde es nicht mehr zur Arbeitsfähigkeit kommen. Ich solle mich verrenten lassen.

Hier greift ein Rädchen ins andere: Die Maschinerie frißt die Menschen.

Nach einer zweifelhaften Untersuchung bescheinigte ein Gutachten dann, daß ich währenddessen nicht »frei von Gedanken wahnhaften Gepräges« gewesen sei. Es habe »keinerlei Krankheitseinsicht oder Behandlungsbereitschaft« bestanden. Die Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen wurde verneint. Die Verweigerung von Pharmaka wird auch von der BFF als »keinerlei Behandlungsbereitschaft« gewertet.

Nach meinem Einspruch wurde Einsicht in die Krankenakten des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie gefordert. Dies bewilligte ich nicht, da der Abteilungsleiter des MPI mir bei einem Besuch eröffnete, ohne Medikameten-Therapie (unbestimmter Dauer) würde die Bewertung nicht besser. Mit der vorliegenden Diagnose würde ich aber die Führerscheine nicht behalten können.

Die Führerscheine wurden entzogen, der Taxi-Schein eingezogen. Es läuft ein Widerspruchsverfahren über den Rechtsanwalt. Jetzt soll ein weiteres Gutachten bei der BFF des TÜV erfolgen.

Wie geht es weiter?

Inzwischen bin ich Rentner mit knapp 900 DM monatlich. Bei der Krankenkasse wurde ich ausgesteuert. Ich kann eine Vollrente (Erwerbsunfähigkeit) mit 1.400 DM monatlich erhalten, wenn ich die Selbständigkeit aufgebe. Der Verkauf des Taxibetriebes läßt sich also nicht mehr vermeiden.

Da die Psychiatrie mich ohne Medikamente nicht therapieren wollte, suchte ich selbst (ohne Arztempfehlung) und fand eine Logotherapeutin, die politische Arbeit nicht als Paranoia ansieht. Sie darf aber, da sie keine medizinische Ausbildung hat, keine Gutachten erstellen. EineN niedergelasseneN PsychiaterIn, die ein Gegengutachten erstellen würde, fand ich in München trotz intensiver Suche nicht.

Für mich war die Wiederherstellung meiner Glaubwürdigkeit sehr wichtig. Zu diesem Zweck besuchte ich viele politische Veranstaltungen. Leute, die mich nicht kennen, sollten mich begutachten. Ich werde im linken Spektrum nicht abgelehnt. Dafür kostet aber politische Arbeit viel Zeit, auch ohne Amt oder Mandat. Plakatkleben, abhängig vom Inhalt, ist für mich Therapie. Die Akten jedoch, die von der Verwaltung und die vom Verfahren des Führerschein-Entzugs stapeln sich. Leider fand ich auch bei den politischen Menschen keineN, die/der von Hausverwaltung oder Psychiatrie etwas wissen wollte; weder bei den GRÜNEN noch sonstwo.

Fazit

Es ist noch nicht möglich, sich offen für seelisch krank erklären zu lassen, ohne massive Sanktionen – bis zum Berufsverbot – erleiden zu müssen.

Gemeinsam sind wir stärker. Wer tut sich mit mir zusammen, um in München eine Gruppe soziale Therapie bei der »Sozialpolitischen Gesellschaft« zu gründen? Denn: Das Soziale bedarf der Therapie, Internierte müssen befreit werden und auch die internierten Gedanken der PsychiaterInnen und der anderen Menschen brauchen Befreiung. ●

Erwin Brandl
Torquato-Tasso-Str. 45 A
W-8000 München 40

TEIL DES MACHTAPPARATES

Zwangspsychiatrie

Der folgende Beitrag zur Psychiatriediskussion wurde im April 1988 geschrieben und erschien im Juli 1990 in der ersten Nummer der FAPI-Nachrichten (Forum AntiPsychiatrischer Initiativen). Er hat seitdem leider nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Auch 1992 trifft die Beschreibung der Psychiatrie und der mit ihr verbundenen Zwänge und Unterdrückung genauso zu wie vor zwei, wie vor vier Jahren.

Christine, Zürich – Redaktion Ruhrgebiet ● Menschen mit gesunden Reaktionen, die Wege suchen und auch finden, wenn sie in Ruhe gelassen würden, werden zwangsweise in die alte Rolle zurückgedrängt.

Der akzeptierte Wahnsinn

Die sogenannten psychischen Krankheiten sind für mich Ausbrüche aus diesem hier gepflegten Wahnsinn in andere Welten mit anderen Möglichkeiten und Wegen. Natürlich machen diese Wege Angst, da sie für uns neu sind und heute selten begangen. Es braucht viel Kraft, Selbstvertrauen und auch Wissen, sie zu gehen. Genau dieses Wissen ist uns abhanden gekommen bzw. wurde uns geraubt. Die Wege sind verschüttet und schwer passierbar. Über allem liegt die große Dunkelheit des Tabus.

Ich möchte, zusammen mit anderen, die Möglichkeiten schaffen, daß wir diese Wege gehen können. Solchen Menschen, die den Mut haben, Neues oder wahrscheinlich Uraltes wieder zu erforschen, sollten keine Steine in den Weg gelegt werden, keine pharmakologischen Fesseln sollten sie halten und daran hindern, Grenzen zu durchschreiten. Wahnsinnige, die dieses System für gut halten und die Menschheit in den Abgrund führen, sollten nicht mehr das Recht haben, uns daran zu hindern, neue Wege zu suchen. Die Möglichkeit, mit ihrer Angst vor der Freiheit unsere Befreiung zu unterdrücken, sollte ihnen endgültig genommen werden.

Mit »ihnen« meine ich all die Leute, die glauben, sie hätten die Weisheit für sich gepachtet, alle die, die ihr »Wissen« aus Lehrbüchern zusammengestückelt und auswendig gelernt haben, alle die ohne eigene gelebte Erfahrung. Also Leute, die es nötig haben, sich hinter Berufsbezeichnungen und Titeln zu verbergen, weil sie ihr wahres Gesicht nicht zeigen wollen; weil sie sich nicht von Mensch zu Mensch auseinandersetzen können oder wollen.

Die Psychiatrie – DAS Unterdrückungsinstrument

Sie sollen nicht mehr das Recht haben, unsere Instinkte und Urkräfte zu unterdrücken und unsere Gefühle so zu manipulieren, daß wir sie nicht mehr gegen unsere Unterdrücker ausleben. Sie zwingen uns, uns selbst zu zerstören, durch ihre Manipulation. Sie zwängen uns in die Opferrolle, nehmen uns unsere Eigenständigkeit, indem sie die Kanäle zu unserer Selbsterkenntnis zustopfen. Alles für sich, ihre Angst und ihren Profit, unter dem Deckmantel von Hilfeleistung und vorgetäuschtem Wissen.

Am Anfang pflegte ich zu sagen: »Denn sie wissen nicht, was sie tun.« Aber an dieser Aussage zweifle ich heute. Auch die Inquisitoren folterten die Hexen unter dem Vorwand, ihre Seelen zuretten. Heute »retten« die Psychiater unseren Verstand, der keiner ist. Eigentlich aber hindern sie uns daran, uns kennen und verstehen zu lernen. Wenn wir uns kennen und verstehen würden, wären wir ihnen und ihrem Wahnsinn nicht mehr so ausgeliefert. Dies soll mit allen Mitteln verhindert werden, indem sie uns Angst vor uns selbst, das heißt vor unserer imaginären Krankheit machen. Eigentlich wissen sie genau, was sie tun: Sie halten ihre Vormachtstellung aufrecht und verteidigen ihre Privilegien. Ich bin überzeugt, daß die Psychiatrie und die Angst davor ein zentraler Machtapparat sind, mit dem anders denkende, – fühlende und – handelnde Menschen in Schach gehalten werden. Sie ist zusammen mit der Strafjustiz (mit ihren Gefängnissen und der Polizei) DAS Unterdrückungsinstrument.

Nur ist sie als solches viel gefährlicher, da praktisch undefiniert. Niemand braucht eine strafbare Handlung, die mehr oder weniger definiert ist, zu begehen, um in eine Klinik eingewiesen zu werden. Es gibt keine genauen Grundlagen, keine Verhandlung, keine Verteidigung, wenig Einsprachemöglichkeiten und keine genau festgesetzte Zeit der Gefangenschaft. Die Freilassung erfolgt willkürlich, das heißt wenn die Ärzte einen für gesellschaftsfähig halten, oder wie auch immer sie das nennen mögen. Ich sage dem, wenn sie es geschafft haben, uns anzupassen und uns den Willen gebrochen haben oder dies wenigstens glauben. Eventuell sind wir auch noch medikamentenabhängig, aber geheilt sind wir nie.

Weshalb wird jemand PsychiaterIn?

Je länger ich mich mit Psychiatrie befasse, desto mehr denke ich, daß PsychiaterInnen (die, die ich kenne) Menschen sind, die extreme Angst haben vor Gefühlen und sogenannt unberechenbaren Regungen bei sich selbst. Dies ist ein weiterer Grund, Menschen zu unterdrücken, die ihnen ausgeliefert sind. Die PsychiaterInnen nehmen anderen ihre Gefühle, weil sie selbst unfähig sind, ihre eigenen zu leben.

Niemand darf sehr fröhlich, unbeschwert und von sich selbst überzeugt sein = manisch. Aber auch schlecht darf es keinem(r) gehen. Traurig, unfähig, blockiert darf man/frau sich nicht fühlen. Nur durchschnittliches Verhalten ist erlaubt. Es scheint noch kein(e) PsychiaterIn auf die Idee gekommen zu sein, daß es Menschen gibt, die ihre positiven und negativen Gefühle leben wollen, weil sie nämlich denken, daraus etwas zu lernen und sich selbst besser kennen wollen.

Das Denksystem, in dem sich PsychiaterInnen befinden, das darin gipfelt, daß nur sie beurteilen können, wer normal und wer krank ist, haben sie von den Inquisitoren übernommen. Ebenfalls die Vorstellung, daß wer ihr »Wissen« und ihre Macht anzweifelt, potentiell krank ist.

Ethik und Skrupel, andere Menschen ihren Zwängen auszusetzen, bestehen keine, da sie ja sogenannt helfen. Daß diese Hilfe, sprich Folter, vom »Opfer« nicht als solche angesehen wird, deuten sie als Krankheitssymptom: Ein raffiniertes in sich geschlossenes System ohne Ausweg für den Unterdrückten.

Was ich mich immer wieder frage, weshalb jemand PsychiaterIn wird. Wenn sie/er helfen möchte, müßten ihr/ihm spätestens bei der angewandten Folter Bedenken kommen. Ein freiheitsliebender (nicht nur seine Freiheit), ethischer Mensch kann diese Behandlung doch nicht normal finden. Ich habe bis jetzt keine(n) PsychiaterIn gesehen, die/den ich nicht als kleinbürgerlichen und – ohne weißes Mäntelchen – ratlosen Menschen eingeschätzt habe. (Das kommt wahrscheinlich von meiner Selbstüberschätzung.) Sie haben menschlich und seelisch nichts zu bieten. Außer ihrer Macht, den Medikamenten und ihrem Pseudowissen sind sie hilflos.

Ihre Gefühllosigkeit gegenüber ihren sogenannten Fällen, mit denen sie sich nicht auseinanderzusetzen brauchen, weil das ein »normaler« Mensch gar nicht kann (ihre Definition), wirkt sich als Sadismus aus. Diesen können sie im Rahmen der nicht existierenden Gesetze (die Menschenrechte haben in psychiatrischen Anstalten keine Gültigkeit) und ihrer praktisch unbegrenzten Macht an ihren »Opfern« auslassen. ●

DIALOG MIT PSYCHISCH KRANKEN GEFORDERT

Wahnsinn vor dem Hintergrund sozialer Erosion

Roland Goldack, Herausgeber der FAPI-Nachrichten (Forum AntiPsychiatrischer Initiativen) und Sprecher des Arbeitskreises Psychiatrie der AG SPAK, führt in der »Werkstatt«, einem soziokulturellen Zentrum in Kassel, sozialpsychologische Beratungen durch. Götz Paschen sprach mit ihm über seine psychiatrie- , bzw. »psychokritische« Einstellung.

CONTRASTE: Roland, du machst hier auch eine Art psychologische Beratung. Was ist das genau für eine Beratung?

Roland: Das ist eine sozialpsychologische Beratungsstelle, die hier ein Teil des soziokulturellen Angebotes der »Werkstatt Kassel« ist. Das ist ein kleiner Träger.

Es fiel auf, daß es hier im Bereich der »Werkstatt« Probleme gab mit Leuten, die isoliert und in ihren Verhaltensweisen eigenartig oder sonstwie waren. Das war der Grund, daß man hier so eine Stelle eingerichtet hat.

Mein Interesse war, eine psychiatriekritische Beratung zu machen. Oder vielleicht weitergehend eine »psychokritische« Beratung. Also ich bin in dem Sinne kein Psycho, und ich denke mir, daß in den ganzen Therapie-Ideen häufig eine hierarchische Grundstruktur vorhanden ist. Auch das Etikett »antipsychiatrisch« garantiert leider nicht, daß man aus den Machtspielchen gleich rauskommt. Für mich ist Antipsychiatrie eine Form jenes Anarchismus, der Herrschaftsverhältnisse ablehnt. Ich glaube, es gibt einen wichtigen Zusammenhang zwischen Wahnsinn, Austicken usw. und sozialen Zwängen, sozialem Druck, die durch Hierarchien hervorgerufen werden.

Wie meinst du funktioniert Psychiatrie? Welche Arbeitsstrukturen liegen der ganzen Sache zugrunde?

Die Psychiatrie ist eine medizinische Einrichtung. Wenn man einen Begriff hat wie »psychisch krank«, den ich ablehnen würde, dann orientiert sich die Idee der psychischen Krankheit am medizinischen Modell.

Seit Entstehen der Psychiatrie als Institution im 18. Jahrhundert besteht das Interesse – das kann man bis heute beobachten – eine veränderte Wahrnehmung, verändertes Fühlen und Denken, was die Definition für Schizophrenie ist, auf eine biologische Basis zu bringen.

Also Hirnströme messen und dergleichen?

Hirnströme, Stoffwechsel und Vererbung – das ist die Schiene. Diese Psychiatrie würde sagen: Mit jemandem reden, der so ein mentales Problem hat, das ist genauso, als wenn ich mit einem Nierenkranken reden würde und versuchen würde, die Nierensteine durch Besprechen wegzukriegen. Das wäre eine Skizzierung von diesem ganz rigiden biologistischen, psychiatrischen Flügel. Zur analytischen Psychiatrie hin öffnet sich das etwas. Die Psychiatrie hat dabei einerseits eine medizinische Funktion und andererseits eine disziplinarische und Verwahrungsfunktion. Faktisch klappt das medizinische Modell nicht, weil es meist keineHeilung gibt. Im psychiatrischen Bereich wechseln die Diagnosen sehr stark. Der eine Psychiater erzählt dir dies, der andere jenes. Und die Diagnose ändert auch nichts an der Therapie. Die Therapie sind entweder Neuroleptika oder Antidepressiva oder einfach Beruhigungspillen. Es gibt gar nicht so ein großes Spektrum an Therapiemöglichkeiten – auf der Chemotherapieebene, das ist die zentrale Ebene der psychiatrischen Behandlung, da spielt sich das ab. Es wird auch geschwätzt, aber die chemische Versorgung ist das Zentrale.

Wie lange dauert denn eine psychiatrische Behandlung durchschnittlich?

Psychiatrische Behandlungen sind oft sehr langwierig. Die Chronifizierung ist häufig das Ergebnis der Behandlung. Ich würde mal behaupten: Die Chronifizierung liegt ungefähr im Bereich des Strafvollzugs.

Wie meinst du das?

Daß du deine Beschwernisse nicht mehr los wirst. Oder daß du einfach immer wieder im Irrenhaus landest.

Also ist das genau wie im Knast ...?

Ungefähr, denn beides sind totalitäre Institutionen. Die Psychiatrie ist eine totalitäre Institution, weil sie dich in allen möglichen Lebensäußerungen kontrolliert. Solche totalitären Institutionen rauben den Leuten, die einmal reinkommen, die Fähigkeit, ohne sie auszukommen. Man kann nicht sagen – also manche machen das, und es klingt sehr antipsychiatrisch: »Es ist ausschließlich die Psychiatrie schuld.«

Es sind insgesamt die Lebensumstände. Du wirst erst einmal merken, mit was für Mißtrauen die Leute dir begegnen, wenn du aus der Psychiatrie kommst. Du mußt dich in die Gesellschaft wieder reindrängen – in die psychonormale Gesellschaft. Das ist eine Sache.

Die Psychiatrie raubt dir zusätzlich die Möglichkeiten. Durch die entwürdigende Behandlung, die benebelnden Chemikalien, die Etikettierung wird dir die Autonomie enteignet, in eigener Regie zu leben.

Welchen Zweck hat denn die Psychiatrie, wenn sie in diesem Bereich derartig versagt?

Psychiatrie hat eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Da könnte man sich sagen: »Wieso gibt es überhaupt so eine Institution, die im Grunde genommen so wenig erreicht?«

Ich denke mir, daß die Psychiatrie ihren ganzen Aufgaben sehr gut nachkommt. Die Heilung ist nicht zentrale psychiatrische Aufgabe. Darüber wird geredet. Für den Einzelmenschen der in Not gerät, dem erscheint es so. Aber die wesentliche Aufgabe ist, Familien zu entlasten, Leute zu verwahren – Stichwort: Eigen- und Fremdgefährdung – und Techniken zu entwickeln, wie man Leute, die stören, verhaltensauffällig, schwer berechenbar sind, wie man die kontrollieren kann, wie man die anbinden kann. So nennt sich das auch: »Wir haben also bei der Patientin eine gute Anbindung erreicht.« Das fällt denen gar nicht auf, wie die so reden – undzu disziplinieren, mit die Bevölkerung zu kontrollieren. Also die Psychiatrie befindet sich durchaus in der Nähe von Knast. Diese beiden Institutionen sind sich viel ähnlicher als zugegeben wird.

Die erste psychiatrische Aufgabe ist, den Wahnsinn zu identifizieren, zu sagen: Das ist Wahnsinn, dieser Mensch ist psychisch krank. Dann kommt die Verwahrung, dann die Entwicklung psychosozialer Strategien.

Um die normale Realität sauber zu halten, »gesund« zu erhalten?

Ja. Ich meine: Der normale Alltag ist krank. Das ist ja der Witz. Weshalb ich auch sagen würde, dieses Aufbrechen der Kluft zwischen sogenannter Vernunft und sogenanntem Wahnsinn kann sehr produktiv sein, weil die normale Realität sehr defizitär ist. Ein bestimmter Kommentar, und ich kann auch das, was Leute im Irrenhaus sagen, einfach nur als Kommentar auf eine Sozialsituation betrachten. Dieser Kommentar wird permanent ausgeblendet oder gedeutet, psychologisiert, mit Medikamenten versehen – zum Schweigen gebracht. Wir brauchen aber auch den Kommentar der angeblich Wahnsinnigen.

Welche Sozialsituation wird denn von dem Psychiatrisierten kommentiert?

Es handelt sich um eine Entwicklung, bei der ich von »sozialer Erosion« sprechen würde. Also Sozialkontakte werden immer weniger und immer kurzlebiger. Zweckbündnisse, die man im Laufe seines Lebens eingeht, zum Beispiel eine Ehe, sind nicht mehr so stabil. Deine Eltern leben da, du lebst dort usw. Die Gesellschaft tendiert dahin, eine Gesellschaft von einzelnen zu werden. Und diese einzelnen kooperieren hier sehr effektiv miteinander über Arbeitsplätze, Institutionen, Massenkommunikationsmittel und Konsum: Du kannst hier leben, ohne zu sprechen. Du gehst in den Supermarkt, nimmst deine Sachen, bezahlst und sagst nichts. Es braucht sich kein menschlicher Kontakt mehr herzustellen. Wenn man diese soziale Erosion nicht sieht – wenn man meint, wir sind eine moderne Gesellschaft, und das lebt sich hier ganz flott...

Tut es ja auch – flott.

...ja – und man hat halt seine Konsumtechnologie und Berufskarriere, und es gibt unverständlicherweise Leute, die aus irgendwelchen Gründen austicken oder faul sind am Arbeitsplatz. Wenn ich das so sehe, dann verstehe ich es nicht. Das ist leider auch die Perspektive vieler Psychiater.

Wenn ich die soziale Erosion aber sehe, dann wird mir klar, daß sich Leute auf diesem Hintergrund verzweifelt wehren – auf diesem Hintergrund spielen sich die »psychosozialen« Geschehnisse ab. Was wir noch miteinander reden können, ob wir überhaupt noch etwas miteinander anfangen können. Ob wir nachher wirklich das Gefühl haben, wir sind uns begegnet oder nicht.

Ob ich während des Gesprächs mit jemand ständig etwas ganz anderes im Hinterkopf habe, zum Beispiel: Der ist doch ein Arsch oder so etwas. Es gibt Leute, die sind damit nicht einverstanden, die Sachen, die bei ihnen im Hinterkopf ablaufen, im Hinterkopf zu lassen, sondern die sagen das. Oder die versuchen mit dir, mit deinem Hinterkopf zu kommunizieren. Das findet sich auch in der psychiatrischen Literatur – als die große Sensibilität derpsychisch Kranken. Daß das sehr sensible, feinfühlige Leute mit oft prophetischen Fähigkeiten sind, die über dich plötzlich etwas sagen. Deshalb ist Distanz nötig, denn das ist gefährlich für die Psychonormalen.

Es ist doch so, daß solche Menschen ausgegrenzt werden, weil man Angst hat vor sich selber – oder nicht?

Ein Stück weit ...

Also auch vor seinem Unbewußten: Was die sehen, und was sie dir sagen – und du spürst es vielleicht, aber willst es gar nicht hören.

Ja, Angst vor der eigenen Wortlosigkeit, vor der sozialen Erosion, die mich selber trifft. Ein weiterer Grund ist der, daß es eine Steigerung der Effektivität gib und auch eine Definition der Vernunft. Die Vernunft definiert sich über die Ausgrenzung. Wenn ich zu dir sage: »Du bist psychisch krank.« Dann heißt das auch: Ich bin psychisch gesund. Wie sollte ich es sonst erkennen können?

Wenn ich mich ganz pragmatisch verhalte. Wenn ich ganz zielgerichtet vorgehe, versuche ich, mit effektiven Mitteln klare Ziele zu erreichen. Dann bin ich vernünftig und mit der Vernunft im Bündnis. Leute, die als abwegig gelten, bestreiten zum Beispiel solche Sachen. Sie machen Angriffe auf eine Vernunft, die bestimmte – auch ekstatische – menschliche Begegnungen ausblendet. Diese Gesellschaft, wie ich sie eben skizziert habe: Die Einzelwesen, die über Institutionen, Arbeitsplätze und Massenmedien kommunizieren, brauchen ein hohes Maß an effektiver Selbst-Steuerung, um weiterhin vernünftig zu kommunizieren und nicht ganz in sich zusammenzubrechen.

Protestzug im LKH Viersen-Süchteln (November 1980) Foto: SSK-Beschwerdezentrum Köln

Aber wofür?

Damit man trotzdem weiterhin gesellschaftlich produktiv sein kann. Das heißt arbeitsfähig, konsumfähig innerhalb subtiler Machtzusammenhänge, die uns voneinander isolieren. Die rationale Vernunft und Effektivität hat keinen weiteren Sinn. Also arbeitsfähig, konsumfähig, daß dir das Fernsehprogramm Spaß macht, daß du irgendeinen Sport betreibst oder sonstwas. Und daß du dich damit als Lebensinhalt zufrieden gibst.

Also die Gefahr, die möglicherweise von Psychiatrisierten oder Depressiven ausgeht, ist, daß es ja sein kann, daß sie recht haben. Daß du sagst: »Mensch – im Grunde, da ist ja etwas dran. So fühle ich mich auch.«

Ich gehe durch die Fußgängerzone, und wenn ich mir vorstelle, früher war das vielleicht mal ein Platz, wo man so flanierte – in Südeuropa kennt man es oder in weniger strukturierten Gebieten. Da geht man auf der Straße umher. Und da trifft man Leute. Man hat kein Ziel. Du gehst ziellos über die Straße, man begrüßt sich und schaut sich zu.

Wer heute so in der Fußgängerzone herumläuft, kann es noch unter dem Motto Einkaufsbummel betrachten. Wenn du gar nichts einkaufen wirst, weil du kein Geld hast, dann gehörst du zu den Leuten, die da als Obdachlose oder sonstwie rumhängen – die da »rumhängen«. Das wird genannt »Rumgehänge«. Du bist zu einer ständigen Aktivität gezwungen. Wenn du jetzt siehst, andere machen das anders, dann entdeckst du bei dir vielleicht auch so ein Bedürfnis. Aber du siehst auch, daß das gefährlich ist. Müßiggang ist aller Laster Anfang. Wenn du anfängst, dich hier auf eine Bank zu setzen und da so »rumzuhängen« den ganzen Tag lang. Du weißt auch, wie es solchen Leuten ergeht, die nachher dann mit einer Flasche Bier da ständig sind. Das – glaube ich – ist eine beängstigende Sache.

Die Psychiater bestrafen zum Beispiel den Müßiggang und die Freiheit, nach der sie sich selber sehnen?

Es kann sein, daß jemand beim anderen den Wahnsinn bestraft, den er auch selber in sich spürt. Das tun natürlich auch Psychiater.

Warum wird der Wahnsinn bestraft?

Weil es ein unzulässiger Kommentar ist. Weil dieser individuelle Wahnsinn, die private Ekstase oder das Umherflanieren nicht mehr zugelassen ist. Du mußt ein Ziel haben. Auch wenn diese Zielhaftigkeiten ins schnelle und ökologische Desaster münden.

Und weil Psychiater sich darüber ärgern, daß andere etwas machen, was sie sich selber nicht gestatten, bestrafen sie die dafür?

Sie würden es selber nicht unterschreiben, aber ein Stück weit ist es so. Es wirkt sich so aus, weil Psychiater mit ihrem medizinischen Modell sich angeboten haben, die Unzufriedenheit und den Mangel zu verwalten.

Worin liegt denn die Ursache für diese Unzufriedenheit und diesen Mangel?

In der zunehmenden Vereinsamung innerhalb eines abstrakten aber hochkomplizierten Machtsystems. Das ist der Hintergrund, von dem ich die Sache nie ablösen würde. Es gibt immer mehr soziale, also zwischenmenschliche Funktionsstörungen.

Es gab die Sippe, die Großfamilie, die Kernfamilie, die Zweierkiste, alleinerziehende Mütter und Väter. Alte personale Unterdrückungsverhältnisse zersplittern zu immer kleineren menschlichen Einheiten, die weiter erodieren, psychosozial bedürftig sind, nur noch zeitweise Geborgenheit vermitteln. Jetzt bietet dieser soziale Zusammenhang nicht mehr genug emotionale Sicherheit.

Ja, weil es auch gar keiner mehr ist.

Es ist eine Entwicklung. Wenn ich jetzt frage, wie würde eine Utopie aussehen, dann denke ich mir: Es ist die Frage, wie man mit sozialer Erosion überhaupt noch umgehen kann.

Dich interessieren also in erster Linie Möglichkeiten, die soziale Erosion zu bremsen?

Zu bremsen, zu stoppen, irgendwo damit umzugehen. Ich würde mal sagen: »Man braucht die Wahnsinnigen, um dort auf Ideen zu kommen.«

Du meinst also, es ist keine Frage moderner Modelle oder Ansätze?

Ich würde nicht hingehen und sagen: »Wahnsinnige sollte man so und so unterbringen oder in dieser Superklinik oder in der total lockeren therapeutischen WG, wo jeder reden kann. Diese Verbesserungsvorschläge sind ja oft nur eine Verfeinerung. Das ist auch das, was sich in der Reformpsychiatrie ergeben hat. Die Reformpsychiatrie ist eine Verfeinerung, hat verfeinerte Methoden: Es ist ein Team. Es ist nicht mehr so, daß da der einzelne Doktor sitzt, und der bestimmt. Sondern das Team hat beschlossen, daß sie heute die und die Medikamente nehmen. Es ist eine scheindemokratische Einrichtung.

Das ist dann legitimierte Unterdrückung von Psychiatrisierten.

Ja. Man nähert sich einer quasidemokratischen Struktur, ohne sie wirklich zu erreichen. Und auf dem Wege dahin – durch Verbesserung – erreicht man eine Verbesserung von Unterdrückung. Aber man löst sie nicht. Diese halben Schritte, die kleinen Schritte, führen oft nur zu einer Perfektionierung des Bestehenden.

Du meinst, das wichtigste sei überhaupt, die soziale Erosion zu stoppen, und Wahnsinnige wären da möglicherweise sehr befruchtend durch ihre Ideen und das, was sie sehen?

Ja.

Inwieweit?

Nicht jeder, der da sitzt, ist ein Sozialrevolutionär. Aber ich glaube, fast alle leiden unter einer sozialen Erosion, Isolation, Deprivation.

Was heißt Deprivation?

Deprivation heißt Entzug – Entzug von sozialen Kontakten usw. Und die Leute, die jetzt psychiatrisiert sind, sind häufig Leute, die für sowas besonders sensibel sind. Wenn es ein Waldsterben gibt, dann gibt es manche Bäume, die werden früher krank – andere später. Die, die früher absterben, die sind eben empfindlicher. An denen erkenne ich auch etwas. Die könnten mir auch am ehesten sagen, woran es liegt, an welchen Standorten es besonders problematisch ist, wie man sich noch dagegen wehren kann.

Die können durch ihre Art auch Anstöße geben.

Ich meine, mit einem Anstoß ist es nicht getan ...

Nein das ist klar, aber das ist es ja auch, was wir gefragt hatten: Welchen Sinn die Wahnsinnigen haben können.

Das ist eine zentrale Sache: Für mich heißt Antipsychiatrie, daß man in diesem Wahnsinn einen Kommentar wahrnimmt. Daß man den sozialen Sinn, der im Wahnsinn steckt, respektiert. Daß man nicht sagt: »Das ist ein abwegiger, psychisch kranker Zustand – der soll weg ... durch irgendeine Therapie, durch irgendeine Maximalversorgung, durch irgendwie sonstwas«, sondern daß man die Zwischenmenschlichkeit dieser Sache realisiert. Und da heißt Antipsychiatrie für mich auch nicht nur, daß man Psychopharmaka usw. ablehnt. Das ist ja dann klar. Sondern daß man sich auch fragt: Was sind das für Botschaften? Kann man was verstehen? Was kann ich von solchen Leuten lernen? Letztendlich ist es für mich schon eine Frage: Was kann man voneinander lernen?

Ja – also doch ein Dialog?

Ja, das würde ich so sehen. ●

DIE SELBSTDARSTELLUNG:

ANTI-NETZE

SpinnenNetz

SpinnenNetz arbeitet seit dem 16. Januar 1991 als Informationsdienst und seit dem 30. Juni 1991 als Schnittstelle des European Counter Network (ECN) in der BRD. Die Idee zu SpinnenNetz ist jedoch um einiges älter und hat sich in der Zwischenzeit des öfteren verändert. Aus der Idee, ein Archiv oder eine Presseagentur für unterdrückte Nachrichten zu machen, ist heute das Konzept für eine internationalen Datenvernetzung politischer Gruppen / Teilbereichsbewegungen / Medieninitiativen geworden.

1990/91 gingen wir davon aus, daß für die politische Arbeit im Rhein-Main-Gebiet ein funktionierendes Archiv zu verschiedensten Themen notwendig ist, vieleicht verbunden mit einem Infodienst, der die Inhalte des Archivs für politische Gruppen oder auch die Öffentlichkeit zugänglich macht.

Als wir daraufhin verschiedene, bereits bestehende Medienkonzepte mit Gruppen im In- und Ausland diskutierten, stellten wir fest, daß im Grunde kein Bedarf nach zusätzlicher Information bestand. Informationen waren durch bereits bestehende, informelle Strukturen, z.T. weltweit gespannter Netze einzelner Projekte, genügend vorhanden. Die durch diese Netzwerke gewonnenen Infos waren jedoch, was Zeitungs- und Radioprojekte angeht, weder frei zugänglich noch wurden sie regelmäßig und umfassend ausgewertet. Die Auswerung fand selektiv innerhalb der jeweiligen Gruppen-Strukturen statt. Andere Beispiele sind vorhandene Computernetzwerke, deren inhaltliche und strukturelle Konzeption nicht unseren politischen Vorstellungen von Organisationsstrukturen entsprachen.

Weshalb SpinnenNetz?

Viele kleine Initiativen, wie Infoläden, kleinere regionale Infobulletins oder Zeitungen haben weder diese Strukturen, noch die Möglichkeit, an ihnen teilzuhaben. Da die meisten Infonetze mittlerweile, der angestrebten Aktualität wegen, mit Telefax oder Datenfernübertragung per Computer (DFÜ) arbeiten, muß mensch sowohl Geld haben, das zu finanzieren, als auch eine noch immer verbreitete Technikfeindlichkeit überwinden, um sich an die Netze anzuschließen. Das letztere ist regional unterschiedlich und eigentlich ein Problem der Initiativen selbst, das erste aber nehmen wir ziemlich ernst.

Auf der einen Seite versuchen wir mit SpinnenNetz kleinen, regionalen, finanzschwachen Medien eine Möglichkeit zu geben, aus ihrer Isolation herauszukommen. Da nicht jede von denen ein eigenes internationales InfoNetz unterhalten muß, sondern dieses oft nur zu einzelnen Themen oder hin und wieder nutzen will, machen wir die Arbeit einer Schnittstelle. Wir sind eine Schnittstelle sowohl zwischen verschiedenen Informationszusammenhängen, d.h. Netzwerken der Teilbereichsbewegungen, als auch Ländern und Regionen/Städten. (Dazu genaueres im technischen Teil) Auf der anderen Seite wollen wir Nachrichten weitergeben, die uns in der Diskussion um die Organisierung und Zusammenarbeit linker, revolutionärer Bewegungen, z.B. gegen die Umstrukturierung des Europas der Herrschenden, weiterbringen können.

Tatsache ist, daß die meisten politischen Gruppen unzusammenhängend Politik in der eigenen Stadt machen und erst recht unabhängig von Gruppen/Bewegungen anderer Städte oder Länder arbeiten. Zur Bestimmung und Umsetzung gemeinsamer Perspektiven oder Projekte ist allerdings genau das gefragt.

Ansätze, wie die regelmäßigen nationalen und europaweiten Infoladentage, die ehemaligen Häusertreffen, die bundesweiten ANTIFA-Treffen oder die Frauencamps 1989 und '90 in Amsterdam, sind Schritte in diese Richtung. Diskussionspapiere, Reader oder Broschüren versuchen die Diskussion zu vermitteln und verbreitern, erscheinen aber unregelmäßig.

Also haben wir SpinnenNetz gegründet, um – in verschiedenen Ländern, Regionen, Städten – kleinen und größeren Medienprojekten, wie Zeitungen und Radios – Teilbereichsbewegungen und ihren Infostrukturen, Infoläden, Archiven etc. – politischen Zusammenhängen und Gruppen, die zu einzelnen Themen arbeiten, den Zugang zu unzensierten Informationen und Diskussionspapieren kontinuierlich, schnell und finanziell tragbar zu ermöglichen.

Um beispielsweise gemeinsame politische Antworten auf die verstärkte europaweite Zusammenarbeit der Repressionsapparate zu finden, ist eine kontinuierliche Kommunikationsstruktur, vor allem zwischen den Teilbereichsbewegungen, eine notwendige Bedingung unter anderen.

1. Durch die Möglichkeit der sofortigen Übermittlung von NACHRICHTEN in viele verschiedene Städte und Länder, sind die Handlungs- und Reaktionsmöglichkeiten zu politischen Ereignissen flächendeckender und schneller als bisher. Beispiele dieser Arbeit in SpinnenNetz sind bis heute: Die Verbreitung der Informationen und Unterstützung der Kampagnen zur Freilassung griechischer Gefangener im März 1991 (Anti-Nato-Demo in Hania/Kreta), der am 27.10.91 in Athen verhafteten 18 GenossInnen (Besetzung des Politechnio) und von Mumia Abu Jamal/USA. Während des Golfkriegs II hat SpinnenNetz als Informationsdienst für unterdrückte Nachrichten im Anti-Kriegs-Info regelmäßig Nachrichten vom weltweiten Widerstand und aus dem Kriegsgebiet selbst (z.T. auch in Radiosendungen) veröffentlicht. Darüberhinaus existieren seit Juni 1991 Ansätze, in einem europäischen Netzwerk (ECN) mit Gehalten. Wir suchen eine gesamtgesellschaftliche Perspektive unserer Politik. Beides kann's ohne Information und Diskussion nicht geben. Also denkt daran: Von allem, was ihr in eurer Stadt/Region öffentlich macht, schickt uns Infos rüber. Alle Nachrichten, die dabei zur Weitergabe innerhalb der BRD gedacht sind, bitte auf Diskette und alles fürs ECN in Englisch, Sorry.

Die verschiedenen Ebenen der SpinnenNetz-und ECN-Struktur. Das Netzwerk, was wir uns vorstellen, arbeitet also auf drei verschiedenen Ebenen.

In der Mitte stehen die regionalen BRD-Schnittstellen. Sie sollen flächendeckend in verschiedenen Städten entstehen und über ein nationales Netz miteinander verbunden sein. Sie sind die Schnittstellen, die sowohl regional als auch international mit einem zu bestimmenden Land oder Kontinent Informationen austauschen. Der internationale Infoaustausch wird gleichzeitig über das ECN koordiniert.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

nossInnen verschiedener Länder einen kontinuierlichen Informationsaustausch aufzubauen (genaueres s. techn. Teil). SpinnenNetz arbeitet derzeit mit Infoläden, freien Radios und Zeitungen zusammen.

2. DISKUSSIONSPAPIERE von politischen Kollektiven können ins Netz gegeben werden und sofort viele Städte und nicht nur einzelne Bekannte erreichen, was langfristig Diskussionsprozesse erleichtert. Wir wollen keine Diskussionspapiere von Einzelpersonen weitergeben, weil wir davon ausgehen, daß politische Prozesse nur aus kollektiven Auseinandersetzungen und Initiativen hervorgehen. Wenn Diskussionen über Städte und Grenzen hinweg gemeinsam entwickelt würden, kann der politische Druck, den wir in der Lage sind auszuüben, erheblich stärker werden.

3. Datenkommunikation ersetzt natürlich keine persönliche Auseinandersetzung, kann diese aber unterstützen, wenn sich GenossInnen, z.B. wegen räumlicher Distanz, selten sehen können, zwischenzeitlich aber auf dem Laufenden bleiben wollen.

4. In einem Mailboxsystem (s. techn. Teil) gibt es die Möglichkeit, Informationen nach verschiedenen Themen zu ordnen. Dadurch kann mensch jederzeit gezielt Infos einbringen oder abrufen.

Themenschwerpunkte könnten sein:

- ○ Flüchtlingspolitik
- ○ Antifa
- ○ Umstrukturierung, Häuserkampf, Zentren etc.
- ○ Internationalismus
- ○ Knast/Gefangene
- ○ Repression
- ○ Rassismus
- ○ Antipatriarchaler Widerstand
- ○ Antimilitarismus
- ○ Soziale Kämpfe/Bewegungen ...

Dabei streben wir langfristig an, ähnlich schnell zu arbeiten, wie die Nachrichtenverteiler der Herrschenden und eine gewisse technische Professionalität zu erreichen. Das macht unsere Arbeit zum einen finanzierbar, da Computer-DFÜ bei relativ großen Mengen von Information wesentlich billiger ist als Telefax oder Post; zum Zweiten werden die Infos sicherer und schneller ans Ziel kommen.

SpinnenNetz wird das werden oder sein, was wir als Bewegung daraus machen und funktioniert nur, wenn sich viele politischen Gruppen daran beteiligen.

Alles, was wir nach außen hin tun, muß öffentlichen Diskussionen standhalten.

Wie soll das aussehen?

SpinnenNetz Mainz/Wiesbaden beispielsweise empfängt die Informationen via ComputerNetz des ECN aus Holland und Italien. Die HolländerInnen von aps-Amsterdam (aktivist press service) erhalten Infos aus den USA (NLNS-Netzwerk) Belgien und England. Italien bringt Informationen aus Palästina, Nord-Irland, Baskenland und Frankreich in ECN ein, SpinnenNetz aus Griechenland, Türkei/Kurdistan, Kanada (PNS-PrisonNewsService) und Lateinamerika (POONAL-Pool de Nuevas Agencias de LatinoAmerica). Das ist die internationale Ebene des ECN.

Am Beispiel des nationalen italienischen Netzes der antagonistischen Radios (Autonomia-Bewegung) läßt sich die Verteilung der Arbeit auf drei Ebenen am besten verdeutlichen, weils dort bereits seit zwei Jahren funktioniert: In Italien sind z.Zt. sechs Städte permanent miteinander verbunden (Tag-und-Nacht Computeraustausch). Radio Onda Rossa aus Rom empfängt dabei Nachrichten aus Süditalien und Palästina und gibt diese in ECN ein oder verteilt sie an regionale Gruppen in Süditalien und nach Palästina. Über das italienische Netz kommen diese Nachrichten über Nacht z.B. nach Padova, wo sie in ECN gehen. Gleichzeitig sendet Padova nachts die ECN-Nachrichten aus den oben beschriebenen Ländern nach Rom, bzw. in die Region Veneto. Das gleiche geschieht mit Milano, Torino, Bologna, Firenze.

In der BRD existiert im Moment nur SpinnenNetz. SpinnenNetz sendet und empfängt Nachrichten des ECN. Darüberhinaus arbeitet SpinnenNetz international mit POONAL, PNS (s.o.), einem weiteren italienischen Netz u.a. zusammen. Diese Informationen gibt SpinnenNetz regional nach Frankfurt, Offenbach, Hanau, Marburg, Mainz, Wiesbaden und Heidelberg weiter. Von dort kommen ebenfalls regionale Infos zurück zu SpinnenNetz.

Wie kann das weitergehen?

Würde eine Schnittstelle Berlin/West funktionieren, könnte diese sowohl mit polnischen GenossInnen aus Gdansk, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, Infos austauschen als auch mit dem regionalen Berliner Raum. Schnittstelle Berlin/Ost würde mit Strukturen in der Ex-DDR kommunizieren. Schnittstelle Hamburg könnte mit den interessierten NorwegerInnen (Blitz & InfoladenNetz Norwegen) und DänInnen zusammenarbeiten und gleichzeitig den norddeutschen Raum mit allen Infos versorgen.

Wir haben uns vorgenommen, mehrere regional und international relevante Städte (d.h. solche, in denen auch ausländische GenossInnen politisch arbeiten oder InfoZentren unterhalten) in der BRD für dieses Netz anzusprechen. Mit verschiedenen Gruppen aus größeren Städten sind wir im Gespräch. Diese Städte könnten die beschriebenen Funktionen im Netz/ECN/regional übernehmen.

Darüberhinaus wollen sich Polen, Norwegen, Dänemark, Griechenland und die Schweiz an das BRD-Netz anschließen, die holländischen Infoläden und Gruppen aus Belgien an APS und baskische GenossInnen an das italienische Radio-Netz (Stand nach den internationalen Infoladentagen in Heidelberg, November 1991). Die drei Netzebenen sollen so persönlich wie möglich gehalten werden, damit informeller Infoaustausch und Diskussionstreffen auf Vertrauensbasis laufen können. Die ECN-Schnittstellen wiederum kennen sich aus der bisherigen Arbeit: Seit Juni 1991 gab es mehrere Treffen untereinander. SpinnenNetz, ECN und BRD-Verteiler sollen durch diese Unterteilung so übersichtlich wie möglich zu handhaben sein.

Das Netz wird inhaltlich offen arbeiten, d.h., daß wir für alle möglichen verschiedenen Themen Platz anbieten wollen, soll aber ansonsten kein für alle und jedeN einfach zugängliches Netz werden. Klar können sich Initiativen/Gruppen einklinken, müssen aber zuerst den Schritt gehen, sich bekannt zu machen und zwar bei den Schnittstellen oder Treffen.

1. Erfahrungen mit anderen Netzen haben gezeigt, daß total offene Netze irgendwann völlig unübersichtlich werden, weil aller möglicher Schrott eingegeben wird oder, daß z.B. Faschos Netze genutzt haben. Das läßt sich sowohl durch technische Mittel (Mailboxzugang, Datenübermittlung verschlüsselt oder mit Passwort) als auch persönliche Einschätzung weitestgehend verhindern.

2. Diese Art von Datenübertragung ist relativ billig: die regionalen Gruppen müssen meist nur Ortsgespräche führen, um über die Schnittstellen-Mailboxen an die Infos ranzukommen. Die nationalen Netze sind über einen Ring miteinander verbunden, d.h. jede Stadt sendet und empfängt nur einmal pro Nacht, anstatt jede zu jeder. International werden die dort entstehenden höheren Kosten/Telefongebühren möglichst auf alle Länder gleich verteilt.

3. Repression kann nicht so leicht an einer Schnittstelle ansetzen, über die vielleicht in einem Land alle Kontakte laufen. Gibt's viele Schnittstellen, kann der Ausfall von einer leicht aufgefangen werden; der Aufwand, ein solches Netz zu zerschlagen, ist ziemlich hoch; der Versuch, es zu kriminalisieren, wird auf einen breit verankerten Widerstand aus verschiedenen Bewegungen treffen.

4. Die Aufteilung in die drei Ebenen ermöglicht die Einbeziehung anderer Kommunikationsmittel als den Computer. Regionale, kleine Gruppen, die oft keinen Zugang oder keine Kohle für einen Computer haben, können ihre Infos weiterhin relativ schnell und sicher per Telefon/Post an die Schnittstellen weitergeben oder von denen beziehen. International ist der Einsatz von FAX weiterhin mit Ländern denkbar, die keine anderen Möglichkeiten haben. Dadurch können wir verschiedene bereits bestehende Connections weiter benutzen, müssen keine neuen InfoNetze schaffen. Schließlich geht's uns in den Metropolen auch einfach besser, was Technik/Kohle angeht.

5. Ein übersichtlicheres Netz ermöglicht genauere Diskussionen, weil wir die Hintergründe/politischen Situationen der anderen GenossInnen beurteilen können. Information ist für uns kein Selbstläufer, neue Medien sollen nicht unsere Politik bestimmen, sondern ihren Teil dazu beitragen, uns handlungsfähig zu machen. Organisierung/Koordinierung entsteht nicht automatisch durch Information. Aber Informationsaustausch und Diskussion ist eine Vorraussetzung dazu. Warum sollen wir eine Waffe unbenutzt liegen lassen?

Technische Anleitung für die SpinnenNetz-Nutzung

Als erstes ein Hinweis: Auch die von uns benutzte Technik bringt ihre Probleme mit sich. D.h., wenn's mal nicht sofort klappt, weiterprobieren. Datenfernübertragung ist zum einen abhängig von der Leistung des Telefonnetzes, zum anderen von Euren und unseren technischen Möglichkeiten (und Kohle). Die meisten Schwierigkeiten lassen sich per Brief, Telefon oder Treffen mit uns klären.

Wir werden ab Februar 1992 eine Mailbox anbieten, die an Wochenenden von Freitag 19.00 bis Montag 11.00 unter der Telefonnummer *****-****** geöffnet ist. Zugang zur Mailbox können alle haben/bekommen, die einen Computer mit Modem besitzen. Natürlich können wir auf Absprache auch außerhalb der SpinnenNetz-Zeiten Infos, Flugblätter etc. über Computer verschicken: Die Vorraussetzungen sind die gleichen wie o.g.. Wir haben ein Modem mit 2400 Baud.

Alle anderen können in der verbleibenden Zeit anrufen und Nachrichten auf dem Anrufbeantworter hinterlassen oder darüber Nachrichten anfordern: Tel. *****-******.

Eine weitere Möglichkeit, die wir haben, ist FAX zu versenden. D.h., wenn Ihr ein Telefaxgerät, aber keinen Computer habt, können wir Euch, wiederum nach Absprache, Nachrichten auf diesem Weg schicken. Als letzte Möglichkeit bleibt immer noch die Post (folgt Adresse).

Jetzt zu allen, die uns Texte schicken wollen: Versucht, alle Texte, die Ihr schicken wollt, auf Computer (kleine Disketten) zu schreiben und abzuspeichern. Wir können nicht alles selbst eingeben!! Wir haben folgende Programme: Word5.0; Star-Writer; Win-Write. MÖGLICHST JEDOCH ALLES IM ASCII-FORMAT ABSPEICHERN.

Wir bekommen z.Zt. jeden zweiten Sonntag Nachrichten aus dem ECN. Teilweise gibt es, wegen des Umfangs, aber nur eine Übersicht, was alles gekommen ist. D.h., daß Ihr z.B. eine Liste mit dem Überblick über aktuelle Infos bekommen/abrufen könnt, um dann gezielt Informationen anzufragen oder per Computer aus der Mailbox abzurufen.

Soweit die technische Seite. Wenn Ihr Fragen, Anregungen oder Interesse habt, meldet Euch bei uns. Wir setzen uns dann mit Euch in Verbindung. ●

Anzeige

Seit den 50'er Jahren bauen die Herrschenden in Europa an einer vereinheitlichten Konzeption für den reichen Norden. Zum Januar 1993 soll ein wesentlicher Meilenstein dieser Entwicklung zuende gebracht werden: der Europäische Binnenmarkt. Doch der Binnenmarkt steht nicht alleine: die europäische Entwicklung des Zusammenschlusses von Macht, Herrschaft, Kapital und deren grenzenloser Freiheit ist gekoppelt an Sicherheitsgesetzverschärfungen, Migrationsbegrenzung, Bevölkerungspolitik, Umstrukturierungen ... Besonders bedrohlich wird diese Entwicklung für die Menschen im Trikont, die sich der Konstruktion einer neo-imperialistischen Weltmacht EUROPA gegenüber sehen. In Europa gibt es aber auch Widerstand gegen dieses Projekt, was in diesem Buch sehr deutlich wird.

UNRAST-Kollektiv (Hg.): EUROPA 1993 Der große Zauber

ISBN 3-928300-08-X
146 Seiten, DM 14,80

Unrast-Verlag, Querstr. 2, 44 Münster
Oder in gut sortierten Info- und Buchläden

DIE SPINNE IM NETZ

ANTI-NETZE

»Selbstinszenierte Rasterfahndung«?

Als Nürnberger WWG-Gegner mit der hier dokumentierten Selbstdarstellung des Anti-WWG-Computernetzes bei CONTRASTE Nürnberg anfragten, einen Computerkontakt herzustellen, war allen ein wenig mulmig zumute. Kontakt über Computer ist eh schon etwas seltsam, aber wenn dann noch Presseartikel bekannt werden, die eine RAF-Nähe denunzieren... Mitte bis Ende Februar wurde es dann trotz alledem zweimal versucht. Resultat: negativ! Aus den Diskussionen dieser Tage entstand der im Folgenden dokumentierte Offene Brief, der Fragen aufwirft, die jeden interessieren sollten, der das Medium Telekommunikation bewußt nutzen will. Parallel hierzu wurden Anfragen nach SpinnenNetz und seinem internationalen Background sowie die SpinnenNetz-Selbstdarstellung in das Mailboxsystem CL eingegeben... Resultat: positiv! CONTRASTE will mit den eingehenden Anfragen verantwortungsbewußt umgehen. Und nicht wie die Spinne im Netz.

OFFENER BRIEF

WespenNest statt SpinnenNetz

Ihr tätet besser daran, Euch ein geeignetes Modem und die Software zu besorgen, und erst einmal den Mailboxbetrieb auszuprobieren, ehe Ihr etwas propagiert, das der Gründung einer elektronischen Internationale nahekommt. Diskussionen und Erfahrungen mit politischen Mailboxen zeigen, daß die Reise eher in Richtung HORIZONTALE Vernetzung gehen wird, denn in den Netzaufbau von oben nach unten.

»I wanna netz ye an I netz you now!« ist der Schlachtruf eines ständig breiter werdenden Stroms, einer Informationslawine von politisch, fachlich oder rein persönlich motivierten Leuten, die sich vernetzen, was das Zeug hält.

In der Tat: Die Megabyte-Invasion dieser über 100 politischen Boxen im Verbund der CL (ComLink) ist – wie Ihr schreibt – gigantisch und unübersichtlich. Aber das Interesse an einem eigenen Netz, das auf besondere Kontakte beruht, habt nicht nur Ihr – auch alternative Radios und andere Infoläden mit eigenen Boxen sind andernorts im deutschsprachigen Raum aktiv – es werden immer mehr. Das sind dann in der Tat Schnittstellen, deren im CLInformationsgebirge protokollierten Mitteilungsbedürfnisse eine elektronisch verzerrte Widerspiegelung ihrer diversen hundert- und tausendfach verschiedenen sozialen Lebensbedingungen sind.

Verständlich ist Euer Anliegen:

»Das Netz wird inhaltlich offen arbeiten, d.h., daß wir für alle möglichen verschiedenen Themen Platz anbieten wollen, soll aber ansonsten kein für alle und jedeN einfach zugängliches Netz werden. Klar können sich Initiativen/Gruppen einklinken, müßen aber zuerst den Schritt gehen, sich bekannt zu machen und zwar bei den Schnittstellen oder Treffen.«

oder:

»Die drei Netzebenen sollen so persönlich wie möglich gehalten werden, damit informeller Infoaustausch und Diskussionstreffen auf Vertrauensbasis laufen können.«

Genau. Mailboxen verflucht zum Reisen, das haben auch schon Andere gemerkt... Da schwirrt mittlerweilen ein ganzes WespenNetz herum...

Ähnliche Ziele verfolgen auch andere Informationszusammenhänge mit CL in ihrer jeweiligen Interessenlage. So will CONTRASTE, die Monatszeitschrift für Selbstverwaltung, z.B. die Einrichtung einer redaktionsintern zu nutzenden Point-Lösung, (vorerst Nähe Amsterdam, Heidelberg, Stuttgart, Nürnberg, Dresden, Berlin und Nähe Dessau) und auch das ID Archiv im IISG-Amsterdam will zur nächsten Tagung von CL pilgern – einer der beiden ID-Leute arbeitet seinerseits wiederum sehr eng mit Euren holländischen Partnern von APS zusammen. Auch wurde Eure italienische Kooperationsbox schon wiederholt von CL-TeilnehmerInnen besucht, wie sie mir berichteten. – Lets netz!

Unlängst fand in Brüssel eine Tagung mit zweihundert TeilnehmerInnen aus mehr als zwei Dutzend Ländern statt. Ein NETZWERK FÜR EINE ALTERNATIVE UND SOLIDARISCHE WIRTSCHAFT wurde gegründet. Mindestens die Hälfte der dort Engagierten wird in den nächsten Jahren Zugang zu Mitteln der DFÜ erhalten... Ein weiteres elektronisches Netz wird entstehen...

Denkbar sind auch Netze im Netzwerk CL, die in einen öffentlichen Teil und einen internen Teil untergliedert sind. Das CL-Netz, erklären dort seit Jahren Aktive wie Jürgen Wieckmann aus der GigaByte-Metropole Hamburg, entwickle sich zu einer Art elektronischen Rundbrief, der von speziellen Interessengruppen für ihre jeweiligen Anliegen gebraucht werden kann.

Faschos konnten so ausgebremst werden, daß die bei CL übliche Realnahmenpflicht unweigerlich zu wirksamen elektronischen Ausschlußmaßnahmen NACH Bekanntwerden von rassistischer oder Nazipropaganda führt. Zensur sexistischer Beiträge wird kontrovers diskutiert, wird jedoch von den Boxen, die das beschließen, praktiziert.

Ansonsten zeigt die moderne Zunft der Infonauten – die der Hacker – nur immer wieder auf: Ganz abschotten, gar klandestin organisieren, läßt sich überhaupt kein Netz. Im Gegenteil: Datenschutz wird immer schwieriger.

Vollkommen unverständlich ist daher auch Euer konkretes Vorgehen...

Eure Öffentlichkeitsarbeit hat immerhin so viel Erfolg gehabt, daß die Hannoversche Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 7. Februar auf S. 3 unter den Überschriften »Jagd auf Ausländer und Neonazis – die Gewaltbereitschaft bei Extremisten im linken und rechten Lager wächst – Autonome planen bundesweit« zum Thema Computervernetzung schreibt:

»Ein Beispiel für den steigenden Organisationsgrad ist der Ausbau einer EDV-gestützten Datenvernetzung politischer Gruppen, die gegenwärtig vom Rhein-Main-Gebiet aus aufgebaut wird. Als Kontaktadresse fungieren die Mainzer Gruppen »Spinnennetz« und der mit dem RAF-Umfeld in Beziehung stehende Wiesbadener Infoladen... usw. usw.«

Uns in Nürnberg war angesichts Eurer Eigenwerbung lange Zeit unklar, ob hier nicht einfach eine Wiesbadener Dienststelle eine Selbstdarstellung von Euch hergenommen hat, um ihre eigene Anschlußnummer zu propagieren. Inzwischen wissen wir, daß es Eure Nummer wirklich gibt, obwohl wir auch bei zweimaligen Versuchen keine Computerverbindung herstellen konnten. Die Nummer ist im Verteiler für Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel als Computerkontakt ausgewiesen...

Seid Ihr Euch eigentlich darüber im Klaren, daß Euer Vorgehen einer selbstinszenierten Rasterfahndung gleichkommt, bei der ein Kommunikationsprofil offengelegt wird, das verdeutlicht, welche Menschen mit welcher technischen Ausstattung in Sachen WWG u.a. mit einem Wiesbadener Info-Laden Kontakt aufnehmen wollen, dem eine Beziehung »zum RAF-Umfeld« nachgesagt wird? Oder wie oft Ihr danach von wo und von wem erreicht werdet?

Der Datenschutz-Hintergrund Eures ganzen Projektes sollte erst einmal ausreichend ausdiskutiert werden und jedeR TeilnehmerIn klar sein... Oder?

Eure Eigenwerbung wurde daher zunächst noch ohne Bekanntgabe Eurer Adresse und Telefonnummer in den Informationsbrei von CL eingegeben. Adresse und Telefonnummer werden erst jetzt in dieser Stellungnahme netzwerköffentlich, weil Reaktionen aus dem Netz postwendend eintrafen, die genau das gefordert haben.

Erhofft werden aber auch Stellungnahmen, die aus ExpertInnensicht die Konsequenzen Eures Kommunikationsvorhabens darlegen, die wir dann in geeigneter Form austauschen können. Was soll zum Beispiel der anthrazitfarbene Golf mit Wiesbadener Kennzeichen, der seit Anwählen Eurer Nummer bereits Anfang Februar vor meiner Haustür rumsteht? Sowas gibts doch wohl nur in schlechten Krimis, oder...?●

Grüße aus Nürnberg
Kurt Regenauer, LINK-N bzw. CONTRASTE Red. Nürnberg

Böse Satire nach dem Geschmack der „Autonomen": Dieses Transparent wurde gestern über dem Komm-Eingang aufgehängt. Foto: Hippel

„Komm" weist Vorwürfe zurück

„Kein Raum für Verschwörer"

Erklärung der Selbstverwaltung gegen „laufende Hetzkampagne"

Der Rat des selbstverwalteten „Komm" sieht den Weltwirtschaftsgipfel Anfang Juli in München nicht durch gewaltsame Aktionen aus dem Treffpunkt am Königstor bedroht.

In einer einstimmig verabschiedeten Stellungnahme weisen sie entsprechende Befürchtungen der Sicherheitsbehörden als „bloße Behauptungen und Vermutungen" und als „konstruiert" zurück. Das „unverdauliche Gebräu" diene dazu, die „unbotmäßige Stadt" auf Kurs der Staatsregierung zu bringen und die „laufende Hetzkampagne" zu rechtfertigen.

Als „hausgemachtes Problem" bezeichnen es die Komm-Vertreter, daß „die allerorten durchaus umstrittene Tagung" der sieben großen Industriestaaten nur noch sicherheitspolitisch betrachtet werden soll.

„Vorverurteilungen"

Hätten Polizei und Ministerien tatsächlich „nur Besorgnisse um die Sicherheit des Weltwirtschaftsgipfels", dürften – so der Rat – „im Zusammenhang mit dem Komm" keine „Vorverurteilungen" und „Diskriminierungen" wie „Umfeld der RAF" ausgesprochen werden. Das Komm biete in den vielfältigen Aktivitäten keinen Raum – „weder für Geheimdienst- noch für Verschwörermentalitäten".

Nürnberger Nachrichten vom 19.3.1992

ANTIFA-COMPUTERNETZ

European Counter Network (ECN)

Im Gegensatz zu hetzerischen Artikeln, die dem neuen linken Computernetz ECN RAF-Nähe nachsagen, sieht der Informationsdienst Computer & Medien in ECN »ein Informationsaustauschprojekt von pluralistisch anmutender Toleranzbreite«. Grundlage hierfür ist ein Rundschreiben, in dem sich der holländische ECN-Kooperationspartner »Activist Press Service« (APS) vorstellt. Darin heißt es, daß das »European Counter Network« in Zusammenhang mit dem Aufbau eines alternativen Pressebüros steht, das »kein Büro von alternativen JournalistInnen ist, sondern Informationen von Aktionsgruppen verbreitet.«

Des weiteren schreiben die HolländerInnen: »APS möchte gerne Kontakte zu europäischen Aktionsgruppen und Zeitschriften aufbauen, die selbst Netzwerke errichten oder darüber nachdenken. Derzeit experimentieren wir mit dem Austausch von Informationen in so einem kleinen Netzwerk. Seit Mitte Juli 1991 tauschen wir alle 14 Tage Informationen zwischen dem Infoladen Wiesbaden/SpinnenNetz in Deutschland, einem autonomen Computernetzwerk in Italien und den Niederlanden aus. Auch mit einem antifaschistischen Bulletinboardsystem in Antwerpen/Belgien tauschen wir Informationen aus.

In diesem Jahr werden sich hoffentlich mehr Infoläden, Zeitschriften, Städte und Länder diesem Experiment anschließen. Für uns ist es in so einem internationalen Netzwerk von kleinen, unabhängigen Bulletinboards wichtig, daß total unterschiedliche außerparlamentarische Gruppen und Ideologien da Zugang haben. Das heißt, APS versteht sich vor allem als eine technische Struktur und wir überlassen es unseren BenutzerInnen, sich eine Meinung über die Informationen zu bilden. Presseerklärungen, Artikel usw. sind von APS full-text abfragbar, weil wir glauben, daß so etwas als Dokumentation der progressiven Bewegungen wichtig ist. Faschistische, rassistische und sexistische Gruppen werden da selbstverständlich nicht zugelassen.

Falls holländische Gruppen Nachrichten fürs Ausland vorlegen, können wir sie über APS vertreiben, ob wir uns mit der Ideologie der Gruppe einigen oder nicht. Zugangsvoraussetzung zu dieser europäischen Versendung ist natürlich, daß die politische Gruppe bei APS bekannt ist. Der zu versendende Text muß ins Englische übersetzt werden und sollte möglichst kurz (d.h. bis 2 Din A4 Seiten) sein. Längere Berichte sind durch Quellenverweise im europäischen Netz direkt von APS abzurufen.«

Kontakt: APS (Activist Press Service), Mail: postbus 6452 1005 EL Amsterdam, E-Mail/APS bulletinboard direct: +31 20 689 4198, E-Mail Internet: apsigc.org, E-Mail Peacenet: aps, Fax: +31 20 616 8967

INTERNATIONALE MAILBOXNETZE

Für eine neue Weltinformationsordnung

Die US-Mailboxnetze Peacenet (BürgerInnenrechts- und Friedensbewegung) und Econet (Ökologie) in San Francisco sind miteinander verbunden und werden vom »Institut für globale Kommunikation« (IGC) verwaltet. Zur Bedeutung internationaler Mailboxnetze wurde Howard Frederick, »der Chef der Nachrichtenabteilung« von IGC von »Poonal« interviewt: (nach ID Computer & Medien, 1-92)

H. Frederick: »Die Menschen der Länder in Entwicklung (Dritte-Welt-Länder) stehen vor dem Problem, wie sie der Kontrolle der Massenmedien durch das transnationale Kapital und die Militärregierungen ausweichen können. Am Ende des Jahrhunderts wird es nur fünf oder zehn große Korporationen geben, die 90 % des Informationsflusses kontrollieren werden.

Dezentralisierte Medien

In den letzten zehn und insbesondere in den letzten 3 bis 5 Jahren haben sich aber trotzdem verstärkt dezentralisierte Medien wie Video oder Telefax, elektronischer Briefkasten und Satelliten niedriger Bahn und auch das Telefon durchgesetzt. Durch diese Innovation verändert sich etwas. Es entstand etwas ganz entscheidendes für die demokratische Kommunikation: Medien wurden dezentralisiert und damit die Macht in der Gesellschaft anders verteilt – im Gegensatz zur vorherigen Situation.

Zum ersten Mal konnten wir diese Entwicklung 1989 während des Massakers auf dem Platz des himmlischen Friedens in China beobachten. Hier wurden dezentralisierte Massenmedien eingesetzt, um Nachrichten über das, was in Peking geschehen war, zu verbreiten. Die chinesische Regierung sah darin eine Bedrohung. Sie begann daher, die elektronische Post und die Konferenzen des akademischen Netzes »Usenet« zu kontrollieren. Sie hatte die Macht dieser dezentralisierten Medien erkannt.

Die Neuen Technologien erlauben es den fortschrittlichen Bewegungen, sich der Kontrolle des Informationsflusses durch die Massenmedien zu entziehen und Zugang zur Basis der Gesellschaft zu bekommen. Kleine Gruppen mit geringen Ressourcen haben Zugang zu einem Computer. Oder sie haben Freunde, die Computer besitzen.

»...sich der Kontrolle der Massenmedien entziehen...«

Alle Systeme der Massenmedien werden Einschaltquoten gegenüber dezentralisierten Kommunikationsmedien wie Computer, Fax, Gemeinschaftsradio, Zeitungen verlieren. Mit diesen Medien wird eine neue Informationsstruktur geschaffen, die die verschiedenen Medien verbindet.

Die wöchentliche Alternativpresse hat eine weite Verbreitung in den USA; die Radiosender wiederum nehmen Themen der Alternativpresse auf. Ein Beispiel ist InterPress Service (IPS), die fünftgrößte Presseagentur der Welt. Sie ist in den USA fast unsichtbar. Ein Grund ist, daß die Inhalte von IPS der üblichen Themenpalette in den USA widersprechen. IPS hat Artikel über Umwelt, Frauen, die Schuldenkrise der »Dritten Welt« oder die nicht-alliierte Bewegung. Alternative Zeitungen übernehmen einen Teil der Themen, amerikanisieren sie und schließlich erscheinen sie auch in den großen Zeitungen. (...)

Zweitens werden Aktionsnetzwerke geschaffen: Telefonketten, Faxnetzwerke... Ein Beispiel ist das »Christic Institut«, das eine durch Gebrauch der Netze erstaunliche Kapazität bekommen hat. Das Institut kann die öffentliche Meinung bezüglich Gesetzesveränderungen verändern. Die MitarbeiterInnen sind ExpertInnen in ihren Kampagnen. Sie erreichen, daß binnen 24 Stunden 200 Faxe auf den Schreibtisch eines Kongreßabgeordneten gelangen.«●

Kontakt: Nachrichtenpool Lateinamerika, c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, W - 1000 Berlin 61, Tel.: 030 - 6934029, Fax: 030 - 6926590

Material: Nachrichtendienst POONAL Nr. 28, Januar 1992, S. 7 u. 8, vgl. auch Infodienst Computer&Medien, 4/91, S. 14, Ostlandweg 33, W - 3400 Göttingen, Tel.: 0551 - 371791

MIT DEM COMPUTER BELAUSCHEN

ANTI-DATEN

Wie überwacht werden kann...

Die Diskussion um den Datenschutz-Hintergrund politischer Computernetze führt immer mehr zur Einsicht, daß ein rein technischer Datenschutz nicht gewährleistet werden kann. Zu gigantisch sind die technologischen Möglichkeiten zur Überwachung im Zeitalter digitalisierter Fersprechverbindungen (ISDN), als daß Gerätevoraussetzungen oder reine Software-Lösungen (z.B. verschlüsseln) wirksame 100%ige Abhilfe schaffen könnten.

Umso wichtiger ist eine gesellschaftliche Diskussion über den Überwachungsstaat mit seinen alltäglichen Lausch- und Bespitzelungsskandalen, bei der ohnehin schon legale Kontrollstrukturen wie die unlängst beschlossene AusländerInnenregistratur oder richterlich genehmigte Telefonüberwachung durch die Wirklichkeit ständig überboten werden...

CONTRASTE informiert daher an dieser Stelle auch über die neuen technischen Möglichkeiten, die TELEKOM bietet: Abhören ist nicht mehr »der Mann im Ohr«, sondern der Computer im Nacken. Jede telefonierende Beratungsstelle kann die Anonymität des Beratungskontakts (etwa beim Frauennotruf oder einem antirassistischen Telefon) eigentlich nicht mehr garantieren und sollte unbedingt aktiv werden.

Abhören unter ISDN

S. Kätker, Redaktion Nürnberg ● Neben vielen anderen Datenschutzmängeln, die ISDN so mit sich bringt wie z.B. die Möglichkeit persönliche Kommunikationsprofile ohne großen Aufwand zu erstellen usw., gibt es – zumindest theoretisch – ein Feature von ISDN, das die »Sicherheitsdienste« dieses unseren Landes in Entzückung versetzen muß.

Ein anderer Aspekt der mit der Digitalisierung des Fernsprechnetzes einhergeht ist nämlich die Möglichkeit des »unsichtbaren« Abhörens von Telefongesprächen. Wie wird das Abhören von Telefongesprächen wohl in der digitalisierten Zukunft (und Gegenwart !!) aussehen.

Alle Telefongespräche für eine TeilnehmerIn werden über die lokale ISDN-Vermittlungsstelle abgewickelt. Diese Vermittlungsstelle besteht im wesentlichen aus vielen einzelnen Teilnehmeranschlüssen, Zugängen in das öffentliche Fernsprechnetz und andere Postnetze wie z.B. DATEX-P und DATEX-L und einer sogenannten Vermittlungseinheit. Diese Vermittlungseinheit ist nichts anderes als ein Vermittlungsrechner oder noch einfacher ein mehr oder weniger frei programmierbarer Computer, der in der Lage ist, sehr viele Benutzeranschlüsse mit den ausgehenden Leitungen zu verbinden.

Wenn das Fernsprechnetz digitalisiert ist, besteht ein Telefongespräch im Prinzip aus einer Folge von einzelnen Bits, die die gesprochene Sprache codieren. Diese Bitfolgen werden dann von einem Vermittlungsrechner zum nächsten bis hin zur Empfänger-ISDN-Vermittlungsstelle weitergeleitet.

Wenn die Sprache derart codiert ist und in jeder Vermittlungsstelle eindeutig einer Verbindung zugeordnet werden kann, wie es bei ISDN der Fall ist, ist es zum Abhören von Telefongesprächen nur noch erforderlich, in der zum abgehörten Anschluß gehörenden ISDN-Vermittlungsstelle den Bitstrom, der ein Telefongespräch darstellt, in einer Datei zu speichern und gleichzeitig der TeilnehmerIn zuzustellen. Da ohnehin alle Gespräche über diesen Vermittlungsrechner geschaltet und aufrecht erhalten werden ist das technisch kein Problem. Darüber muß, sollte ein Telefongespräch abgehört werden, keine zusätzliche »Hardware«, wie z.B. Tonbandbandgeäte etc., angeschlossen werden.

Das bedeutet, daß Abhören künftig rein per Software möglich ist und keine sichtbaren Spuren bei der Post mehr hinterläßt.

Es ist denkbar, daß in Zukunft (oder vielleicht auch schon heute) die sogenannten »Sicherheitsdienste« wie Polizei, Verfassungsschutz und andere direkt Zugang zu den Vermittlungsrechnern der Post erhalten, bei denen ein entsprechendes Programm dafür sorgt, daß sämtliche Kommunikation, die bestimmte Anschlüsse betrifft, automatisch als Dateien gespeichert werden. Diese Dateien könnten dann von Zeit zu Zeit durch die »Sicherheitsbehörden« ohne Zutun und Wissen der Post in ihre eigenen Computer überspielt werden. Der Zugang zu den Vermittlungsrechnern der Post könnte über »remote login« erfolgen (d.h. durch Zugang über ein Datennetz analog dem Zugang in eine Mailbox), was bedeutet, daß die finstren Bullengestalten zum Abhören die Vermittlungsstelle der Telecom gar nicht mehr betreten müssen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das alles (zugang über »remote login«, Abhören ohne Tonband durch Kopieren in eine Datei und Dateitransfer zum Polizeicomputer) führt dazu, daß ein nicht zu unterschätzendes Kontrollpotential verloren geht. Will man heutzutage im großen Stil flächendeckend Telefone abhören bedeutet dies eine Unmenge an Tonbändern und Kabeln, die kreuz und quer in Fermeldeämtern verlegt werden müssen. Das fällt auf (wenn auch vielleicht nur einer kleinen Anzahl von Postlern aber immerhin ...).

Auch wenn heute vielleicht undenkbar (tatsächlich ???) könnte sich in naher oder ferner Zukunft mal wieder ein totalitäres Regim in Deutschland einnisten. Dann wird das Geschrei groß sein (wirklich ???), wenn die heute installierte Infrastruktur zur Bespitzelung der BürgerInnen (INPOL, NADIS und Co, aber eben auch die Möglichkeiten, die ISDN bietet) (endlich) voll genutzt wird. Es gilt eben nicht nur zu bedenken, was im Rahmen der derzeit geltenden Gesetze getan werden darf, sondern was prinzipiell möglich ist, und wie die Überschreitung der Gesetze bzw. deren Ausnutzung zur Bespitzelung der Menschen überwacht und effektiv verhindert werden kann. Und wer kann mir garantieren, daß dieser Staat, der sich demokratisch nennt, nicht auch eine ähnlich ausgeprägte Neugier und Intoleranz besitzt ?

Aus dieser Sicht ist ISDN nur ein kleines Mosaiksteinchen, das (vielleicht von den Regierenden nicht mal beabsichtigt) zu einem großen Gebilde zusammengesetzt zur gläsernen BürgerIn führt. George Orwell's Gesellschaft wäre das Paradis dagegen. ●

DER CHAOS COMPUTER CLUB: DR. WAU'S ERBEN

Verhackt und zugenäht

T. Eberhardt, Redaktion Nürnberg ● Für spektakuläre Schlagzeilen waren sie in den letzten Jahren immer gut gewesen – die Hacker um »Dr. Wau«. So drangen Deutschlands berüchtigste Hacker sogar 1987 bis in die geheimen Daten der amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA vor. Auch die Computer des europäischen Gegenstück ESA, und des europäischen Kernforschungszentrum CERN blieben von den unerwünschten Besuchen des Chaos Computer Clubs aus Hamburg nicht verschont. Ein anderes Kabinettstück gelang den Datenpiraten, als sie sich, um die mangelnde Sicherheit des Btx-Dienstes der Post zu demonstrieren, über Bildschirmtext 135.000 Mark von einem Konto der Hamburger Sparkasse abbuchten. Nach solch spektakulären »Erfolgen« des Clubs und nachdem Nachahmer in Hannover geklaute Daten sogar an den sowjetischen Geheimdienst KGB verhandelt hatten, machte der Staat den Hackern einen Strich durch die Rechnung. Hacken wurde zu einer Straftat erhoben.

»Wer unbefugt Daten, die nicht für ihn bestimmt und die gegen unberechtigten Zugang besonders gesichert sind, sich oder einem anderen verschafft, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.« So steht es im Paragraphen 202a, der vor knapp sechs Jahren in das 2. Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität eingefügt wurde. Gehackt wird trotzdem noch.

Es begann alles mit 29 Zeilen in der taz vom 1.September 1981 unter der Rubrik »Aktionen«, rekonstruierte Gründungsmitglied Wau Holland, alias Dr.Wau, die Anfänge des Chaos Computer Clubs: Daß sich mit Kleincomputern allerhand sinnvolle Sachen machen lassen, die keine zentrale Großorganisation erfordern, glauben wir, hieß es in der Annonce von 1981. 20 Bastelfreaks und Informatiker meldeten sich bei Wau Holland, dem selbsternannten »Computeranarchisten«. Das war die Zeit, als die ersten Heimcomputer verkauft wurden. Nach dem Kultfilm »War-Games«, in dem es Kindern gelingt, in das streng geheime militärische Abwehrsystem der USA einzudringen,gab es für Wau Holland und Steffen Wernery kein Halten mehr. Sie gründeten 1984 in Hamburg den Chaos Computer Club, eine galaktische Vereinigung ohne feste Strukturen, die bis heute besteht. Erst kürzlich feierten die Hacker, dem Club gehören heute 160 Mitglieder im ganzen Bundesgebiet an, das zehnjährige Bestehen. Was ist aus der galaktischen Vereinigung und ihren Helden geworden?

Dazu Rolf »ROWUE« Würdemann im folgenden Interview. Rowue, dabei seit 1987, ist der Sprecher des Chaos Computer Clubs. (Anmerkung: »ROWUE« ist der Username, das Computerkurzzeichen Würdemanns.)

Was ist los mit dem Chaos Computer Club? Man hört gar nichts mehr von Euch ?

Rolf Würdemann: Nach dem NASA-Coup 1987 gab es bei uns interne Streitigkeiten, die auch zu einer Spaltung innerhalb unseres Clubs führten. Viele Leute bekamen einfach Schiß, weil sie merkten, die Sache ist ihnen zu heiß. Denn plötzlich waren wir für fast alle Geheimdienste der Welt interessant geworden. Es wurden sogar sehr konkrete Angebote an uns herangetragen. Aber aus diesen Sachen haben wir uns herausgehalten. Wir wollten uns nicht in einem »James-Bond«-Film wiedersehen. Aber der Hauptgrund war sicher das neue Gesetz, welches das Hacken unter Strafe stellte.

Gehackt wird doch sicherlich noch ?

In unseren Räumen mit Sicherheit nicht mehr. Aber ich gehe schon davon aus, daß es noch Leute gibt, die daran ihre Freude haben.

In eurem Gründungsjahr 1984 habt ihr euch als »Anarchistischer Computer Club« bezeichnet. Was seit ihr denn heute?

Sicherlich kein Yuppie-Club. Heute sehen wir unsere Aufgabe darin, Hilfestellungen in Sachen Computer und deren Handhabung im Bereich der Kommunikation zu geben.

Was heißt das konkret?

Nehmen wir mal an, ein Computerfreak ist in ein fremdes System eingedrungen. Sollte ihm dann die Sache zu heiß werden, kommt er zu uns, und wir werden versuchen, ihm zu helfen. Entweder gehen wir mit der Geschichte an die Medien, oder wir wenden uns an die Betroffenen und versuchen zu vermitteln, bevor größerer Schaden entsteht. Wir sind dann sozusagen die Vermittler. Wir sprechen mit den Firmen, machen sie auf ihre Lücken im System aufmerksam, als Gegenleistung erwarten wir keine Strafverfolgung.

Nach dem Motto: eine Hand wäscht die andere...

Wenn du das so siehst. Wir sehen das natürlich anders. Geholfen ist doch meist den Firmen. Die bekommen von uns ihre Sicherungsschwächen aufgezeigt.

Wie sieht denn euere Zukunft aus?

Unsere Hauptaufgabe wird sicherlich im Politischen liegen, ohne den technischen Aspekt aus den Augen zu verlieren. Unser Motto war ja von Anfang an die Verwirklichung des neuen Menschenrechts auf freien, ungehinderten und nicht kontrollierten Informationsaustausch.

Was ist aus den heimlischen Stars Wau Holland und Steffen Werney geworden?

Wau macht gerade Schulung für eine große Computerfirma in den neuen Bundesländern, kümmert sich aber noch um den Club. Steffen ist jetzt auch bei einer Computerfirma angestellt, kümmert sich aber um den Club nicht mehr so stark wie früher. Die Basisarbeit machen jetzt wir, die Jüngeren. Die meisten alten Kämpfer von früher sind jetzt in Angestelltenverhältnissen und haben für den Club kaum noch Zeit.

Habt ihr das Gefühl, daß ihr von den Staatsschützern observiert werdet?

Sagen wir mal so, ob hier in den Clubräumen Wanzen sind, weiß ich nicht. Bei mir daheim gehe ich davon aus. Die Leute die im Club aktiv sind, werden mit Sicherheit abgehört.

Und damit kann man leben?

Ich denke damit muß man leben.

Vielen Dank für das Gespräch. ●

Das Interview erschien im Wochenmagazin »Heilbronner Stimme« v. 25.1.92

»EINZELENTGELDNACHWEIS« DER POST

Datenspuren aufdecken!

J. Pöhlmann, aus der Nürnberger Mailbox ● Wie im Comlink schon öfter berichtet wurde, speichert die Post teilweise die Nummern von Leuten, die angerufen werden. Der Telefonbesitzer kann diese Daten aus einem »Einzelentgeltnachweis«, den er auf Antrag erhält, entnehmen. Damit werden Anrufe bei Beratungsstellen registriert, und Dritten mitgeteilt.

Ich habe einen Entwurf für ein offizielles Schreiben an die Post gemacht, den ich an Erlanger Beratungsstellen weitergeben werde. Gebt diesen Entwurf (oder eine verbesserte Version) bitte in eurem Ort an Beratungsstellen, Parteien, Betriebsräte weiter.

eigener Absender

An die Deutsche Bundespost
T E L E K O M
Fernmeldeamt .....

Ausschluß unseres Telefonanschlusses vom Einzelentgeltnachweis

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nach unseren Informationen werden mindestens Anrufe von ISDN- Anschlüssen bei unseren Telefonanschlüssen

1. ...../.....
2. ...../.....
3. ...../.....
4. ...../.....
5. ...../.....
6. ...../.....

mit unserer Telefonnummer, Datum und Uhrzeit von Ihnen gespeichert. Wahrscheinlich trifft dies auch auf normale digitale Vermittlungsstellen zu. Auch bei Anrufen mit der Telekarte trifft dies wohl zu. Auf dem Einzelentgeltnachweis werden diese Daten dem Anschlußinhaber offenbart. Damit wird dieser informiert, wenn MitbenutzerInnen seines Anschlusses unsere Beratungsstelle anrufen.

Wir beantragen gemäß Telekom-Datenschutzverordnung, die oben genannten Anschlüsse vom Einzelentgeltnachweis auszuschließen.

Dazu sind Sie auf unseren Antrag hin verpflichtet.

Der Anruf bei uns darf von Ihnen Dritten nicht ersichtlich gemacht werden, weil

- auf diesen Anschlüssen Beratungsgespräche, insbesondere aber die Vereinbarung von Beratungsgesprächen stattfindet. Wir müssen in der Lage sein, auch die Tatsache des Kontaktes mit uns geheim zu halten. Dazu verpflichten uns gesetzliche Vorschriften.
- Die Tatsache des Kontaktes zu unserer Partei darf nicht ohne Einwilligung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden. Bereits die Speicherung stellt eine Überwachung unserer Partei dar, die illegal ist.
- Als Abgeordnete im ..... müssen wir in der Lage sein, die Vertraulichkeit von Gesprächen mit uns, aber auch die vertrauliche Behandlung des Kontaktes mit uns zu gewährleisten.
- Auch als Betriebsräte unterliegen wir einer Schweigepflicht über Gesprächsinhalte. Auf Wunsch müssen wir der Kontakt zu uns vertraulich behandeln. Dies wird zunichte gemacht, wenn Dritte über die Tatsache des Anrufes bei uns informiert werden.

Weiter untersagen wir Ihnen bereits die Speicherung von Daten über Anrufe an uns, aus denen ermittelt werden kann, wer bei uns angerufen hat. Wie Sie wissen, hat der Bundesbeauftragte für Datenschutz Ihre Telefonnummernspeicherungen bereits formell beanstandet. Wir verlangen Auskunft ob, wo und wie Sie solche Daten speichern.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme zur Vermeidung weiterer Schritte unsererseits binnen vier Wochen. ●

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 28 23.09.24 19:56

DISKUSSION BEI COMLINK:

Befreit die Sypsos von den Netzen

Die Diskussion zum politischen Selbstverständnis im ComLink-Verbund ist erst angelaufen. Informationsflut und zunehmend themenzentrierte Mailboxen sind zu beobachten. Einige Thesen zur Entwicklung des e-Mail-Mediums von Jürgen Wieckmann.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Redaktion Nürnberg ● Als im Frühjahr vergangenen Jahres im ComLink-Verbund die Fragen zur Finanzierung eines Bürgerrechtsnetzes auf der Tagesordung standen und gleichzeitig eine klare Dezentralisierungs-Linie eingeschlagen wurde, warf Gabi Hooffacker, Münchner Wirtschaftsjournalistin, das Stichwort »Entsolidarisierung« in die Debatte. Ihre Kritik richtete sich auf Tendenzen, hinter denen die Einführung »marktwirtschaftlicher Kriterien« vermutet wurden. Dies kann man in der Tat so interpretieren – jedenfalls dann, wenn es einem nicht ganz geheuer ist, daß immer mehr Entscheidungskompetenzen und Gestaltungsfreiheiten den einzelnen Systemen zugebilligt werden, die am Netz angeschlossen sind.

Das ist verständlich, denn je mehr die Dezentralisierung forciert wird, umso schwerer wird es für den/die NetzbetreiberIn, ein bestimmtes Netz-Profil aufrechtzuerhalten. So gab es kurz nach dem berühmten »Finanzierungskongreß« des ComLink-Verbundes im Herbst 1991 das deutlich formulierte Interesse vieler BetreiberInnen, sich einer Art »politischen Selbstverständisdiskussion« zu stellen, in der herausgearbeitet werden soll, welche politischen Ziele der ComLink-Verbund verfolgen will. Nun weiß man aus Erfahrung, daß derartige »Selbstverständnisdebatten« wenig bringen, im günstigsten Fall eine Ansammlung hart umkämpfter Kompromißformeln, deren Aussagewert Richtung Null tendieren. Sehr schnell kursierte das Schlagwort von der »Polit-Netikete« durch die Räume.

Dahinter verbirgt sich ein Bestreben, das in fast allen Netzen zu beobachten ist, daß nämlich Netzbetreiber dazu neigen, ihre Netzphilosophie gleich umfassend der angeschlossenen Mailbox überzustülpen. So gibt es Systeme, die sich allen Ernstes als CL- oder Z-Netz-Box verstehen und artig den Anweisungen der jeweiligen Netzgurus folgen. Das macht Sinn, solange es sich um rein technische Vorgaben handelt. Wer allzusehr aus der Reihe tanzt – und das als individuelles Recht auf Freiheit interpretiert katapultiert sich selbst aus Kommunikationszusammenhängen heraus. Telekommunikation funktioniert halt nur kooperativ und ist keine Frage der Weltanschauung.

Verständlich auch, wenn einzelne Netze bemüht sind, ihre spezielle Kommunikationskultur zu entwickeln. So gibt es beispielsweise im deutschsprachigen Bürgerrechtsnetz ComLink aus verständlichen Gründen eine sogenannte Realname-Pflicht. Die TeilnehmerInnen sollen mit ihrem echten Namen identifizierbar sein.

Doch heute gibt es kaum noch einen Sysop, der nicht eine Netz-Mixtur anbietet, von Z-Netz über T-Netz, CL, APC und wie sie alle heißen. Spätetestens seit dem Aufkommen der sogenannten Points, also Nachrichtenterminals, über die die Nutzer die für sie relevanten Informationen automatisch zugestellt bekommen, verschwimmen die Grenzen zwischen den einzelnen Netzen fast zwangsläufig.

Ein weiteres Problem ist die Informationsflut, die in den letzten drei bis vier Jahren um das fast fünfhundertfache angeschwollen ist. Götz Paschen kommentierte diese Entwicklung in der Dezemberausgabe der »CONTRASTE« wie folgt:

»Datensalat bis zum Erbrechen. Auch in linken Kreisen wird mit sportlichem Ehrgeiz immer mehr Kommunikationsbrei auf mehr oder weniger gut sortierten Brettern und Brettchen angeboten und aufgenommen. Vollgefressen und informationsbesoffen torkelt der User zum Terminal und berauscht sich an einem letzten Brettchen mit Bitbisquit, bevor er dann endgültig abstürzt und alles auf den aktuellen Datenteppich erbricht, was dann von anderen in brettgerechten Portionen gierig aufgenommen und wiedergekäut wird.«

Wahrscheinlich weiß der Mann gar nicht, wie recht er hat, denn vieles aus dem Kommentar, den ich hier nur teilweise zitiere, läßt den Schluß zu, daß hier ein linkskonservativer Computerhasser über Dinge schreibt, denen er sich aus ideologischen Gründen bislang konsequent verweigert hat.

So widersprüchlich der letzte Absatz auf den ersten Blick erscheinen mag: Ein großes und auch gefährliches Manko der kritischen Begleitung von Bürgerrechtsnetzen ist es, daß Kritiker wie Paschen gebraucht werden, vor allem, seit die Linken selbst Netze betreiben. Allerdings tritt die linkskonservative Computerkritik seit Jahren auf der Stelle, unter anderem deshalb, weil sie ihre theoretischen Grundlagen aus den leeren Versprechungen der Hochglanzbroschüren der Computerindustrie abgeleitet hat. Das verführt dazu, die Aussagen zu ignorieren, sie unter Umständen als »anachronistisch« abzuqualifizieren – was sich mit Sicherheit noch als Fehler erweisen wird – zum Beispiel beim Datenschutz.

WAS IST EINE MAILBOX ?

»Mailboxen« sind die »elektronischen Briefkästen«, die einem Nutzer von Computern mit Telefonanschluß offenstehen, um seine »e-Mails« (= elektronische Briefe) einzusehen. »Sysops« oder System Operators sind die für öffentlich zugängliche Netzwerke verantwortlichen Systembetreuer. Wies funktioniert, wurde bereits in CONTRASTE 12/91 genauer beschrieben...

Zumindest im ComLink-Verbund steht dieses Jahr das Thema Datenschutz auf der Tagesordnung – und die ersten Fingerübungen im Sysop-internen Brett zeigten in erschreckender Weise, was ein Chaos Computer Club schon seit Jahren propagiert. Daß mangelhafter Datenschutz weniger eine Frage der Technik ist, sondern meist auf fehlendes Bewußtsein der mit Information und Daten umgehenden Menschen zurückzuführen ist. Hier wird man, wie so oft in der Vergangenheit, gerade die Linken mit ihren eigenen Parolen packen müssen – ein bisweilen lästiges und »schmutziges« Geschäft – was allerdings, sollte es gutgehen, dem Ruf eines sich politisch verstehenden Bürgerrechtsnetzes auf alle Fälle nicht schaden kann. Doch das nur am Rande.

Drängender wird derzeit die Frage, wie mit dem Problem der wachsenden Informationsflut umgegangen werden kann welche Strukturen geeignet sind, damit Information auch dort hingerät wo sie gebraucht wird. Notwendig erscheint mir, den bislang sehr netzbezogenen »Tunnelblick« aufzugeben – und die einzelne Mailbox mit ihrem speziellen Nutzerumfeld in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen. Mit der Eingangs erwähnten »Dezentralisierungs-Linie« wurde die erste Stufe dieser Entwicklung eingeleitet wobei es korrekter wäre, zu sagen, daß damit lediglich auf realexistierende Strukturen reagiert wurde.

Ein oberflächlicher Blick durch die Hamburger Mailbox-Landschaft zeigt, wie zukünftige Entwicklungen aussehen könnten. Hier ist ein Trend zu »themenorientierten Systemen« auszumachen, also Mailbox-Systeme, die aus verschiedenen Netzen lediglich die Rubriken anbieten, die von einer spezifischen Nutzerschaft gebraucht werden. Stellvertretend sei hier die UMWELT genannt, ein System, das aus dem Verein Mensch – Umwelt – Technik hervorgegangen ist und sich auf internationale Informationen zur Umweltproblematik konzentriert. Voraussichtlich zwischen März und April geht unter dem Namen »Hamburger Netzknoten für Publizistik und Nachrichtenaustausch« ein weiteres »Special-Interest« System ans Netz.

Vom technischen Standard her unbedeutend – aber konzeptionell richtungsweisend, die »CHAOS-HH«, die Mailbox des Chaos Computer Clubs – also ein Vereinssystem und damit ebenfalls ein Special-Interest – obwohl nicht direkt themenorientiert ausgelegt. Vom angekündigten Konzept her auch interessant, jedoch bislang leider nicht realisiert, die SPS, die sich mal als Fachmailbox für den Nutzerkreis »JuristInnen« verstand. Ein weiteres Beispiel dieser besonderen Klasse von Mailbox-Systemen ist die Hannoveraner COPS, die sich vor allem an SozialpädagogInnen wendet.

Diese Entwicklung, hin zu differenzierten Themenmailboxen mit einem speziellen Nutzerumfeld, scheint sich derzeit vor allem in den Metropolen abzuzeichnen und hat eine gewisse Zwangsläufigkeit. Bei zunehmenden Bitmassen werden sich die Mailbox-Betreiber darauf besinnen, ihrer Box ein eigenes und und inhaltlich zielgruppenorientiertes Profil zu geben.

Das mag für die Netzgemeinschaft ComLink auf den ersten Blick in der Tat wie ein Stück »Entsolidarisierung« wirken, wie Gabi Hooffacker es formulierte. Allerdings bin ich der Auffassung, daß ein Bürgerrechtsnetz wenig Überlebenschance hat, wenn es sich damit begnügt, auf ein sogenanntes »Netz« zu starren und dabei unter Umständen zu vergessen, daß vor allem die einzelnen Mailboxen vor Ort in ein soziales oder politisches Umfeld integriert werden müssen. Entstehen immer mehr themenorientierte Systeme, mit spezifischem Profil, einem entsprechend qualifizierten Nutzerumfeld und bedarfsorientierter Rubrikenstruktur, so wird aus diesen Systemen früher oder später eine Nachrichtenqualität in den CL-Basisdienst fließen können, wie sie heute noch nicht erreicht ist.

Ein solches Konzept setzt ein völlig anderes Netzverständnis voraus, als das bislang herrschende. In diesem Modell wäre CL nichts weiter, als ein »großer elektronischer Rundbrief«, der zu bestimmten Konditionen von prinzipiell autonom, bedarfs- und nutzerorientiert agierenden Mailbox-Systemen bezogen werden kann. Neben dem CL-Basisdienst kann jeder Sysop dann auch andere Netze oder Rubriken beziehen, entsprechen den Informationsinteressen seiner NutzerInnen. Somit ist jedem/jeder BetreiberIn auch freigestellt, ob er/sie aus prinzipiellen Erwägungen heraus nur Public-Domain-Dienste auflegt, wie zum Beispiel den CL/Presse/Ticker – oder vergebührte Nachrichten, wie den Inter Press Service aus APC. Nicht einE NetzbetreiberIn und dessen Ideologie entscheidet über das Konzept einer Mailbox, sondern die BetreiberInnen selbst, denen freigestellt sein muß, aus dem reichhaltigen Angebot verfügbarer Informationen, das anzubieten, was in das wirtschaftliche oder inhaltliche Konzept passen.

Noch sind sie ja nicht ausgestorben, die völlig wahnsinnig gewordenen »Netzwerkpolitiker«, die mit Zwangsbrett-Vorschriften die Sysops zu immer neuen Hardware-Investitionen treiben. Das beste Mailbox-Programm geht in die Knie, wenn ein »PC-Sysop« dazu gezwungen wird, das Nachrichtengeröll der halben Welt von seinem Schreibtisch fernzuhalten. Es wird zu einer differenzierten Arbeitsteilung kommen, bei der die großen Server, Geräte der Unix-Klasse, vernetzt mit ISDN-Technik und ausgestattet mit Gigabyte-Platten die »Daten-Autobahnen« der Welt bilden, während die Klasse der Personal-Computer als »Landstrassen« der Datenwelt die Feinverteilung übernehmen – Zubringerdienste für die speziellen Informationsinteressen am anderen Ende der Leitung. ●

PRESSESCHNIPSEL

NN: »Die neuen Tricks der Hacker«

gelesen von Gabi Hooffacker aus Nürnberg Da sitzt man hier im Süden und liest die »Nürnberger Nachrichten« vom Montag, 30. Dezember 1991. Gottseidank, da steht was über den CCCongreß. Wir zitieren:

»Jubiläumstreffen des Chaos-Computer-Clubs in Hamburg:

DIE NEUEN TRICKS DER HACKER

Geheime Mitteilungen aus dem Cityruf können mitgelesen werden

Hamburg (dpa) -- Vertrauliche Mitteilungen im Telekomdienst Cityruf können mitgelesen werden. Das bewiesen holländische Computer-Hacker auf dem Kongreß zum zehnjährigen Jubiläum des Chaos-Computer-Clubs (CCC) in Hamburg. Sie zeigten eine selbstentwickelte Platine, die auf der einen Seite mit einem Funk-Empfänger (Scanner) und an der anderen Seite mit einem Computer verbunden werden kann. Mit einem einfachen Programm können dann die Cityruf-Meldungen im Klartext gelesen werden, ohne daß Sender und Empfänger der Meldungen davon etwas ahnen.

Der Vorsitzende des CCC, Frank Simon, brachte angesichts dieser illegalen Möglichkeiten der Technik einen Berufseid für Informatiker in Anlehnung an den hippokratischen Eid der Mediziner ins Gespräch.«

Quelle: dpa/Nürnberger Nachrichten, 30.12.91

KURZMELDUNGEN

Wissenschafts-Netzwerk gegründet

Ingenieure und Wissenschaftler fordern verantwortungsvollen Gebrauch von Wissenschaft und Technik

Auf dem »Challenges«-Kongreß am Wochenende vom 8.-10. November 1991 in Berlin, den das Forum Informatiker/innen für den Frieden (FIFF) mit organisiert hatte, schlossen sich WissenschaftlerInnen und IngenieurInnen verschiedener Fachrichtungen zu einem Netzwerk für Frieden und Sicherheit zusammen. Die KongreßteilnehmerInnen gründeten das »internationale Netzwerk IngenieurInnen und WissenschaftlerInnen für globale Verantwortung« (INES).

»Entwicklungen in Wissenschaft und Technik haben die weltweite wechselseitige Abhängigkeit und Zusammenarbeit wachsen lassen und uns zu einem tieferen Verständnis über den Zustand unseres Planeten verholfen. Viele IngenieurInnen und WissenschaftlerInnen spielen eine Schlüsselrolle sowohl in den Prozessen, die die internationale Sicherheit gefährden, als auch in jenen Prozessen, welche Hoffnung für die Zukunft versprechen«, heißt es in der Gründungserklärung. Die Gemeinschaft der IngenieurInnen und WissenschaftlerInnen sei ihrem Wesen nach international und unterhalte informelle Netzwerke und Kommunikationswege. Die bestehenden Berufsorganisationen seien jedoch in hohem Masse spezialisiert.

International zusammengesetzte Arbeitsgruppen beschäftigten sich auf dem Kongreß mit Rüstungskonversion, umweltverträglicher Technik sowie der Technik-Folgeneinschätzung. Um die Kommunikation zwischen den WissenschaftlerInnen verschiedener Fachrichtungen und Länder zu fördern, werden sie in Zukunft intensiver elektronische Kommunikationsnetze wie das Universitätsnetz Internet oder das Bürgernetz ComLink in der »Association for progressive communications« (APC) heranziehen.

Kontaktadresse des »International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility -- INES« (dt. »internationales Netzwerk IngenieurInnen und WissenschaftlerInnen für globale Verantwortung«): c/o Naturwissenschaftler-Initiative e.V., Tegethoffstr. 7, W-2000 Hamburg 20, Tel. 040-4911647, Fax: 0404905290.

Gabi Hooffacker, Redaktion Nürnberg

Münchner Medienladen eröffnet

Mit Kaltem Buffet, italienischen Weinen und Sekt wurde vergangenen Freitag abend in München-Neuhausen der Münchner Medienladen eröffnet. Gäste aus dem Bereich der Print-, Funk- und Neuen Medien besichtigten die Räume, in denen ab sofort Schulungen zum Thema Schreiben, Gestalten und Telekommunizieren stattfinden.

Zur Verfügung stehen ein großer Schulungsraum mit 5 PC-Arbeitsplätzen, Drucker und Modem für Intensiv-Schulungen am Computer oder für Gruppen bis zu 20 Personen. Zwei kleinere Räume sind Kleingruppen und Besprechungen vorbehalten.

Der Münchner Mailbox-Knoten LINK-M vom Bürgernetz ComLink wird die Räume für Treffen und Userschulungen ebenso nutzen wie der Trägerverein der LINKSysteme / ComLink, Kommunikation und Neue Medien e. V. Lesungen Münchner Autorinnen und Autoren sowie Veranstaltungen zum Thema »Politik & Kultur im Stadtteil« sollen zum festen Bestandtteil der Münchner Kulturszene werden.

Der Münchner Medienladen liegt verkehrsgünstig fünf Minuten zu Fuß von der U-Bahn-Endhaltestelle Rotkreuzplatz (Linie 1) entfernt. Informationen (werktags) unter Tel. 089-13 41 51 oder 089-13 41 61 oder unter Fax 089-13 14 06.

Gabi Hooffacker, Redaktion Nürnberg

Kann denn Senden Sünde sein?

Bullen gegen Freies Radio in Weimar

Am 17.03.92 wurde der seit drei Monaten laufende Sendebetrieb des – aus der Aktionsbewegung für das Jugendradio DT64 entstandenen freien Radios in Weimar (Radio PT) durch Polizei- und Einsatzkräfte versucht zu stören. Vereitelt wurde die behördliche Aktion dadurch, daß der Durchsuchungsbefehl auf die falsche Adresse ausgestellt war (Gerberstrasse). Die Bullen waren wohl so geil darauf, dieses »Nest des öffentlichen Anstoßes« auszuheben, daß sie der genauen Peilung des Sendestandortes (durch die Post) keine Beachtung schenkten. So kam es, daß sie erstmal vor der falschen Tür standen.

Nach dem Erkennen dieses Irrtums waren die weiteren Aktionen erfolglos. Die geplante Beschlagnahme von Sender (oder was man sich erhoffte?) fiel also aus.

Dies war ein erneuter Versuch von Seiten der Behörden, die Entwicklung freier, nichtkommerzieller Radios in Thüringen im Keim zu ersticken. Wir, die Mitglieder des F.R.E.I. (Freier lokaler Rundfunk Erfurt International) und die Gemeinschaft der ostdeutschen freien Radios solidarisieren uns mit Radio PT in Weimar und fordern die Landesregierung (nicht nur in Thüringen) dazu auf, freies Radio endlich auch in Deutschland möglich zu machen.

Wer (nicht nur) Radio PT in Weimar unterstützen möchte, kann nähere Informationen unter folgender Adresse erhalten:

F.R.E.I.e.V.
(oder: Radio F.R.E.I.)
PF 375 · O-5010 Erfurt
Telefon/Fax: 061/603793

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 29 23.09.24 19:56

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE ARBEITSTEILUNG IN »ALTERNATIVBETRIEBEN«

Wer macht denn nun die Küchenarbeit?

Frauen wollen beides: Kind und Beruf. Wie aber und unter welchen (Arbeits-)Bedingungen ist das zu schaffen? Eine Frage, die (nicht nur) in allen Frauenzusammenhängen heiß diskutiert wird. Haben es die Frauen, die in der alternativen Wirtschaft arbeiten, leichter als im »normalen Leben«?

Gisela Notz, Redaktion Frauen ● Die meisten Theorien zur Erklärung von menschlicher Arbeit beziehen sich auf die Arbeit, die der (männliche) Lohnarbeiter in Industrie und Verwaltung leistet. Der »Restbereich«, die Arbeit, die für die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft zuständig ist, bleibt privat, unbezahlt, angeblich unbezahlbar, unsichtbar. Frauen, die außerhalb bezahlter Lohnarbeit arbeiten, verrichten, werden aus der Zahl derjenigen, die gesellschaftliche Arbeit leisten, ausgeklammert. Als Arbeit erscheint entlohnte, bezahlte Arbeit; umgekehrt, was nicht entlohnt wird, erscheint auch nicht als Arbeit. Der Ausspruch »Arbeit ist eine Beschäftigung, für die man Geld bekommt, und hat man keine Arbeit, so hat man auch kein Geld« (aus einem IG-Metall-SchülerInnen-Wettbewerb zum Thema: »Arbeit«) ist also keineswegs die verkürzte Sichtweise einer neunjährigen Schülerin. In der Frauenforschung hat sich in den letzten Jahren ein erweiterter Arbeitsbegriff durchgesetzt, der alle zur materiellen und immateriellen Existenz notwendigen Arbeiten umfaßt. Die forschenden Männer entziehen sich dieser Notwendigkeit weitestgehend.

Zukunftsvisionen

Aus frauenpolitischer Sicht ist die Auseinandersetzung mit der Alternativökonomie sinnvoll, weil diese ein ergänzendes Angebot für Menschen mit veränderten Ansprüchen an Erwerbsarbeit darstellt. Als utopischer Reformentwurf zeigt sie Ansatzpunkte für konkret gelebte Lebens-Arbeits-Alternativen nach den Interessen der Beschäftigten auf. Die Beschäftigung mit Zukunftsvisionen erachte ich als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung von Alternativen zu einer Politik der Herrschaft und Interessenvertretung, einer Wissenschaft der Naturbeherrschung, einer Technik des Machtbarkeitswahns, einer Sicherheitspolitik der Vernichtung... Ohne eine Vision vom Neuen, anderen, Besseren, ohne reale Utopien besteht die Gefahr, daß unsere Forderungen ins Leere laufen, ja, deren Umsetzung sich sogar gegen uns wendet. Der Blick auf die Alternativökonomie ist geeignet, Richtungen aufzuzeigen für eine bessere Verbindung von Leben und Arbeiten, für eine ökologische Unternehmenspolitik und sinnvolle Produktion, vielleicht auch für eine feministische Arbeitspolitik.

Die Masse der Menschen ist in abhängigen Lohnarbeitstätigkeiten zu finden. Das gilt auch für die erwerbstätigen Frauen. Alternativbetriebe stellen einen verschwindend kleinen Anteil der kapitalistisch organisierten Wirtschaft. Unter günstigen Bedingungen sind sie geeignet, die Lebensbedingungen derjenigen zu verbessern, die diese Wirtschaftsgebilde für sich und ihre (kleine) Gemeinschaft geschaffen haben. Eine revolutionäre Widerstandsstrategie gegen die bestehende Wirtschaftsordnung sind sie nicht.

Grundsätzlich wäre es möglich

Die Strukturen der »Alternativbetriebe« bieten grundsätzlich die Möglichkeit zur Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, besonders dann, wenn sie gemeinsames Leben und Arbeiten zum Programm erhoben haben. Der Verwirklichung dieser Utopie stehen die mangelnde Bereitschaft der dort arbeitenden Männer entgegen, sich Ressourcen, über die sie bisher selbstverständlich verfügt haben, entziehen zu lassen; aber auch die Bereitschaft der Frauen, sich für die Reproduktionsarbeiten und für ein ausgeglichenes, emotional befriedigendes Klima nach wie vor verantwortlich machen zu lassen.

Anhand vorhandener Studien will ich der Frage nachgehen, ob die Arbeitsbedingungen der Frauen in der selbstverwalteten Wirtschaft weniger von patriarchalischen Strukturen bestimmt sind, als dies in der »normalen« Wirtschaft der Fall ist.

Wie woanders auch?

»Fast wie im richtigen Leben« (Heider u.a.) geht es den Frauen in der selbstverwalteten Wirtschaft. Vorliegende Studien (Heider u.a. 1988, Mohr 1989, Lieschke u. Nasshauer 1988) kommen zu dem Schluß, daß sich der Frauenanteil in den letzten Jahren erhöht hat, es aber – wie in der »normalen« Wirtschaft auch – vor allem Frauen sind, die die »ungeschützten«, zumindest unterbezahlten Arbeitsplätze innehaben, durch die sie ihre eigene Existenz (meist) nicht sichern können. Sie sind mehrheitlich in den »frauentypischen« Tätigkeitsbereichen zu finden und haben oft Ausbildungen für »typische Frauenberufe«. Sie bekommen weniger Lohn als Männer und leiden häufiger als Männer unter Zeitnot, haben weniger Ansehen und Einfluß im Kollektiv und sind seltener für Öffentlichkeitsarbeit und Außenpräsentation zuständig. Auch sie sind es, die mehrheitlich Haushalt und Kinder betreuen und seltener in den Werkstätten zu finden sind.

»Die Forderung der Frauenbewegung nach Abbau frauendiskriminierender Bevorzugung von Männern auf dem Arbeitsmarkt hatte in der hessischen Selbstverwaltungsszene keinen nennenswerten Widerhall gefunden«, konstatieren Heider u.a. (1988) in der »Hessenstudie«. Etwas positiver formulieren Beywl u.a. für Nordrhein-Westfalen (1984): »Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist abgeschwächt«.

Montage: CONTRASTE

Der Anteil von Frauen in der selbstverwalteten Wirtschaft liegt Untersuchungen zufolge weniger über oder wenig unter dem Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in der »alten« BRD (1988: 40,5%). Heider u.a. (1988) errechnen einen Frauenanteil von 45,4%, Mohr (1988) 41,3% und Beywl 44,7% (1989). Kück schätzt den Frauenanteil sogar auf 60% (1985), Person und Tiefenthal (1985) stellen nur einen Frauenanteil von 27,13% fest und Berger u.a. einen solchen von 40% (1984).

Stellt man die Frage nach der **eigenständigen Existenzsicherung**, also der Möglichkeit, durch den Ertrag, den sie aus ihrer Arbeit erzielen, auch leben zu können, wird deutlich, daß Frauen auch in dieser Hinsicht benachteiligt sind. Beywl u.a. (1989) differenzieren als einzige die Beschäftigten danach, ob sie mehr oder weniger als 18 Stunden arbeiten, und kommen zu dem Schluß, daß Frauen da gegenüber den Männern überwiegen, wo die ungeschützten Arbeitsplätze mit den wenigen Stundenzahlen zu finden sind, von denen zu vermuten ist, daß sie eigenständige Existenzsicherung nicht gewährleisten. Nur 40,4% von den insgesamt 49% in gemischten Betrieben beschäftigten Frauen arbeiten nach dieser Studie mehr als 18 Stunden. Mohr (1989) stellt fest, daß Frauen vor allem in Kleinbetrieben mit bis zu drei Beschäftigten zu finden sind. Dort, wo mit größeren Betriebsgewinnen zu rechnen ist, sind sie unterrepräsentiert.

Fragt man nach der **Positionierung von Frauen in unterschiedlichen Branchen**, so überwiegen sie, wie im »normalen Leben« auch in den Dienstleistungsbereichen, während Männer in Produktions- und Reparaturbetrieben mehrheitlich vertreten sind. Im Handel ist das Verhältnis einigermassen gleich. Die Ausbildungen der befragten Frauen lagen in Hessen zu 80% in den »typischen Frauenberufen«, in denen auch die meisten Frauen in der »freien Wirtschaft« ausgebildet werden.

Übereinstimmend stellen die Studien ein hohes **Qualifikationsniveau** bei den Projektfrauen fest. So haben nach der Untersuchung von Mohr (1989) 70% der Frauen Abitur, 44% ein Studium abgeschlossen, 11% studieren noch. Formalen Qualifikationen wurde früher weniger Gewicht beigemessen als in den letzten Jahren. Verstärkt ist man zu der Erkenntnis gelangt, daß das Vorhandensein einschlägiger Berufsausbildungen und praktischer beruflicher Erfahrungen Einarbeitungsprobleme erspart, qualifikatorischen Abstand zwischen Alteingesessenen und Neuhinzugekommenen vermindert.

Auch in Bezug auf die **Einkommensverhältnisse** weisen fast alle Studien Benachteiligungen von Frauen aus. Sowieso schon niedrige Löhne im Bereich der Alternativökonomie (durchschnittlich DM 1.000 bis DM 1.285 netto) werden durch Frauen noch unterboten. Genauere Daten sind aus den Studien kaum abzuleiten. Beim Vergleich mit der »normalen« Wirtschaft muß allerdings berücksichtigt werden, daß (auch) dort viele Frauen in »ungeschützten«, nicht existenzsichernden Erwerbsarbeitsverhältnissen beschäftigt sind.
Die durchschnittliche **Arbeitszeit** in den hessischen Betrieben beträgt 38 Stunden. Für die Berliner Betriebe werden flexible Arbeitszeiten zwischen 20 und 40 Stunden festgestellt. Alle Studien kommen zu dem Schluß, daß mit dem Ansteigen der betrieblichen Arbeitszeiten der Anteil der Frauen an den Beschäftigten sinkt. Auf »flexible« Arbeitszeitgestaltung wird dort, wo Frauen arbeiten und besonders in den reinen Frauenbetrieben besonders Wert gelegt; daß dies oft auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung geht, bleibt weitestgehend unproblematisiert.

Die **betrieblichen Entscheidungsstrukturen** entsprechen – zumindest formal betrachtet – dem wichtigen Ziel nach Abbau von in »normalen Betrieben« üblichen Hierarchien. In den meisten Betrieben werden Entscheidungen im (meist einmal wöchentlich) tagenden Plenum von allen Betriebsmitgliedern gemeinsam getroffen. Das Konsens-Prinzip überwiegt in den hessischen Betrieben (86,9%). Mehrheitsentscheidungen gibt es nach der Hessenstudie nur bei 16,7% der Betriebe. Das führt oft zu »hohen Einigungskosten« durch lange Sitzungen. Beklagt wird auch die fehlende Überwachung der Ausführung der gefaßten Beschlüsse. »Informelle Hierarchien« werden in fast allen Betrieben identifiziert. Nach der »Hessenstudie« wird die Frage danach, ob es im Betrieb Personen gibt, die einen größeren Einfluß haben als andere, von 68 % der Beschäftigten bejaht. Als Gründe für die Herausbildung eines größeren Einflusses werden genannt: Erfahrung, Kompetenz, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Identifikation, Engagement, Durchsetzungsfähigkeit, Dominanz. Wieviele Frauen unter den »Super-Leadern« zu finden sind, ist nicht bekannt. Bei der Frage danach, welche Personen besonders hohes Ansehen und großen Einfluß im Kollektiv haben, wurden allerdings nur 27,1% Frauen genannt. Auch bei der Öffentlichkeitsarbeit und Außenrepräsentation stellt die Studie fest, daß Frauen mit 37,8% deutlich unterrepräsentiert sind. Wilma Mohr identifiziert allerdings 51% Frauen in »Schlüsselpositionen«, damit bezeichnet sie Positionen in Arbeitsbereichen mit besonderer Bedeutung. Die Feststellung einer stark ausgeprägten Sensibilität und Wachsamkeit bezüglich ungleicher Entscheidungskompetenzen in den Projekten und der artikulierte Willen, auch informelle Hierarchien abzubauen, gibt für Hoffnungen Anlaß, daß dieses wichtige Ziel weiterhin im Mittelpunkt alternativer Betriebspolitik steht.

Die **Aufhebung der Trennungen zwischen Arbeit und Freizeit** war einer der wichtigsten Gründe für frühe Betriebsgründungen. Dieser Anspruch, gemeinsam (anders) arbeiten und gemeinsam (anders) leben zu wollen, gilt heute nur noch für 12 der in die Hessenstudie einbezogenen Betriebskollektive. Abzunehmen scheint auch der Anspruch an gemeinsamer politischer Arbeit. Das Konzept, das ich bei der Arbeiterselbsthilfe in Frankfurt vorfand, wird heute kaum mehr realisiert. Nachdem sind es drei Momente, die wesentlich Einfluß auf die Lebensfähigkeit eines selbstverwalteten Betriebes haben: die ökonomische Situation des Betriebes, die emotionalen Beziehungen der Mitglieder untereinander und der gemeinsame politische Anspruch im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Zudem müßten diese drei Faktoren in einem gleichgewichtigen Verhältnis zueinander stehen, was in den Auseinandersetzungen um das wirtschaftliche Überleben untergegangen zu sein scheint. Auch der Anspruch der Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung wird in der Praxis nur selten eingelöst. Schon die Frage danach »Wer macht bei euch die Küchenarbeit?«, wie sie nicht nur von WissenschaftlerInnen, sondern auch von anderen BeobachterInnen immer wieder gestellt wird, unterstellt, daß in einem Alternativbetrieb die Männer grundsätzlich mehr Interesse daran haben müßten als im »normalen Leben«. Zu dieser Annahme besteht jedoch kaum Anlaß, auch wenn durch Projekte-Männer immer wieder beteuert wird, daß der Alltagskram genauso wichtig sei, wie die produktiven Tätigkeiten, die Geld einbringen. Arbeiten, die mit Haushalt und Sorge für andere verbunden sind, sind nach wie vor weniger angesehen.

Gestaltet sich bereits der Einbruch der Frauen in »typische Männerbereiche« schwer, so gilt selbst dort, wo Frauen ihre »Hemmungen« überwunden haben, daß es den Männern weitaus schwerer fällt, den Einbruch in die »typischen Frauenbereiche« zu schaffen. Die höchste Verweigerungsquote haben, wie im wirklichen Leben, die Putzarbeiten zu verzeichnen (vgl. auch Notz 1991). Frauen, die Kinder haben, sind auch im Kollektiv im wesentlichen für diese zuständig, sind die meiste Zeit mit ihnen zusammen, stehen früh auf und sind sauer, wenn im Betrieb keiner Zeit fürs Kind hat. Der Traum von einer Gesellschaft, in der Erwachsene, Alte und Kinder gleichwertig zusammenleben, ist noch nicht verwirklicht.

Wo sind denn nun die Vorteile?

Vorteile für Frauen ergeben sich zweifelsohne durch eine ausgeprägte Sensibilität und Wachsamkeit gegenüber ungleichen Entscheidungskompetenzen und geschlechtshierarchischen Rollenverteilungen, die zumindest zu Problematisierungen und Diskussionen Anlaß geben. Bei der Betrachtung der relativ niedrigen Einkommen darf nicht außer acht gelassen werden, daß viele Beschäftigte für Wohnung und Essen nichts (Produktivkommunen) oder nur wenig (Wohngemeinschaften) bezahlen müssen. Niedrige Lebenshaltungskosten ergeben sich auch durch Einsparungen bei gemeinsamer Nutzung von Gebrauchsgütern. Für Kinder, die zu versorgen sind, werden in 23,8% der hessischen Betriebe Zuschläge zu den Einkommen bezahlt. Frauen, die danach befragt wurden, ob sie sich nicht finanziell unheimlich einschränken müssen, wollten trotz dieser Einschränkungen nicht mit dem »richtigen Leben« tauschen. Sie verwiesen darauf, daß sie durch die Identifikation mit »ihrem Betrieb« wichtigere Bestätigung bekommen als durch Konsumgüter. Viele Arbeiten, die sonst außerhalb der Arbeitszeit stattfinden (wie Einkaufen, Essen kochen etc.) fallen in die betriebliche Arbeitszeit. Für Mütter und Väter gibt es in 11% der Betriebe interne Arbeitszeitregelungen ohne Lohneinbußen. Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es nur in 4,1% der hessischen Betriebe. Am wichtigsten erscheint jedoch, daß die Kollektiv-Frauen mit ihren Problemen nicht alleine sind. Sie sprechen darüber, ebenso wie über antihierarchische Umgangs- und Erziehungsformen und über Konkurrenz- und Eifersuchtsprobleme. Sie würden nicht tauschen gegen die »normale« Lebenskarriere mit »Familienfrieden« und ökonomischer Abhängigkeit vom (Ehe)Mann. Viele sehen in den veränderten Lebens-Arbeits-Formen viel eher die Möglichkeit für herrschaftsfreie Beziehungen und veränderte Geschlechterverhältnisse, als es in Betrieb und Familie im »normalen Leben« möglich ist.

Das mindeste wäre, ...

Im Spannungsverhältnis zwischen Privatisierung und Vergesellschaftung bieten »alternative« Wirtschaftsbetriebe Ansätze emanzipatorischer Arbeits- und Lebensstrukturen (vgl. Notz, 1991). Allerdings werden Konzeptionen notwendig, die sich an der Veränderung der betrieblichen und außerbetrieblichen Arbeitswelt orientieren. Sie müßten die Bedürfnisse nach sinnvoller Tätigkeit, durch die eine eigene Existenzsicherung möglich wird und die der Erhaltung und der Verbesserung der menschlichen Mit- und Umwelt dient, aufnehmen. Dazu wird es notwendig, über den Tellerrand des eigenen Betriebes hinaus zu gucken, um an einer gesellschaftlichen Diskussion teilzunehmen. Dort, wo die Aufhebung der entfremdeten Arbeitsbedingungen politisches Programm ist, müßte auch der Entfremdung der übrigen Lebensbedingungen etwas entgegengesetzt werden. Alternativbetriebe beinhalten grundsätzlich die Möglichkeit, Strukturen in Form von Denk- und Handlungsräumen zu schaffen, durch die es möglich wird, kollektive Lebensinteressen zu artikulieren, gemeinsam neue Lebensentwürfe zu formulieren, nach Wegen zu deren Realisierung zu suchen und für deren Durchsetzung zu kämpfen. Zur Realisierung solcher Vorstellungen bedarf es jedoch auch förderlicher Rahmenbedingungen. Vorherrschende politisch-ideologische Abgrenzungen und Vorurteile in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft verhindern eine offene konstruktive Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessengruppen, um die Zukunft der Arbeit und der Gesellschaft.

Die grundlegende Analyse der Bedingungen, die dazu führen, daß Frauen auch unter den günstigeren Strukturen selbstverwalteter Wirtschaft ihre Interessen weniger durchsetzen können als Männer, wäre eine wichtige Aufgabe für die Zusammenarbeit zwischen Praktikerinnen und Frauenforscherinnen. Eine offene Frage ist noch immer, warum sich Frauen den »Seiltanz« zwischen betrieblicher und außerbetrieblicher Sphäre, aber auch innerhalb derselben immer wieder zumuten lassen, (scheinbar) ohne sich gegen die Verhältnisse zu wehren, die ihnen diesen gefährlichen Seiltanz zumuten. In der Zukunft sollten wir nicht bei der Analyse der Unterdrükkungs- und Ausgrenzungsverfahren stehen bleiben, sondern sollten versuchen, Ursachen dafür zu erkennen und Handlungsmöglichkeiten zu erschließen. ●

Literatur:
Berger, J., Domeyer, K., Funder, M. u. Voigt-Weber, L.: Informeller Sektor und alternative Ökonomie, Bielefeld 1984
Beywl, W., Brombach, H. u. Engelbert, M.: Alternative Betriebe in NRW, Düsseldorf 1984
Heider, F., Mewissen, M., Blüm, B.: Fast wie im wirklichen Leben. Strukturen selbstverwalteter Betriebe in Hessen, Gießen 1988
Kück, M.: Neue Finanzierungsstrategien für selbstverwaltete Betriebe. Frankfurt/Main 1985
Lischke, G. u. Nassauer, M.: Alternativ arbeiten – Arbeitsplätze für Frauen. In: Racki, M: (Hrsg.): Frauen(t)raum im Männerraum. Selbstverwaltung aus Frauensicht. München 1988, S. 31-42
Mohr, W.: Frauen in der Selbstverwaltung: Ein Balanceakt, wie auch sonst im Leben. Frankfurt/Main 1989
Notz, G., Heß, H.D. u. Buchholz, Bühler, T. (Hrsg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung? Köln 1991
Notz, G.: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn 1991
Person, Ch. u. Tiefenthal, O.: Bedingungen und Strukturen alternativer Ökonomie, Nürnberg 1985

DIE AUTORIN

Gisela Notz, Dr. phil.., Pädagogin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Arbeits- und Sozialforschung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Ihre Arbeitsgebiete sind: Forschung zu bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit sowie berufliche Aus- und Weiterbildung. Sie ist Mitarbeiterin der Redaktion »Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis«.

NOTATE ZU PROFESSIONSGENOSSENSCHAFTEN UND INTELLEKTUELLENKOLLEKTIVEN

Eine »neuere« Erscheinung Alternativer Ökonomie

Professionsgenossenschaften und Intellektuellenkollektive sind ein spannendes neuzeitliches Phänomen. Sie weisen komplexe, kaum angemessen erfaßbare und beschreibbare Strukturen auf. Ausschnitte einer Abschlußrede des Subkulturforschers und Theoretikers Alternativer Ökonomie Rolf Schwendter auf einem Seminar zu dem Thema geben Einblick in die Entwicklung.

Rolf Schwendter, Redaktion Genossenschaften ● »Um mit der Form zu beginnen – und deshalb habe ich auch die unser Seminar durchziehende Qualität beibehalten – geben Professionsgenossenschaften und Intellektuellenkollektive ein nur wenig eingeschwärztes Abbild dessen ab, was in der Alternativen Ökonomie im allgemeinen vor sich geht. Wie dem Inhalt nach die ganze Spannbreite festzustellen ist – von der mangels adäquater Bezuschussung kaum professionalisierte Selbsthilfegruppen über das engagierte Kollektiv mit einzelnen vollgenossenschaftlichen Tendenzen, über den kopfarbeitenden Betrieb in Selbstverwaltung (gleichsam eine Intellektufaktur) bis hin zu jenem Typus von Professionsgenossenschaften, der eher schon den Partnerschaftsbetrieben zuzurechnen wäre als der Selbstverwaltungsökonomie im engeren Sinne – so gilt vergleichbares auch für die rechtliche Formbestimmung.

In der alternativökonomischen Literatur besteht zwischenzeitlich weitgehend Konsens darüber, daß von genossenschaftsförmigen Einrichtungen auch da, und sei es metaphorisch, gesprochen werden kann, wo, insbesonders aufgrund der in den Siebziger- und frühen Achtzigerjahren methodisch betriebenen restriktiven Politik der Prüfungsverbände, die Rechtsform im Sinne des Genossenschaftsgesetzes nicht vorliegt. Auch wenn sich dies in den späteren Achtzigerjahren wieder verändert haben dürfte – die, wenngleich aus anderen Gründen, soeben erfolgende Umwandlung der Berliner »tageszeitung« in eine Genossenschaft ist Ausdruck dieser Tendenzen – stellt sich die alternativökonomisch gebräuchliche Vielfalt von Rechtsformen auch auf der Ebene der Professionsgenossenschaften eindeutig dar. Neben einer allmählich zunehmenden Zahl von Genossenschaften auch im rechtlichen Sinne reicht das Spektrum vom eingetragenen Verein über die GmbH (und deren Verbindung mit dem eingetragenen Verein), BGB-Gesellschaften, oder auch einem Netz von Einzelbetrieben mit gemeinsamen Formen bis zur Aktiengesellschaft mit jenen vinkulierten Namensaktien, über welche als potentielles Instrument Alternativer Ökonomie Burghard Flieger oder Theo Pinkus schon vor einem Jahrzehnt laut nachgedacht hatten. ...

Von den Anfängen

Die Professionsgenossenschaften, Intellektuellenkollektive, oder wie wir sie auch immer nennen sollten, sind zwar, genossenschaftsgeschichtlich eine relativ neue Erscheinungsform ein »neueres Phänomen«, wie es trefflich hieß. Ganz so neu ist es nämlich, wie schon beispielsweise die Geschichte der »PSI« (»PSI«: Gesellschaft für Prozeßsteuerung und Informationssysteme GmbH, Berlin) beweist, auch wieder nicht. Die Professionsgenossenschaften betraten die historische Bühne gleichzeitig mit der hegemonialen Durchsetzung der elektronischen Maschinerie. Auf unseren Gegenstand bezogen, führt die elektronische Maschinerie eine doppelte Bewegung aus, miteinander verbundenes (oder, um es im Jargon der Maschinerie selbst zu sagen: vernetzt), gleichzeitig aus dieser Differenz die beiden Typen professionsgenossenschaftlicher Aktivitäten generierend, mit welchen wir uns an diesem Wochenende beschäftigt haben. ...

Dies vorausgesetzt, tauchen Professionsgenossenschaften / Intellektuellenkollektive wahrnehmbar in jenem knappen Jahrzehnt des Umschwungs vom strukturellen Wachstum zur strukturellen Krise auf, das durch die metaphorische Zahl »1968« bezeichnet zu werden neigt. Sie fallen besonders in jenen Ländern auf, in welchen eine durchgehaltene produktivgenossenschaftliche Tradition schwach entwickelt wird: wozu bekanntlich auch Deutschland zählt. Umständehalber – die indes auch nicht gänzlich von der Verbesserung der Überwachung in der sich herausbildenden elektronischen Maschinerie zu trennen sind – tauchen zunächst die Anwaltskollektive auf.

In ihnen sind bereits alle Momente feststellbar, die noch heute, sei es in der einleitenden Rede von Burghard Flieger, sei es in den Selbstdarstellungen der hier versammelten Projekte, diskutiert werden: hohes Qualifikationsniveau, Ansätze zu einer professionsbedingten Arbeitsteilung, ein für subkulturelle Verhältnisse überdurchschnittliches Einkommen (auch wenn es hinter dem Branchendurchschnitt zurückbleibt), eine mehr oder weniger leicht angehobene Selbstausbeutungsrate, eine naturwüchsig entstehende leichte Hierarchisierungsneigung (etwa, wenn der erste Kollektivanwalt die Chance hat, zusätzlich Notar zu werden) bei gleichwohl bestehender gemeinsamer egalitärer Willensbildung. »Kinder der (wenn auch antizipierten) drohenden Erwerbslosigkeit« mögen die Anwaltskollektive gewesen sein (wenige ihrer Mitglieder hätten die Chance gehabt, unter sonst gleichbleibenden Umständen Richter, Staatsanwälte, Socii einer bürgerlichen Kanzlei oder Syndici in der Industrie zu werden) – »Kinder der Not« waren und sind sie fraglos nicht. ...

Zwei-Kulturen-Diskussion

Fast war ich während der zurückliegenden Tagung versucht (habe dies auch einmal in einem Zwischenruf zum Ausdruck gebracht), an die alte Zwei-Kulturen-Diskusion zu denken. C. P. Snow, dem diese Metapher zu verdanken ist (in Deutschland hat der auch als Bohéme-Forscher bekannte Helmut Kreuzer diese Diskussion zeitweilig popularisiert), formulierte in dieser eine grundsätzliche Spaltung einer technisch-naturwissenschaftlichen Kultur zum einen, einer geistes- und sozialwissenschaftlichen Kultur zum anderen, deren Interaktionen von Animositäten und Mißverständnissen gekennzeichnet sei, geprägt von der Unterschiedlichkeit von Arbeitsvollzügen und Paradigmen.

Dies würde unsere Diskussion von Freitagabend wenigstens zum Teil erklären, mitsamt den tendenziellen Polarisierungen zwischen »PSI« etc. einerseits und den kultur-, sozial-, gesundheitspolitischen Projekten andererseits: etwa Burghard Fliegers Ausführungen zu den Gesichtspunkten optimaler Verwertung und zu den Anreizmodellen als signifikante Merkmale seiner Version von Professionsgenossenschaften als Moment technischer Weltsicht und die dagegengehaltenen Suboptimierungen als entsprechendes Moment geistes- und sozialwissenschaftlicher Paradigmatik, mit den dazwischen pendelnden auf Beratung, Supervision, technischen Gesichtspunkten geistes- und sozialwissenschaftlicher Gegenstände, sozialen Varianten technologischer Gesichtspunkte bezogenen Gruppen, Teams, Professionsgenossenschaften als mittlere Ebene. Nicht zufällig machten Ingenieur- und Softwareteams einerseits, Gesundheitsarbeitende andererseits die Idealtypen der hier zur Diskussion stehenden beiden Kulturen aus. ...

Innerbetriebliche Komplexität

Mit dieser Ske»PSI«s gegenüber einfachen Dichotomien berühre ich der Form nach bereits eine der inhaltlichen Kennzeichnungen dieser alternativökonomischen Betriebseinheiten, nämlich die Komplexität. Während die aus mechanischer und elektronischer Maschinerie herrührenden Theorien, zu welchen auch letztlich noch die von Niklas Luhmann entwickelte zu zählen ist, darauf aus sind, Komplexität zu reduzieren, zählt zu den Merkmalen von Professionsgenossenschaften bzw. von Intellektuellenkollektiven deren umstandsbedingte systematische Ausweitung.

Die Rechtsform der »PSI« ist zwar von deutlicher Einheitlichkeit; indes entsteht die Komplexität durch die Vielzahl von Dokumenten, Fachbereichen Projekten, Geschäftsstellen und autonomen Teams. Vergleichbarerweise oszilliert die Gruppe »Ingenieurbau« zwischen Fachgruppen, Partnern, Projekten und Organen. Die am Anfang befindliche Komplexität der »remember e.G.« ergibt sich schon aus der Verschiedenartigkeit der Arbeits- und Finanzplanungen der bestehenden und noch entstehenden Arbeitsbereiche.

Die »Free Clinic« bewegt sich schon in einer überlappenden Schachtel von etwa fünf Rechtssubjekten, mit welcher ebenso zu jongulieren ist, wie mit der Verschiedenartigkeit der teils bezahlten, teils ehrenamtlichen Tätigkeiten; allein schon die Interdisziplinaritäten der Arbeit, die auch für die »Gruppenpraxis Hasenbergl« und für die »remember e.G.« festzustellen waren, relativieren allzu lineare Strukturen. Bei der »Gruppenpraxis Hasenbergl« reicht in der hier gebotenen Kürze ebenfalls der Hinweis auf die räumlichen, zeitökonomischen, vielfältig professionellen, politischen und quasifamilialen Bedingungen, ergänzt durch das Streben nach einem ökosoziopsychosomatischen, als ganzheitlich bezeichneten, paradigmatischen Ansatz. Die Steigerung der Komplexität – bei Bewahrung des Durchblicks – ist sicher ein bewahrenswerter, entwicklungsfähiger Ansatz sozialer Innovation.

Ständige Neubestimmung

Als zweites Merkmal erscheint mir eine, freilich ständiger Rückkopplungen bedürftiger, selbstbestimmte Flexibilität, die von der von außen herangetragenen Flexibilisierung zu Lasten der jeweils ökonomisch Schwächsten zu unterscheiden ist. Allein dadurch, was meines Erachtens die beiden zentralen differenzierenden Funde des Seminares dieses Wochenendes waren, daß jede Person durch ihre besondere Qualifikation, bzw. Kombination derselben zur tendenziell unersetzbaren Spezialistin wird, und daß den extrafunktionalen Qualifikationen eine mindestens gleich große Bedeutung wie des funktionalen zukommt, wird bei jedem denkbaren Wechsel der Personen, des Kontextes, der Markt- oder Revenuelage ein flexibles Handeln aller anderen im betreffenden Arbeitszusammenhang erforderlich.

Theoretisch erinnert dies an eine Diskussion über »weibliche Produktionsweise« in den Siebzigerjahren, sofern die extrafunktionale Qualifikation der Sozialkompetenz betroffen ist: Merve Lowien, die den Begriff in die Diskussion brachte, kam ja auch aus einem Intellektuellenkollektiv (den »Merve-Verlag« gibt es noch heute), und am deutlichsten ist diese flexible Sozialkompetenz in einem Wort von Oskar Negt und Alexander Kluge enthalten, in einem jeden Moment würden die Beziehungen zu den Handelnden neu bestimmt zu werden haben. Das klingt praxisfern, ich weiß, darum eine kurze Blütenlese aus diesem Seminar:

Die »PSI« verändert alle 3 Jahre den Großteil ihrer ohnehin schon komplexen Dokumente. Jedes Wachstum, jeder Projekteinbruch führt zu spürbaren Veränderungen von Lebensumständen. Die Gruppe »Ingenieurbau« versucht, die Personen zu fördern, die genossenschaftlich vernetzte Selbständigkeit erfahrbar zu machen. Hierin fast einem herkömmlichen Alternativprojekt ähnlich, führt sie alle 14 Tage eine Generalversammlung durch – jedoch mit der Selbstverständlichkeit einer Perspektive, bei weiterer Ausbreitung von Fachgruppen nur noch zwei Generalversammlungen im Jahr, also ein Dreizehntel des Ist-Zustandes, durchzuführen.

Um gleich bei diesem Thema zu bleiben: Die »remember e.G.« schreibt in ihrer Satzung mindestens eine Generalversammlung im Jahr fest, interpretiert dies aber derzeit so, daß sie wöchentlich eine durchführt. Der Zusammenhang von Betriebsgröße und dem Verhältnis von Hierarchie und direkter Demokratie ist fast allen dieser alternativen Einrichtungen klar – so auch den »AUEN«-Beratenden. Die »Free Clinic« hat ebenfalls in ihrer Geschichte eine Vielzahl von Konzeptionen erarbeitet und erlebt. Nicht nur komplexe Lösungen sind intelligente, sondern auch flexible Lösungen.

Nach dem Abriß der Free Clinic in der Heidelberger Altstadt — Foto: Archiv Free Clinic

Verschiedenartigste Lösungen

In keinem Bereich kam die Notwendigkeit der Flexibilität von Problemlösungen so klar zum Ausdruck, wie in jenen der Wechselbeziehungen von erwerbsarbeitsfreier Zeit und Arbeitslohn. Die »PSI« verfügt über ein Cafeteria-Prinzip mit Selbstaufschreibung der Arbeit, Wandlung von Überstunden zu Freizeit, Bildungsurlaub von 10 Tagen – wenn sie auch diese »Flexibilisierung« »vorsichtig ausbauen« will. Die Gruppe »Ingenieurbau« multipliziert beliebige Zeit und gegenseitig bewertete Leistung; sie kennt keine Arbeitszeitregelung, dafür mit über 50 Wochenstunden eine der höchsten Selbstausbeutungsraten »der meisten«, von welchen hier die Rede war.

Diese wird auch von »remember e.G.« erreicht, wobei die Flexibilisierungen durch degressive Staffelung, Bedürfnisanteile und Kinderzuschläge erreicht wird. Professionalisierung heißt bei ihr, wie bei anderen, daß die ehrenamtliche Arbeit keinesfalls gescheut wird. Die Medizinerkollektive differenzieren nach Alter, Dauer der Zugehörigkeit, Kindern, Arbeitsstunden; kennen indes Arbeitszeiten zwischen 20 und 42 Stunden, wozu eine großzügige Urlaubs- und Fortbildungszeitenregelung kommt; im »Hasenbergl«-Falle auch noch ein Sabbatvierteljahr. Diese Intentionen teilen sie, mit geringfügigen Abstrichen mit dem »Grünen Garten«.

Dennoch eine Gratwanderung

Antwortvielfalt, Komplexität und Flexibilität zählen zu jenen Grundvoraussetzungen, die Professionsgenossenschaften, bzw. Intellektuellenkollektive, zu jenen »fortschrittsfähigen« Organisationen machen, von denen hier antizipatorisch die Rede war. Die Gratwanderung zwischen Anpassung und Auflösung, zwischen Transformation und Konkurs, zwischen Macht / Revenue und alternativ-institutionellen Grundnormen erhält so eine ausgedehnte Möglichkeit ihres Bestehens – worüber sich noch lange reden ließe.« ●

MATERIALIEN

Professionsgenossenschaften und Intellektuellenkollektive

Viel Diskussion um kleine Unterschiede?

Mit über 30 TeilnehmerInnen war ein Seminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) zum Thema Professionsgenossenschaften und Intellektuellenkollektive bei der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als ausgebucht. Nach einer mehr theoretischen Einführung stellten Vertreter aus zwei Professionsgenossenschaften (remember eG und Ingenieurgruppe München eG) und zwei Intellektuellenkollektiven (Free Clinic und Gruppenpraxis Hasenbergl) ihre formal und informell entwikkelten Betriebs- bzw. Projektstrukturen dar. Manches an spannenden Erfahrungen und Strukturen wurde dabei nur kurz - zu kurz angerissen. Alle Beispiele aber machten deutlich, wie intensiv trotz fehlender öffentlicher Diskussionen auch heute noch an der Weiterentwicklung demokratischer und selbstverwalteter Strukturen gearbeitet wird. Zu wünschen übrig ließ dagegen die theoretische Diskussion. Auch zum Ende des Seminars blieb das Unterscheidende und das Überschneidende von Professionsgenossenschaften und Intellektuellenkollektiven in vielen Punkten offen.

(Vorbereitungsunterlagen und Protokolle können als Rundbrief Alternative Ökonomie 59 und 60 zu jeweils 8,--DM bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51 angefordert werden.)

20 JAHRE FREE CLINIC

Freitag 12. Juni 1992:
Jubiläumsfete in der Aula des Studentenwerks Heidelberg, Am Klausenpfad

Samstag 13. Juni 1992 ab 10 Uhr:
Tag der offenen Tür in der
Free Clinic, Rohrbacher Str. 87, Heidelberg

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN IN DEN FÜNF NEUEN BUNDESLÄNDERN

Vorwärts – doch nicht vergessen !

Einen guten Überblick über die Entwicklung der ehemaligen PGH's in der DDR gibt eine Studie des vdp. Sie prognostiziert gute Zukunftschancen für die weiterhin bestehenden ostdeutschen Produktivgenossenschaften.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften und Redaktion Dessau

● Die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft wurde viel zu hoch eingeschätzt. Erst nach der Vereinigung stellte sich heraus, daß viele Unternehmen in Ostdeutschland einem ungeschützten internationalen Wettbewerb nicht gewachsen sind. Mit Einschränkungen gilt dies jedoch nicht für den eigentlichen Mittelstand der ehemaligen DDR: den Produktionsgenossenschaften des Handwerks. Immerhin erbrachten die 2.720 PGH's rund 45% der mittelständischen Produktion im Handwerks- und Dienstleistungssektor. Eine Studie des Verbandes Deutscher Produktivgenossenschaften und Partnerschaftsunternehmen (vdp), Dessau, in Zusammenarbeit mit der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt Universität in Berlin gibt Einblick in die aktuelle Situation der ehemaligen PGH's.

Anders als die volkseigenen Betriebe stellten die Genossenschaften in der ehemaligen DDR eine Form privater Wirtschaft dar. Sie arbeiteten von jeher gewinnorientiert und ein Teil des erwirtschafteten Jahresüberschusses kam den Mitgliedern selbst zugute. Positive Einstellungen zum Betrieb und gute Betriebsergebnisse waren und sind in den meisten PGH's die Folge. Nach Überwindung verschiedener Umstrukturierungs- und vor allem der bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt oft noch prägenden Umwandlungsprobleme kann insofern zukünftig von positiven Impulsen für die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft gerade von den Produktivgenossenschaften im Handwerk und im Baugewerbe ausgegangen werden.

Wirtschaftspolitische Fehler

Frühere wirtschaftspolitische Berücksichtigung des handwerklichen Genossenschaftssektors hätten allerdings schmerzliche Anpassungsprozesse abschwächen können. Die verbreitete fatale Unkenntnis über diesen Bereich hatte mindestens drei vermeidbare Mängel zur Folge:

1) Die Betriebe sind ohne irgendeine »Übergangsfrist« dem Wettbewerb im vollen Umfang ausgesetzt worden. Eine Einrichtung wie die Treuhand gibt es nicht. Auch ist diese in keiner Phase für die PGH's zuständig. Entsprechend fehlten anfänglich jegliche Möglichkeiten zur Stundung von Altschulden oder zu Bürgschaften für Kredite.
2) Regionale Maßnahmen der Wirtschaftsförderung wirken vergleichsweise spät. Außerdem greifen sie nicht, weil die Einbeziehung der PGH's anfangs ungeklärt war.
3) Der Umwandlungsprozeß in anerkannte Rechtsformen der Bundesrepublik ist hemmend, mißverständlich und juristisch widersprüchlich vorbereitet und normiert.

Umstrukturierungserfordernisse, Modernisierungs- und Qualifizierungsbedarf gibt es selbstverständlich in beachtlichem Ausmaß. Davon abgesehen stellen die Auswirkungen mit der sogenannten »Umwandlungsverordnung« das größte Handicap für die angestrebte Wettbewerbsfähigkeit dar. Sie trat am 19.03.1990 mit ihrer Veröffentlichung im Gesetzblatt der DDR (Teil 1, Nr. 18) in Kraft. Danach können und müssen sich bis Ende 1992 alle PGH's in eine in der Bundesrepublik anerkannten Rechtsform umwandeln.

Problematische Umwandlungsverordnung

Verbunden ist damit allerdings die Möglichkeit, Ansprüche an sogenannten unteilbaren Fonds geltend machen zu können. Dies gilt vor allem für Mitglieder der ehemaligen PGH's, die nicht in die neue Gesellschaftsform eintreten. Das gemeinsame Betriebsvermögen, auf das im Normalfall in der Bundesrepublik kein Genossenschaftsmitglied einen Anspruch erheben kann, wird auf diese Weise »teilbar« gemacht. Gründe für den Nichteinstieg in die »neue« Genossenschaft gibt es viele: Pensionierung, Rationalisierung, Entlassung – aber auch die Hoffnung auf eine »schnelle Mark«.

Tatsächlich müssen viele PGH's große Teile ihres Eigenkapitals auflösen, um die Forderungen ausscheidender Mitglieder decken zu können. Sogar benötigtes Anlagevermögen wird in einigen Betrieben veräußert, um der Gefahr einer Überschuldung zu entgehen. Daß auf diese Weise die finanziellen Existenzgrundlagen so mancher PGH's ins Wanken gerät, liegt nahe. Mittlerweile steht deshalb die rechtliche Haltbarkeit der »Umwandlungsverordnung« in Frage. Verschiedene Klagen gegen die daraus resultierende Teilung genossenschaftlichen Eigentums haben Chancen auf Erfolg. Erste Gerichtsurteile, die die Mängel der Verordnung deutlich machen, liegen bereits vor (z.B. Urteil des Landgericht Berlin, Gesch. Nr. 98 T 9/91 vom 22.2.1991).

Die anfänglichen Wochen und Monate nach der Wirtschafts- und Währungsunion überstanden die meisten PGH's gut. Haben sie doch infolge jahrelangen erfolgreichen Wirtschaftens vergleichsweise hohe Beträge bei den zuständigen Kreditinstituten in den sogenannten »Reservefonds« angesammelt. Sie setzen sich aus Gewinnen zusammen, die im Laufe der Geschäftsjahre nicht an die Mitglieder ausgeschüttet wurden. Über diese können die einzelne PGH's nur zu 50% nach Steuern verfügen. Auf die anderen Gelder in Form des Reservefonds hat die »öffentliche Hand« im Anordnungsverfahren mehr oder weniger »Zugriff«.

Neue Markterfordernisse

Vor allem die PGH's in bevölkerungsnahen Gewerken (Gewerbe wie Elektroinstallation, Sanitärbereich, Maler sowie im Bauhaupt- und Baunebengewerbe) profitierten von dem anfänglichen Konjunkturschub nach der Vereinigung. Dagegen werden Genossenschaften, die als Zulieferanten für die volkseigenen Betriebe arbeiteten, unverschuldet von dem Sog der zusammenbrechenden VEB-Wirtschaft mitgezogen. Als Zulieferbetriebe und Subunternehmen sind sie fast ausschließlich auf deren Auftragsvergabe angewiesen. Aus vergleichbaren Gründen hatten genossenschaftliche Unternehmen mit Umsatzeinbußen zu kämpfen, deren Angebote vorwiegend durch staatliche oder staatsnahe Einrichtungen genutzt werden. DolmetscherInnen, Wäschereien für die Nationale Volksarmee und Dienstleistungsbetriebe für die Sowjetunion gehörten dazu.

Einige PGH's nehmen extreme Umstrukturierungen vor, weil ihr Angebot nicht mehr den geänderten Marktbedürfnissen entspricht. Leistungen von Maß- und Konfektionsschneidereien, PolstererInnen oder OfensetzerInnen werden nur noch in Einzelfällen angefordert. Nicht technische Rückstände oder mangelnde Effizienz, sondern Nachfrageausfall durch Trendverschiebungen sind hierfür relevant: Heizanlagen statt Kohleöfen, Fertigkleider satt Einzelfertigung und Neukauf statt Reparatur stehen als Beispiele dafür. Erschwerend kommt für Kfz-PGH's hinzu, daß die großen Automobilunternehmen sich weigern, mit Genossenschaften Händlerverträge abzuschließen. Das Ergebnis: Heute existieren sie in dieser Rechtsform bestenfalls noch als Vermögensverwaltungsgenossenschaften.

Aktuelle Bestandszahlen

Trotz wirtschaftlich vergleichsweise hoher Effizienz bestehen mit 221 Betrieben heute nur etwa 10% der ehemaligen PGH's in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Eindeutig überwiegt bei ihnen mit 1332 Unternehmen die GmbH. Teilweise läßt sich dies damit erklären, daß die Wahl dieser Rechtsform als Wendesignal gesetzt wird. Hier wirkt auch noch das seit dem 1.7.1990 aufgehobene Einheits-Musterstatut nach. Danach war unter anderem eine Trennung von Arbeits- und Mitgliedschaftsverhältnis in der Genossenschaft weitgehend ausgeschlossen. Kündigungen kamen nur personal- und nicht auftragsbedingt – als letzte Disziplinierungsmöglichkeit – in Frage.

Stärker wirkt sich allerdings die Unkenntnis der westlichen Unternehmens- und Steuerberater aus, die – bis auf Ausnahmen – berufsmäßig so gut wie nie mit einer Genossenschaft zu tun haben. Dies gilt ebenfalls für die traditionellen handwerklichen Unterstützungsstrukturen wie Handwerkskammern und -innungen. Sie wurden zudem erst relativ spät aufgebaut. Ihr »Rat« zur Wahl der gängigen Rechtsform GmbH liegt insofern nahe: Hätten sie doch sonst eine begrenzte Kompetenz für wichtige Problembereiche der PGH zugeben müssen.

Die vom vdp vorgelegten Zahlen über die Entwicklung der PGH's und deren Umwandlung in andere Rechtsformen lassen klare regionale und branchenspezifische Unterschiede erkennen: Je näher eine PGH's an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze bzw. an West-Berlin liegt, um so wahrscheinlicher wurde sie zu einem sehr frühen Zeitpunkt umgewandelt – meist in GmbH's verschiedenen Typs. Der kurze Anfahrtsweg und ihre anfängliche Offenheit gegenüber allen Vorschlägen aus dem »Wirtschaftswunderland« ließ sie für westliche Berater zu begehrten »Entwicklungsobjekten« werden.

Auffällige Branchenunterschiede

Gleichzeitig ist auch ein branchenspezifisches Umwandlungsverhalten erkennbar: Gewerke, die normalerweise während eines Auftrages gleichberechtigt zusammenarbeiten, entscheiden sich häufiger für die eingetragene Genossenschaft. Dies gilt beispielsweise für MalerInnen, DachdeckerInnen, TischlerInnen und InstallateurInnen – im Unterschied zum Bauhauptgewerbe oder dem KFZ-Handwerk. Dagegen lösten sich PGH's, denen diese Struktur in der DDR-Zeit eindeutig übergestülpt wurde, schon im ersten Halbjahr 1990 auf oder wandelten sich in eine GmbH um. Kennzeichnend ist dies vor allem für Unternehmen, die heute sowie früher bevorzugt in Form von Ein-Person-Meister Betrieben geführt werden (wie Bäckerei, Fleischerei, Optiker und Uhrmacher).

Vor allem Handwerksbetriebe im Bausektor sind weiterhin genossenschaftlich organisiert. Die entsprechenden Ausbaugewerke verzeichnen Umsatzsteigerungen bis zu 40% über dem Vorjahr. Um drohende Abwanderungen von Fachkräften in die-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Konsum Halle

Ostdeutsche Verbrauchergenossenschaft in Konkurs

Bereits Anfang März ist ein Konkursverfahren gegen die Konsumgenossenschaft Halle eröffnet worden. Rund 3.000 Arbeitsplätze stehen bei der mit 400.000 Mitgliedern größten ostdeutschen Verbrauchergenossenschaft auf dem Spiel. Übernahmeverhandlungen werden unter anderem mit der Einzelhandelskette Rewe in Köln geführt. Den Beschäftigten soll die Möglichkeit angeboten werden, kleine Läden auf dem Lande zu erhalten und eigenverantwortlich zu betreiben. Gründe, wie sich dieses Konzept des Konkursverwalters - Zerstückelung und unattraktive Lagen - für die Beschäftigten tragen kann, sind allerdings nicht erkennbar. Die negative Entwicklung des Konsum Halle ist insofern erstaunlich, weil trotz gravierender Umstrukturierungen der Handelslandschaft, die ostdeutschen Konsumgenossenschaften mit 36,4% Umsatz noch immer die wichtigste Gruppe im Lebensmittelsektor darstellen.

Verband Deutscher Produktivgenossenschaften (vdp), Dessau

Branchenkooperation der Friseurgenossenschaften

Die Friseurgenossenschaften im Verband Deutscher Produktivgenossenschaften und Partnerschaftsunternehmen einigten sich auf eine Betriebswirtschaftliche Branchenkooperation (BBK). Mit 12 Mitgliedsbetrieben ist dieser Sektor besonders stark im vdp vertreten. Zur Zeit werden Arbeitstreffen im Vierwochenturnus angestrebt. Themenschwerpunkte sind neben einem allgemeinem Erfahrungsaustausch Materialeinkauf, Mitarbeiterqualifizierung und die Organisation zukünftiger Formen der Zusammenarbeit. Koordinator und Ansprechpartner für die Kooperation ist Herr Jensch von der Friseurgenossenschaft Labelle eG in Delitzsch.

Co op Dortmund-Kassel

Wachstum kennt keine Grenzen?

Die Konsumgenossenschaften Dortmund-Kassel eG und Zwickau eG wollen fusionieren. Erforderlichen Beschlüsse für die spätere Fusion sollen in den Vertreterversammlungen beider Genossenschaften Mitte des Jahres gefaßt werden. Die Weichen hierfür stellten die Zwickauer Anfang des Jahres schon durch Übertragung sämtlicher Einzelhandelsaktivitäten auf die neu gegründete PRO-Handelsgesellschaft Ost mbH, einer 100%igen Tochter der Dortmunder co op. In den Ausbau des Ladennetz dieser gemeinsamen Betreibergesellschaft werden 1992/93 rund 20 Millionen DM investiert. Die Zwickauer mit 45.000 Genossenschaftsmitgliedern setzte 1991 mit 450 Beschäftigten in 61 Verbrauchermärkten 135 Millionen DM um. Die Dortmunder, eine der größten Konsumgenossenschaften Europas, weist für das gleiche Jahr bei 482.000 Mitgliedern, 370 Läden und 12.000 Beschäftigten einen Umsatz von 3,7 Milliarden DM aus.

Vedes Vereinigung der Spielwarenfachgeschäfte eG, Nürnberg

Spielend die Umweltschutz schützen?

Die große Handelsgenossenschaft für Spiel und Freizeit Vedes bringt ein Umweltspiel auf den Markt. Damit will das Unternehmen sich weniger als Hersteller, sondern als Förderer der Umwelt hervortun. Das Spiel Ökolis versucht die Praxis des Umweltschutzes im Haushalt von der morgendlichen Dusche bis hin zur Beseitigung des Hausmülls zu veranschaulichen.

ÜBERSICHT ÜBER DIE UMWANDLUNG VON PGH'S

Kammerbezirk	PGH alt	GmbH	e.G.	andere	aufgelöst	noch PGH
Rostock	152	92	16	27	5	12
Schwerin	87	56	9	5	7	10
Neubrandenburg	59	15	6	3	0	35
Potsdam	212	60	20	65	0	67
Berlin	158	113	25	8	9	3
Frankfurt/O.	94	34	11	31	0	18
Cottbus	89	23	2	0	10	54
Dresden	265	101	8	30	0	126
Chemnitz	365	237	49	34	12	18
Leipzig	285	147	6	7	25	73
Gera	115	62	17	0	15	21
Suhl	59	28	6	0	0	25
Erfurt	222	133	19	12	0	58
Halle	243	65	14	8	3	153
Magdeburg	263	139	13	6	20	85
Gesamt	2.653	1.332	221	236	106	758

Quelle: vdp, Dessau, Januar 1992

SERIE »AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN GELDANLAGEN..., TEIL VII

Haben alternative Geldanlagen Zukunft? Ein Blick in die Vergangenheit

Gibt es einen ethischen Kapitalmarkt?, fragten wir im ersten Artikel unserer Serie. Nach unserem Marktüberblick in den vergangenen Heften können wir diese Frage nun mit einem klaren »Jain« beantworten.

Redaktion Heidelberg ● Ein ethischer Kapitalmarkt, der volkswirtschaftlich bedeutend wäre und ein deutliches Gegengewicht zu den herkömmlichen Geld- und Kapitalmärkten darstellen würde, existiert (noch) nicht. Im Ausland ist die Entwicklung zum Teil erheblich weiter fortgeschritten. Wieder einmal waren die USA die Schrittmacher. Aus Amerika kamen vor allem ethische Investmentfonds nach Europa, während andere Formen ethisch bestimmter Finanzdienstleistungen oft in Europa entwickelt wurden. Bis zur Gegenwart führt Großbritannien in Europa auf diesem Gebiet, doch haben sich inzwischen in allen westeuropäischen Staaten alternative Finanzdienstleistungen etabliert. Neben einigen herkömmlichen Banken, die den Umweltschutzsektor als wachsendes Marktsegment entdeckt haben, sind es vor allem Spezialanbieter, die für ethische Anlagen und Finanzierungen in Frage kommen. Seit ein paar Jahren existiert auch in Deutschland eine breite Palette alternativer Angebote, sowohl für GeldgeberInnen als auch für GeldnehmerInnen. Sind ethische Geldanlagen und Finanzierungen also eine Strategie mit Zukunft? Oder bilden sie nur ein Strohfeuer, das bald verlöscht? Ein Vergleich mit der Entwicklung der traditionellen Genossenschaftsbanken, einer »alternativen« Bewegung des 19. Jahrhunderts, zeigt Chancen, Grenzen und Erfolgsbedingungen alternativer Geldanlagen.

HERMANN SCHULZE-DELITZSCH

Traditionelle Genossenschaftsbanken: Volksbanken, Raiffeisenbanken, Beamtenbanken, Post-Spar- und Darlehnsvereine, Sparda-Banken, kirchliche Darlehnskassen usw. existieren in Deutschland seit fast 150 Jahren. Nach den Absichten ihrer Gründer soll es ihnen nicht nur um Umsatz und Gewinn gehen. Als Genossenschaften sollen sie hochgesteckte ethische Ziele anstreben.

Die deutschen Genossenschaftsbanken führen ihre Entstehung auf den Sozialliberalen Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883) und den christlichen Sozialreformer Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) zurück. Schulze-Delitzsch, ein Aktiver der 1848er Revolution und Abgeordneter des Reichstags für die Fortschrittspartei, gehörte zu den Liberalen, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine Gesellschaftsreform mit starker sozialer Komponente anstrebten. Kern seiner Überlegungen war die »soziale Frage«. Als typischer Liberaler seiner Zeit kämpfte er gleichzeitig gegen sozialdemokratische und sozialistische Tendenzen in der Arbeiterbewegung und gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, die er ebenfalls als »sozialistisch« brandmarkte. Endziel seiner Bestrebungen war die Vervollkommnung der Menschheit in humanistischem Geiste. Alle Menschen sollten ein Optimum an Freiheit in Politik, Bildung und Wirtschaft haben. Ein Mittel, um diese Ziele durchzusetzen, sah Schulze-Delitzsch darin, die wirtschaftliche Situation der »kleinen Leute« zu verbessern. Er erkannte, daß allgemeiner Wohlstand die Basis ist, ohne die politische und soziale Freiheiten kaum wahrgenommen werden können. Als Liberaler erwartete er Wohlstand weder durch private Wohltätigkeit noch durch staatliche Sozialleistungen. Der einzige Weg, der auf Dauer zum Erfolg führen kann, ist nach Schulze-Delitzsch die genossenschaftliche Selbsthilfe.

Im Jahr 1850 gründete er seine erste Genossenschaftsbank, den »Vorschußverein zu Delitzsch« in Sachsen. Obwohl er Genossenschaftsgründungen auch in anderen Sparten unterstützte, wurden die Genossenschaftsbanken seine größten Erfolge. Anders als in »kapitalistischen« Unternehmen, in denen das Kapital die herrschende Macht sei (z.B. Aktiengesellschaften), solle in Genossenschaften das personalistische Prinzip herrschen. Da die KundInnen einer Genossenschaftsbank in der Regel ihre Mitglieder, d.h. KapitaleignerInnen, sind, können sie nicht vom Unternehmen ausgebeutet werden. Mit einer demokratischen Unternehmensstruktur soll sichergestellt werden, daß die Genossenschaft den Zielen ihrer Mitglieder dient. Der Wucher, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts weit verbreitet war, konnte so ausgeschaltet werden. Die Genossenschaftsbanken erreichten, daß die Zinssätze für Kredite, die teilweise mehrere hundert Prozent im Jahr betrugen, auf ein tragbares Niveau fielen. Durch die Einführung der Bürgschaft als Kreditsicherung konnten nun auch solche Leute Kredite erhalten, die über keine dinglichen Sicherheiten wie Hypotheken, Wertpapiere usw. verfügten. Die Genossenschaftsbanken vergaben Kleinkredite und Kredite mit kurzen und mittleren Laufzeiten, was in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur wenige Banken taten. Sie »demokratisierten« den Kredit.

Allerdings wurden – und dies ist eine Einschränkung, die auf alle Bemühungen zutrifft, gesellschaftliche Reformen mit Hilfe von Krediten durchzusetzen – die Armen von diesem System nicht erfaßt. Verarmte sind nicht kreditwürdig, da sie nicht in der Lage sind, ein Darlehen zurückzuzahlen. Ihnen müssen, bevor sie kreditwürdig werden, zunächst Zuschüsse als Starthilfe gegeben werden. Insofern war die Entwicklung der Genossenschaftsbanken zu Mittelstandsinstituten naheliegend.

FRIEDRICH WILHELM RAIFFEISEN

Die ländlichen Genossenschaftsbanken führen ihre Entstehung auf den Westerwälder Landbürgermeister Raiffeisen zurück, der 1862 den ersten modernen »Darlehnskassenverein« gründete. Raiffeisen bezog sein Engagement aus einem christlichen Glauben pietistischer Prägung. Anders als Schulze-Delitzsch betrachtete er seine Schöpfungen als Ausdruck und Betätigungsfeld der Nächstenliebe. Endziel der Gesellschaftsreform, die er anstrebte, sollte eine nachbarschaftliche Gemeinschaft sein, die alle Belange gemeinsam durchführt. Kommunale Körperschaft, Kirchengemeinde und Genossenschaft sollten organisch zusammenwirken, um christliche Ideale zur Geltung zu bringen.

Raiffeisen übernahm Schulze-Delitzschs Grundkonzeption der Genossenschaft, paßte sie jedoch seiner eigenen Weltanschauung an. Kapitalanteile der Mitglieder lehnte er ab, damit nicht der Beitritt zur Genossenschaft an fehlenden Mitteln des Beitrittswilligen scheitern könne. Ersatz für die verminderte Sicherung der Gläubiger der Genossenschaft sollte durch hohe Rücklagen (den »unteilbaren Stiftungsfonds«, ein Sozialkapital, das der Verfügung einzelner Personen auf Ewigkeit entzogen ist) und die unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder geschaffen werden. Als aus juristischen Gründen Einzahlungen der Mitglieder auf Eigenkapital Pflicht wurden, bestimmte Raiffeisen eine sehr niedrige Quote und streckte die Einzahlungsfristen. Eine Dividende auf das Eigenkapital sollte nach Möglichkeit nicht gezahlt, zumindest aber auf die Höhe des Zinssatzes für Darlehen begrenzt werden. Auf diese Weise wollte Raiffeisen den gemeinnützigen Charakter der Genossenschaft wahren und einer möglichen »Dividendenjägerei« der Mitglieder vorbeugen. Die Dividendenbeschränkung funktionierte, solange die ländlichen Genossenschaftsbanken ihren Gemeinschaftscharakter bewahren und mit niedrigen Geschäftsanteilen auskommen konnten.

GENOSSENSCHAFTSBANKEN HEUTE

Bekanntlich entsprechen die heutigen Volks- und Raiffeisenbanken den Idealbildern ihrer Begründer kaum noch. Genossenschaftsbanken sind - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur noch für Fachleute (und teilweise nicht mal mehr für diese) von anderen Banken unterscheidbar. Wie jede soziale Bewegung haben die Genossenschaftsbanken nur Teile ihrer ursprünglichen Ziele erreicht. Bereits zu Lebzeiten Schulze-Delitzschs und Raiffeisens gelang es nur ansatzweise, die Ideale der Begründer durchzusetzen. Seither ist die »Ökonomisierung« fortgeschritten: Die ursprünglich weitgespannten gesellschaftsreformerischen Ziele sind von kleineren, leichter erreichbaren Zielen verdrängt worden. Von Elementen der Sozialreform wurden die Genossenschaftsbanken zu Instrumenten der Mittelstandspolitik. Auch diese - eingeschränkte - Zielsetzung ist im geschäftlichen Alltag der Volks- und Raiffeisenbanken nicht immer spürbar. Seit einigen Jahren bemühen sich zwar einige dieser Banken, ein eigenständiges Profil wiederzuerlangen, indem sie sich an traditionelle genossenschaftliche Werte erinnern, etwa an den Grundsatz demokratischer Mitwirkung der Mitglieder in der Genossenschaft. Die Erfolge dieser Anstrengungen blieben bislang jedoch bescheiden.

Fortsetzung Seite 14

GEGENDARSTELLUNG

zum Artikel »Was tun? – Alternative Beratung rund ums Geld«, in der CONTRASTE 3/92

In dem oben genannten Artikel ist auf der Seite 18 ein ausführlicher Bericht über den Verbund der Fairsicherungsläden abgedruckt worden.

Es wird behauptet:
»Da auch die Fairsicherer von der Vermittlungsprovision leben, die normaler Weise mit der Höhe der Versicherungssumme steigt, muß man wohl Zweifel anmelden, ob dieser Grundsatz konsequent befolgt werden kann.«

Richtig ist, daß sämtliche Mitgliedsbetriebe der Verbund der Fairsicherungsläden eG von Vermittlungsprovisionen leben. In diesem Zusammenhang sei betont, daß der Verbund in seinen Statuten festlegt, daß sich keines unserer Mitglieder bei der Beratung und Vermittlung vom Provisionsinteresse leiten lassen darf, ansonsten kann ein Ausschluß aus dem Verbund erfolgen.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die von unseren Mitgliedern vermittelten Verträge bezüglich der Höhe der Prämien weit unter dem Branchendurchschnitt liegen. Wenn behauptet wird, daß sich unsere Mitglieder bei der Vertragsgestaltung von Provisionsinteressen leiten lassen, dann wird hier Wichtiges übersehen: Verträge sind nicht nur über die Prämie, sondern auch über den Inhalt zu vergleichen. Unser Verbund legt besonderen Wert, gezielt orientiert am konkreten Bedarf der KundInnen zu beraten und zu vermitteln. Daher bieten wir eigene Produkte an und schließen in Standardverträge zusätzliche Klauseln und Risikoerweiterungen mit ein. Eine solche Vermittlung von preiswerten und leistungsstarken Verträgen ist maßgebliches Kriterium für den Zusammenschluß gewesen.

Hier wird also mit einer Unterstellung argumentiert, die der Praxis widerspricht.

Es wird behauptet:
»Die Fairsicherer bemühen sich darum, neben langfristigen Verträgen auch kurzfristige Verträge anzubieten, um diesen KundInnenwünschen entgegenzukommen.«

Richtig ist, daß wir uns nicht darum bemühen, kurzfristige Verträge anzubieten, sondern daß es in unserer Satzung festgeschrieben ist, solche Verträge grundsätzlich anzubieten. Dieses trifft verständlicherweise nicht für den Bereich Lebens- und Krankenversicherung zu, da bei diesen Vertragsarten grundsätzlich lange Laufzeiten abgeschlossen werden (sollten). Im Sachbereich kann es begründete Ausnahmefälle geben, in denen ein Vertrag mit längerer Laufzeit abgeschlossen wird. Hier setzen wir auf unsere objektive und kundInnenorientierte Beratung. Wir halten es aber für unsinnig, mit einigen von KundInnen ausdrücklich gewünschten Ausnahmen unsere Beratungspraxis zu diffamieren.

Behauptet wird:
»... daß sich der Vertriebsstil der FairsicherInnen den üblichen Methoden annäherte.«

Richtig ist: Unser Vertriebsstil unterscheidet sich in Grundsatz und Praxis erheblich von den in dieser Branche auftretenden Vertriebsmethoden. Wie auch im Artikel erwähnt, haben wir in unserer Satzung unangemeldete Hausbesuche und Telefonakquisition ausgeschlossen. Aber daß auch unserer Arbeit in den Fairsicherungsbüros, in denen wir unsere KundInnen nach Terminabsprache beraten, als negativer Aspekt geschildert wird, erscheint uns lächerlich und braucht nicht näher erläutert zu werden.

Weiterhin möchten wir auf die Behauptung eingehen, daß es auf den Versicherungsmärkten anderer europäischer Länder oftmals günstigere Preise und Vertragslaufzeiten gebe, was in unseren Augen eine recht kurzsichtige Betrachtungsweise ist.

Natürlich existieren in anderen Ländern differierende Versicherungsbedingungen. Jedoch kann man, wie schon oben erwähnt, Versicherungen nicht nur über den Preis vergleichen, sondern man muß auch immer Leistungsunterschiede gegeneinander abwägen und das KundInneninteresse beachten, und diesen Anspruch erfüllen wir mit unseren Beratungen auch weiterhin. Für Neuerungen und Veränderungen im Zuge des europäischen Binnenmarktes sind wir immer offen, wenn dies unsere Produktpalette wirklich verbessert.

Ferner finden wir den abschließenden Satz: »Aus Fairsicherern werden ganz normale Versicherer« ziemlich daneben und schlichtweg platt. Denn unsere Mitglieder sind überwiegend Maklerbetriebe, also lt. Gesetz dem Kundeninteresse und nicht den Versicherern verpflichtet.

Wir haben nie die Behauptung aufgestellt, die einzigen fairen Vermittler zu sein. Unser Anspruch ist nach wie vor, Beratung und Risikoanalyse in den Vordergrund zu stellen. Wenn auf dem Versicherungsmarkt auch »ganz normale Versicherungsvermittler« nach unseren Grundsätzen arbeiten wollen, dann kann uns das nur freuen, deshalb sind wir aber noch lange nicht so wie alle anderen.

Abschließend noch einige persönliche Worte: Mit dem AutorInnenteam (besonders mit Arndt Kluge), welches unsere Arbeit ja deutlich negativ darstellt, hatten wir im April 1991 eine ausführliche Korrespondenz zu diesem Thema, die sich im Artikel leider nicht im geringsten niederschlug. Schade. ●

Verbund der Fairsicherungsläden
Harald Deerberg

„Nur wer sich ändert, bleibt sich treu."

Wolf Biermann

Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Biermann. Getreu Ihrem Grundsatz hat die tageszeitung sich zu einem entscheidenden Schritt entschlossen: Wir gründen die 'taz-Verlagsgenossenschaft', die den taz-LeserInnen gehören soll. Ab jetzt können Sie Anteile zwischen 1.000 und 50.000 Mark zeichnen und so dafür sorgen, daß wir die Zeitung machen können, die Sie schätzen.
Wer sich für eine Mitgliedschaft in der 'taz-Verlagsgenossenschaft' interessiert, bekommt Informationsmaterial unter der Anschrift: die tageszeitung, -Genossenschaft-, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61.

Ich bin interessiert an der 'taz-Verlagsgenossenschaft'.

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Bitte ankreuzen:

☐ Ich weiß schon jetzt, daß ich Mitglied werden will.
☐ Ich möchte einen Anteil in Höhe von

DM .....

zeichnen, sobald die Genossenschaft gegründet wurde und der Vorstand meine Aufnahme als Mitglied beschlossen hat.

120

taz, die tageszeitung.

FORSETZUNG VON SEITE 13

ERFAHRUNGEN

Trotzdem sind die Ergebnisse der Genossenschaftsbewegung im Bankwesen nicht nur negativ zu beurteilen. Die Erfahrungen der Genossenschaftsbanken bilden bis heute die Grundlage für alle Versuche, besondere ethische Ansprüche in der Wirtschaft durchzusetzen. Sie stecken den Rahmen ab, in dem sich alle »alternativen« Anlage- und Finanzierungsstrategien bewegen müssen. Die traditionellen Genossenschaftsbanken haben bewiesen, daß genossenschaftliche Selbsthilfe (und weder staatliche noch private Fremdhilfe) auf Dauer die einzig wirksame Methode ist, um die »kleinen Leute« wirtschaftlich sinnvoll einzubinden. Daß dies keine Selbstverständlichkeit ist, belegen die immer noch zahlreichen Verstöße gegen das Selbsthilfeprinzip in der Entwicklungshilfe. Wer alternative Geldanlagen und Finanzierungen organisieren will, kommt an den Erfahrungen der Genossenschaftsbanken nicht vorbei, z.B. wenn es darum geht, unter welchen Umständen man darauf verzichten kann, Dividenden auf Genossenschaftsanteile auszuschütten, ohne damit den notwendigen Eigenkapitalzufluß zu gefährden. Ein anderes Feld, auf dem von der Entwicklung der traditionellen Genossenschaftsbanken gelernt werden kann, ist die Organisation, wie die Mitglieder an den Entscheidungen ihrer Genossenschaft mitwirken. Studieren der historischen Erfahrungen verhindert, dieselben Fehler noch einmal zu machen.

DIE WEGBEREITER

Für die alternativen Geldanlagen und Finanzierungen der Gegenwart sind aber nicht nur die Organisationserfahrungen der Genossenschaftsbanken wichtig, sondern mindestens ebenso sehr die Veränderungen, die von den Genossenschaftsbanken in Wirtschaft und Gesellschaft ausgelöst wurden. Neben den Sparkassen waren es vor allem die Genossenschaftsbanken, die Bevölkerung und Banken zusammengebracht haben. Wenn heute für fast jede(n) eine Bankverbindung selbstverständlich ist, so ist das (neben den Sparkassen) maßgeblich auf die Tätigkeit der Genossenschaftsbanken zurückzuführen, die insofern echte »Volksbanken« sind. Daneben haben die Genossenschaftsbanken dafür gesorgt, daß demokratisches Verhalten von Millionen Menschen eingeübt werden konnte. Vor allem in den Phasen der deutschen Geschichte, in denen Demokratie behindert oder unterdrückt wurde (Kaiserreich, Nationalsozialismus), waren die Genossenschaften Kerne der Demokratie. Die Möglichkeiten, Demokratie zu praktizieren, gehen in Genossenschaften weit über das Ankreuzen einer Partei bei Wahlen hinaus. Auf diesen Fundamenten können die alternativen Bestrebungen der Gegenwart aufbauen und sie in ihrem Sinne weiterentwickeln.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Lernen aus Erfahrungen und Aufbauen auf den Fundamenten ihrer Vorgänger sind zwei Erfolgsbedingungen, die alternative Geldanlagen und Finanzierungen für sich nutzen können. Insofern haben sie bessere Voraussetzungen, ihre Ziele zu verwirklichen, als die traditionellen Genossenschaftsbanken. Trotzdem sind auch sie der Gefahr ausgesetzt, die Ziele, mit denen sie gestartet sind, im Laufe der Zeit aus den Augen zu verlieren.

Der Wandel der traditionellen Genossenschaftsbanken von »alternativen« zu »normalen« Banken hat zahlreiche Gründe im gesellschaftlichen, im gesamtwirtschaftlichen und im genossenschaftlichen Bereich, die hier nicht im einzelnen aufgezählt werden sollen. Ein zentraler Grund ist der Verlust der Hauptaufgaben, zu deren Bewältigung sie gegründet worden sind. Die soziale Frage ist in der deutschen Wohlstandsgesellschaft im wesentlichen gelöst, die Existenz des Mittelstandes, die während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert bedroht schien, ist gesichert. Die Genossenschaften haben dazu beigetragen, breite Schichten der Bevölkerung wirtschaftlich und gesellschaftlich zu integrieren. Die Trägheit der Organisation - eine Regel, die für Organisationen den Normalfall darstellt - verhinderte, daß sich die Genossenschaftsbanken auflösten, nachdem sie ihre Hauptaufgaben verloren hatten. Stattdessen paßten sie sich den Gepflogenheiten anderer Banken zunehmend an.

Die Hauptaufgaben alternativer Geldanlagen und Finanzierungen liegen in der ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft, dem Eintreten für mehr wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit und der Vertiefung der Wirtschaftsdemokratie. Diese Aufgaben können nur über längere Zeiträume erfüllt werden. Der Verlust ihrer ursprünglichen Funktionen, der die traditionellen Genossenschaftsbanken betraf, ist für alternative Anlagen und Finanzierungen in den nächsten Jahrzehnten nicht zu erwarten. Und sollten die Ziele alternativer Geldanlagen und Finanzierungen tatsächlich eines Tages erreicht sein, wird man den Spezialinstitutionen, die sie gegenwärtig durchführen, keine Träne nachweinen. Doch bis dahin ist der Weg noch lang.

WAS TUN?

Strategien für den Staat

Bekanntlich bestimmt der Staat die Rahmenbedingungen der Wirtschaft – bislang eher zum Nachteil ethischer Anlagen und Finanzierungen. Zum einen erschwert er die Schaffung ethischer Anlageformen und zum anderen ihren Markterfolg. Die hohen Forderungen, die von den staatlichen Aufsichtsämtern für das Kreditwesen bzw. für das Versicherungswesen an Unternehmen im Banken- und Versicherungsgeschäft gestellt werden, erschweren neuen Unternehmen und neuen Produkten den Zugang zum Markt: Ethische Fonds dürfen nicht »ethisch« genannt werden, alternative Banken müssen eine Mindestgröße und eine bestimmte Geschäfts- und Organisationsstruktur aufweisen, Versicherungsgesellschaften Grundsätze bei der Anlage ihrer Prämieneinnahmen und der Gestaltung ihrer Verträge beachten. Zum Glück für ethische Dienstleister wird der EG-Binnenmarkt 1993 dieses übermäßig hohe Regulierungsniveau in der Bundesrepublik senken, so daß die Wettbewerbschancen ethischer Anlagen und Finanzierungen steigen werden.

Ein weiterer Nachteil ethischer Anlagen liegt bisher darin, daß die monetären Renditen und Zinserträge vielfach niedriger ausfallen als bei nichtethischen Anlagen. Der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, daß bei ethischen Anlagen die Kostenrechnung viel höhere Anteile an Kosten enthält, die Unternehmen üblicherweise der Allgemeinheit aufbürden, z.B. Kosten der Abfallbeseitigung. Der Ausweg aus diesem Dilemma kann natürlich nicht in einem Rückfall in alte betriebswirtschaftliche Schemata liegen, nach denen Gewinne privatisiert, Kosten aber sozialisiert werden. Stärker als er es zur Zeit tut, muß der Staat die Unternehmen zwingen, so weit wie möglich die Kosten, die bei der Produktion entstehen, einschließlich der Umweltverschmutzung, sozialer und psychischer Probleme, betriebswirtschaftlich zu berücksichtigen. Nur so können Anreize gesetzt werden, die Auswirkungen der Produktion auf Mensch und Umwelt in das Wirtschaftsleben einzubeziehen, also dem viel beschworenen Verursacherprinzip konsequent zu folgen. Wenn sich diese Sichtweise stärker als bisher durchsetzt – und Anzeichen dafür sind vorhanden – so verschwinden die derzeitigen Wettbewerbsnachteile alternativer Geldanlagen.

Strategien für die Anbieter

Ist damit der Zukunftserfolg alternativer Anlagen und Finanzierungen schon gesichert? Natürlich nicht. Zwei Gefahren bleiben sie ständig ausgesetzt: dem Verlust der eigenen Identität und dem Versagen am Markt. Auch ethische Finanzierungsinstrumente müssen mit der Gefahr rechnen, ihre Ziele zugunsten bloßer ökonomischer Funktionsfähigkeit aufzugeben. Der Elan der Gründer droht in jeder Organisation nach einiger Zeit im Alltagskampf zu versanden. Ein sicheres Mittel gibt es nicht, welches verhindert, daß aus einer ethischen Finanzierungsorganisation ein rein betriebswirtschaftlich gemanagtes Unternehmen wird. Eine organisatorische Vorkehrung kann jedoch dadurch getroffen werden, daß den von der Unternehmenstätigkeit Betroffenen ein Höchstmaß an Mitsprache gewährt wird. Eine genossenschaftlich-demokratische Unternehmensverfassung ist – wie die Geschichte der Genossenschaftsbanken lehrt – kein perfektes, aber das beste der bekannten Mittel, um die Zieltreue eines Unternehmens dauerhaft zu gewährleisten und eine Verselbständigung des Managements gegenüber den Mitgliedern zu vermeiden.

Der Markt ethischer Geldanlagen und Finanzierungen ist durch eine Vielzahl kleiner hochspezialisierter Anbieter gekennzeichnet, die jeweils nur wenige Produkte zur Verfügung stellen. Gegen die Konkurrenz der Großbanken, die dabei sind, sich zusätzlich zu ihrem normalen Sortiment ebenfalls »alternative« Anlage- und Finanzierungsformen zuzulegen, ist auf diese Weise schwer anzukommen. Da der alternativökonomische Bereich im engeren Sinne in Deutschland stagniert oder sogar schrumpft, müssen die Finanzierungsinstitute der Alternativökonomie verstärkt über neue Kundenkreise nachdenken. Zwei Richtungen scheinen in der nahen Zukunft für sie erfolgversprechend zu sein: die Erweiterung der Produktpaletten (z.B. durch Auflegen ethischer Investmentfonds und Vermögensverwaltungen, wovon es in Deutschland bislang nur wenige gibt, und durch intensivere Beratung über staatliche Förderprogramme, Finanzmanagement, versicherungs- und betriebswirtschaftliche Fragen) und die Einbeziehung neuer Kundenkreise (z.B. verstärkte Umwerbung von vermögenden Privatkunden, denen Kredite für den Bau ökologischer Eigenheime gewährt sowie Angebote der Vermögensanlage gemacht werden).

Alle Strategien dürften zu stärkerer Unternehmenskonzentration führen. Ob diese nach dem Vorbild der Genossenschaftsbanken durch Fusionen selbständiger Unternehmen durchgeführt werden, die zu Zweigstellen eines größeren, zentral und hierarchisch geführten Unternehmens werden, ist abzuwarten. Es braucht erhebliche Anstrengungen, um trotz wirtschaftlicher und rechtlicher Einschränkungen und trotz der Konzentration Wege zu finden, die die Mitspracherechte der Basis nicht zu sehr beschneiden. Eine Möglichkeit ist die Ausgliederung von Geschäftsbereichen in selbständige Institutionen, die nur locker mit ihrem »Mutterunternehmen« verbun-

ÜBERSICHT

Anbieter / Dienstleistung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1. Geldanlagen																
Einlagen bei Kreditinstituten																
○ Sichteinlagen	x	x/2	–	–	–	x	–	–	x/3	–	–	–	x	x/6	–	–
○ Sparkonten mit versch. Künd.fristen/Sparbuch	x	x/2	x/6	–	–	x	–	–	x	–	–	–	x	x	–	–
○ Sparbriefe	–	x	–	–	–	x	–	–	x	–	–	–	–	x/6	–	–
○ Sonst. klassische Sparvarianten	x	–	–	–	–	x	–	–	x	–	–	–	–	–	–	–
○ Termineinlagen	x	x/2	–	–	–	x	–	–	x	–	–	–	x	x/6	–	–
Investmentfonds und/oder Vermögensverwaltung	x	x	–	–	–	–	–	–	x	–	–	–	–	x	–	x
»Kreditvergabe«																
○ Schuldverschreibungen	–	x	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
○ Direktkredite und/oder Direktkreditvermittlung	x	–	x/2	–	–	–	x	x	x/4	–	–	x	–	x	–	–
Beteiligungen am Großkapital																
○ Beteiligung als Gesellschafter (oder deren Verm.)	x	–	–	–	–	–	x	–	–	–	–	x	–	x	x/7	–
○ Aktien	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
○ Genossenschaftsanteile	x	–	x	–	–	x	–	–	x	–	x	x	–	x	–	–
2. Finanzierungen																
Kredite an Privatpersonen (oder deren Vermittlung)	x/1	–	–	–	–	x	–	–	x	–	–	–	–	x	–	–
Kredite an Untern. oder Projekte (oder deren Vermittlung)	x	x/2	x/2	–	–	x	x	x	x	x	x/5	–	–	x	–	–
Beteiligungsfinanzierung (oder deren Vermittlung	x	–	–	–	–	–	x	–	–	–	x/5	–	–	x/6	–	–
Zuschüsse	x	–	x/2	x	–	–	–	x	–	x	–	–	–	x/6	–	–
Bürgschaften	x	x/2	x/2	x	–	–	–	x	–	x	x/5	–	–	–	–	–
3. Finanz- und/oder betriebswirtschaftliche Beratung	x	x/2	x/2	x	x	–	x	–	x	–	x/5	x	–	x	–	–
4. Versicherungen und/oder Versicherungsvermittlung	–	–	–	–	–	–	–	–	x	–	–	–	–	–	x	–

1 Nur z.B. im Rahmen von Leihgemeinschaften.
2 Nur für gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege.
3 Nur für Geschäftskunden bzw. Kreditnehmer und Privatkunden im Raum Frankfurt.
4 Sonderform/Produktinnovation.
5 In »armen« Regionen.
6 Nur Vermittlung.
7 Wird von einigen Mitgliedern (Fairsicherungsläden) des Verbundes angeboten.

1 **Gemeinschaftsbank**, Oskar-Hoffmann-Str. 25, 4630 Bochum 1, Tel.: 0234/37653, Telefax: 0234/313883 (GLS Gemeinschaftsbank eG, GKG Gemeinnützige Kredit-Garantiegenossenschaft eG, Gemeinnützige Treuhandstelle e.V.)
2 **Bank für Sozialwirtschaft GmbH**, Keithstr. 2, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2100090
3 **Die Paritätische Geldberatung eG**, Loher Str. 7, 5600 Wuppertal 2, Tel.: 0202/2822-0
4 **Haftungsassoziation eG** – Bürgschaftsbank für kleine kooperative Betriebe, Schmargendorferstr. 13, 1000 Berlin 41, Tel.: 030/8512028, Telefax: 030/8592846
5 **Innova – Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.**, Am Hofgarten 20, 5300 Bonn, Tel.: 0228/215290
6 **Integra Spar- und Kreditgenossenschaft eG**, Goethestr. 74/III, 8000 München 2, Tel.: 089/533963
7 **Kreditnetz für Frieden, Ökologie und Selbstverwaltung e.V.**, Holzstr. 2-4, 8000 München 5, Tel.: 089/268860
8 **Netzwerke** (regional eingetragene Vereine, Veröffentlichung der Adressen häufiger in der Zeitschrift "CONTRASTE")
9 **Ökobank eG**, Brönnerstr. 9, 6000 Frankfurt/Main, Tel.: 069/2998700, Telefax: 069/29987098
10 **Ökofonds der Grünen** (in jedem Bundesland, Adressen über regionale Parteibüros erhältlich)
11 **Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft eG** (EDCS), P.C. Hooftlaan 3, 3818 HG Amersfoort, Niederlande (aber in Deutschland regionale Fördervereine)
12 **Stattwerke Beratung und Finanzierungsvermittlung eG**, Mehringdamm 50, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/7857082
13 **Steyler Missionssparinstitut GmbH**, Arnold-Janssen-Str.22, 5205 Sankt Augustin, Tel.: 02241/237337
14 **Trion Geldberatungsgenossenschaft eG**, Gerberstr. 9, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/387060, Telefax: 040/382583
15 **Verbund der Fairsicherungsläden eG**, Kohlhökerstr. 17, 2800 Bremen, Tel.: 0421/327751, Telefax: 0421/327761
16 **Investmentfonds und Vermögensverwaltungen:**
○ Concorde-Artus, Ethische Vermögensverwaltung GmbH, Weidenauer Str.179, 5900 Siegen
○ DG Capital Management GmbH, Am Platz der Republik, 6000 Frankfurt a.M.
○ Focus Wertpapierverwaltungs- und Finanzberatungsges.mbH, Guntherstr. 21, 8000 München 19
○ H.C.M. Hypo Capital Management, Vermögensbetreuungsges.mbH, Denningerstr.130-132, 8000 München 81

JOBS

Wir arbeiten selbstverwaltet und suchen noch immer EinsteigerInnen für unser Kollektiv:
- in unserer KFZ-Werkstatt fehlt noch **1 MeisterIn** oder **1 GesellIn**
- für den Hifi-Bereich suchen wir noch immer **1 Rundfunk- und Fernsehtechniker**In

Werkhof Bremen
Hohentorsheerstr. 160
2800 Bremen 1
☎ (04 21) 50 05 71

Partner oder Partnerin gesucht für **Tischlerei** mitten in Deutschland.
Bernd Schofer
Zasen Beck 12
W-3120 Wittingen
☎ (0 58 36) 13 67 o. 3 46

WAGNER & CO SOLARTECHNIK

Wir, ein Betrieb in **Selbstverwaltung** mit 30 bis 40 MitarbeiterInnen sind seit Jahren in der Herstellung und dem Vertrieb von Solar- und Regenwassernutzungs-Anlagen engagiert.

Für den Bereich **Regenwassernutzung** suchen wir zum 1.7.1992 eine(n) **MitarbeiterIn mit Erfahrungen in der Wasserinstallationstechnik**

Bereitschaft zur Teamarbeit mit teilweiser Rotation in den Arbeitsbereichen Entwicklung, Fertigung, Versand, Beratung, Verkauf wird erwartet.

Bewerbungen an:
Alois Wilhelm
Wagner & Co Solartechnik
Ringstr. 14 · W-3553 Cölbe

Selbstverwalteter Produktionsbetrieb für thermische Solaranlagen sucht engagierte/n SachbearbeiterIn für

- **Buchhaltung**
- **Versand- und Tourendisposition**
- **Materialdisposition**

sowie
- **1 KonstrukteurIn**
- **1 BetriebswirtIn**

Wir arbeiten als Kollektiv mit Einheitslohn und suchen Menschen mit entsprechenden Qualifikationen oder Erfahrungen, mit guten Nerven und Eigeninitiative. Bewerbungen bitte an:

SOLVIS ENERGIESYSTEME GmbH
Marienberger Straße 1
3300 Braunschweig

JOBSUCHE

Tischler sucht Zivistelle. Am besten in Teamarbeit!
Tim Wehmeyer
Westerschauer Weg 22
W-2331 Barkelsby
☎ (0 43 51) 8 69 07

Ich habe den Traum, **Gitarrenbauer** zu werden. Wer kann mir dabei helfen und weiß eine Ausbildungs-/Praktikumsstelle o. andere Wege?
Martin Wilmes
Schiffahrter Damm 94
W-4400 Münster
☎ (02 51) 230 31 64

Schreinermeister möchte umsteigen: Ich suche Arbeits- (und Einstiegs-)möglichkeit im Schreinerkollektiv oder Ausbildungsprojekt im Ruhrgebiet.
Otto Hänsler
Karlsruher Str. 129a
W-4330 Mülheim
☎ (02 08) 5 03 32

Dipl.-Ing. Maschinenbau, 34, sucht Arbeit in einem selbstverwalteten Betrieb, der im Umweltschutz (insbes. Fahrräder) oder im entwicklungspolitischen Bereich tätig ist. Kein Führerschein, dafür viel politische und Berufserfahrung vorhanden.
Michael Müller
Dosselstr. 33
W-5000 Köln 1
☎ (02 21) 24 27 50

PROJEKTE

Wir suchen: MitgesellschafterInnen (Eigenkapital und Qualifikation) an größerem Projekt (Touristik, Gastronomie, Gäste/Tagungshaus) in Brandenburg oder: **Aktive Beteiligungsmöglichkeit** an Gäste-/Tagungshausprojekt in Ostdeutschland (nix spirituelles).
Chiffre: Babylon

PROJEKTE

Wer hat Lust, mit uns aus einem alten Resthof im Wendland mehr zu machen? Hausausbau, Garten, Tierhaltung, ... lernen, gemeinsam zu leben und arbeiten, langsam zusammenwachsen. Wir sind Luise (31), Frank (24) und ab Sommer ein Baby.
Frank Freudenthal
Klein Sachau 6b
W-3132 Clenze
☎ (0 58 44) 18 22

Anarchistischer Zeitungsvertrieb sucht für die Bezirke Berlins Verteilerinnen und Verteiler. Zur Zeit vertreiben wir A-Kurier, Direkte Aktion, Graswurzelrevolution, Schwarzer Faden. Wir sind für weitere Ideen offen.
Kontakt:
A-Kurier
c/o El Locco
Kreuzbergstr. 43
W-1000 Berlin 61

Ökologisches Wohn-, Arbeits- und Seminarhausprojekt im Südschwarzwald sucht **EinsteigerInnen der ersten Stunde**. Wir haben an traumhafter, etwas abgelegener Lage ein ausbaufähiges Objekt an der Leine mit viel Raum für eigene Ideen. Wir wünschen uns:
- Bereitschaft zum Zusammenleben,
- Engagement für's Ganze,
- Offenheit für pers. Wachstum,
- Interesse an ökologischen Themen,

ferner jobmäßige Selbständigkeit und etwas Kleingeld, besser noch Großgeld. Mehr erfährst Du von JuMu unter
☎ (07 61) 401 41 11 tags
oder ☎ (07 61) 6 63 15 abends.

NEUZUGANG

Die CONTRASTE-Redaktion Dessau hat am 7. März 1992, 2.05 Uhr, Zuwachs bekommen: LISA Schneider, 3.700g, 51cm. Herzlich willkommen!

LESERBRIEFE

Liebe CONTRASTE-(Mit)wirkende!
Ich schreibe Euch einfach mal, wie TOLL ich Eure Zeitung finde: politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge werden deutlich, Ihr vermittelt immer viel Hintergrundwissen (Fakten), bringt konkrete, überzeugende Beispiele und Vergleiche, keine platten Idealisierungen oder Feindbilder – ein ermutigender Lesegenuß! WEITER SO, verbreitet das Gefühl, daß »anders Leben«-CONTRASTE möglich sind und sich der Einsatz lohnt!
Cora, Bremen (Azubi Zimmerin)

... Ihr werdet immer besser! Die vielseitige Themenauswahl – nicht nur auf die Alternative Ökonomie beschränkt – ist eine geglückte Verknüpfung zwischen alternativ arbeiten, anders leben und politischer Information (Medien, Computer, Telekommunikation ... etc.)
Karl, Hamburg

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

WOHNEN

Wir möchten möglichst bald von Wiesbaden nach Mainz oder nähere Umgebung ziehen und suchen Leute, die mit uns (1w. 30, 1m. 33, berufstätig, NR, ökologisch orientiert) zusammenziehen wollen und Wohnraum mit guter Anbindung an ÖPNV, Garten.
Chiffre: Umzug

SAX

Ganz Dresden für 2,50 DM

Wir wissen **vorher**, was passiert

Vom Ersten bis zum Letzten, **das volle Programm**

Mehr als 1500 **Termine** über 700 **Adressen**

Jede Menge kostenlose **Kleinanzeigen**

Alles, was passiert in **Kultur und Politik**

Das Dresdner Stadtmagazin · Wiener Str. 41 · 8020 Dresden · Tel. 4 64 02 58

Wir suchen
freie Mitarbeiter/Innen

Wir sind eine Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat **Fälschungen** jeder Art zu archivieren und sie dem ID-Archiv in Amsterdam zur Verfügung zu stellen. Dort sind dann unter den Stichworten **Fälschung**, Spaßguerillia, subversive Medienkritik (...) die gesammelten Plagiate für alle einsichtig. Aber vorsichtig! **Fälschen** steckt an und kann sich schnell verbreiten. Es soll daher eine Literaturliste geben mit Tips, Tricks & Theorie, um nichts **falsch** zu machen.

Eine Wanderausstellung mit den schönsten **Fälschungen** ist in Planung und vielleicht bald in eurer Stadt zu sehen.

Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in ihrem Leben schon einiges **falsch** gemacht haben, sondern auch die verwirrten Leser, die "Opfer" dieser **Fälschungen**. Auch von Symphatisanten, die irgendwo eine solche Fälschung in die Finger bekommen haben, wünschen wir uns Mitarbeit.

Schickt uns also keinen tabellarischen Lebenslauf, sondern von jeder Fälschung 3 Exemplare oder Kopien vom Feinsten und Zeitungsartikel über die Aktion.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
-Eine Initiative für's ID-Archiv-
c/o ID, Postfach 104522 D-2800 Bremen 1

blätter des iz3w
Informationszentrum dritte welt-iz3w

- Seit über zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik...
- Nachrichten und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
- Gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:
- Afrika im Aufbruch (Nr. 176)
- Transnationale Konzerne (Nr. 177)
- Nationalismus (Nr. 178)
- Tourismus und Menschenrechte (Nr.179)
- Neu: Kolonialismus III (Nr. 180, März '92)
- ECO/UNCED (Nr. 181, Mai '92)

8 mal im Jahr für 48 Mark
Einzelheft 6 DM + 1,80 Porto
Materialliste anfordern!
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; **3400 Göttingen**, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; **4700 Hamm**, Redaktion Ruhrgebiet, c/o Chaos-Zentrum Hamm, Götz Paschen, Postfach 18 44, ☎(02381) 1 36 69; **6900 Heidelberg 1**, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 18 34 02; **7053 Stetten**, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; **8500 Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **O-4500 Dessau**, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0347) 37 93 (auch Fax); **O-8060 Dresden**, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14 (auch Fax) **Niederlande, 1019AT Amsterdam**, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; **Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36**, Wüseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur: 7400 Tübingen**, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik: 8000 München 2**, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach**, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost: 4500 Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19**, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

DIE BRÜCKE
NACHRICHTEN ● MEINUNGEN ● KULTUR
FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

DISKUSSIONSFORUM

DIE BRÜCKE erscheint seit zehn Jahren regelmäßig zweimonatlich. Inhaltliche Schwerpunkte sind: das schwierige Verhältnis des Deutschtums zu seinen eingewanderten Minderheiten, der Umgang mit Menschenrechten in Europa, Themen des alltäglichen und strukturellen Rassismus und Ethnozentrismus sowie Bereiche interkultureller Begegnung. Sie bietet in einem kommentierten Nachrichtenteil und einer umfassenden Medienschau einen Überblick über die aktuelle Diskussion.

DIE BRÜCKE entwickelt und verändert sich mit den Interessen ihrer Leserschaft. Sie verharrt nicht, sondern mischt sich in die Mehrheitsgesellschaft ein. Unbequemlichkeit bei der Meinungsäußerung und Streitkultur sind ihre Grundelemente. Die Redaktion sieht darin auch ihre politische Aufgabe und versucht, die Diskussion mit Herausgabe von themenspezifischen Sonderbänden zu vertiefen. Zum Beispiel der kürzlich erschienene

SONDERBAND
ISLAM IM ABENDLAND

Bilden die 30 Millionen Muslime in Westeuropa den Brückenkopf eines Islam, der heute von Süden her die Industrienationen bedroht wie kürzlich noch von Osten der Kommunismus? Was wird hier mit dieser fremden Religion »eingeschleppt«, von welchen Menschen, mit welchen Absichten? Wie wird ihnen durch die Mehrheitsgesellschaft begegnet? DIE BRÜCKE greift die Thematik in einem Sonderband auf, um zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Konfliktfeld »ISLAM IM ABENDLAND« beizutragen.

160 S. ● 14,— DM im Buchhandel ● ISBN 3-925134-06-9 (für AbonnentInnen der Zeitschrift DIE BRÜCKE 10,— DM zzgl. Porto. 30% Ermäßigung bei Bestellungen von mehr als drei Exemplaren.)

Bestellungen: **DIE BRÜCKE e.V.**
Riottestr. 16, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/390 58 50
Fax 0681/81 72 29

Die Zeitschrift DIE BRÜCKE befindet sich im zehnten Jahr ihres Bestehens. Kostenloses Probeheft anfordern!

Arthur B.* aus O. ist Abonnent. Und worauf warten Sie? *Der Name ist der Redaktin bekannt

die andere
Wochenzeitung

Gegründet im Herbst 89. Heute noch eine unabhängige Stimme aus dem Osten Deutschlands.

Erscheint in der BürgerForum Verlagsgesellschaft m.b.H., Französische Straße 47, O – 1080 Berlin.

Ich abonniere *die andere* probeweise für 6 Wochen zum Preis von DM 10,– (Vorkasse) *
Datum:
Unterschrift:
Lieferadresse:
Name, Vorname:
Straße:
Ort:
* Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch und kann innerhalb von 10 Tagen widerrufen werden.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

HAMBURG

Starthilfe für Gründerinnen und Gründer
Im Seminar werden notwendige Kenntnisse – von Konzeption bis Finanzierung – vermittelt, um Chancen und Risiken der eigenen Betriebsidee realistisch zu beurteilen.
Mo-Do, 1.4. Juni 92, 10 bis 17 Uhr
Gebühr: DM 220, Ort: Netzwerk
Information & Anmeldung:
Claudia Kirsch
Mottenburger Str. 20
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 390 97 42

UMDENKEN

Öffentlichkeitsarbeit praktisch
Die Presseerklärung
Do-Fr 4.-5.6.92, 150 DM
Kommunikationstraining I
Ich trau mich!
18. bis 19.5.92, 150 DM
Ein Bild sagt mehr als tausend Worte
Visualisieren und Präsentieren
12. bis 14.5.92, vormittags
Gebühr: 200 DM
Information & Anmeldung:
umdenken
– Politisches Bildungswerk
Max-Brauer-Allee 116
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 389 52 70
Nähere Informationen schicken wir gerne zu – Anruf genügt!

RAT & PLAN

Vereinsbuchhaltung
Termin: 27.4. bis 29.4.92
jeweils 10 bis 17 Uhr
Gebühr: 495 DM zzgl. MWSt.
Wie organisiere ich mich selbst?
Termin: 20.5.92, 18 Uhr
Gebühr: 159 DM zzgl. MWSt.
Schreibtischordnung
Termin: 13.5.92, 18 Uhr
Gebühr: 159 DM zzgl. MWSt.
»DOS« kann es nicht gewesen sein ...
Termin: 22.5.92, 18-21 Uhr
und 23.5.92, 9-18 Uhr
Gebühr: 443 DM zzgl. MWSt.
Veranstaltungsmanagement II
Termin: 4. bis 6.5.92 jeweils 10-17 Uhr
14. u. 15.5.92, 10-17 Uhr
Gebühr: 700 DM zzgl. MWSt.
Handwerk ohne Meisterpflicht
Termin: 11.5.92, 18-21 Uhr
12.5.92, 18-21 Uhr
Gebühr: 290 DM zzgl. MWSt.
Buchhaltung II
Termin: 5. bis 8.5.92, 18-21 Uhr
9.5.92, 10-17 Uhr
Information & Anmeldung:
Rat & Plan
Betriebsberatungs GbR
Eimsbütteler Str. 16
W-2000 Hamburg 50
☎ (040) 439 91 22
Fax (040) 430 21 40

KOMMUNE LUTTER

»anders leben – anders arbeiten«
Vom 22. bis 24. Mai werden im Tagungshaus der Domäne Lutter im Vorharz Formen anderen Lebens und Arbeitens aufgezeigt. Das Seminar wendet sich insbesondere an junge Menschen bis ca. 25 Jahre. Die Kommune Lutter stellt sich vor, woran sich ein Gespräch über Leben in der Kommune anknüpft. Gemeinsam werden wir feststellen, daß es für jeden möglich ist, anders zu leben. Informiert wird über selbstverwaltete Betriebe, Kibbuzims und Kommune-Projekte in der BRD. Information und Anmeldung bei:
Tino Fleischer · Lange Str. 34
W-2870 Delmenhorst

FRANKFURT

Buchführung für Vereine und Initiativen
Termin: 28.-30.5.92
Gebühr: 150 DM ohne Ü & V
Was Tun? III – Visualisierung
Termin: 1. bis 2.6.92
Gebühr: 180 DM ohne Ü & V
Buchführung und Bilanz
Termin: 10. bis 14.8.92
Gebühr: 250 DM ohne Ü & V
Was Tun? IV – Verhandlungen führen
Termin: 24. bis 25.9.92
Gebühr: 230 DM ohne Ü & V
Was Tun? I – Kollektives Management
Termin: 4. bis 6.12.92
Gebühr: 230 DM ohne Ü & V
Weitere Informationen:
ISO · Kasseler Str. 1a
W-6000 Frankfurt/Main 90
☎ (0 69) 70 57 74 (Ab 1. Mai 1992) vorher:
Mainzer Landstr. 147
☎ (0 69) 738 18 33

SCHREINEREIEN

Schreinereientreffen
vom 8. bis 10. Mai 1992
Tagungshaus Bessunger Forst,
Darmstadt/Roßdorf
in Kooperation mit Buntstift e.V.
500 Jahre Kolonialismus und der Griff nach den Rohstoffen der sogenannten »Dritten Welt«. Die selbstverwalteten Betriebe im Spannungsfeld zwischen HERRschaftsfreier Utopie und Einbindung in die weltwirtschaftliche Realität.
Anmeldungen und Infos bei
querholz möbelbau
Körnerstraße 5a · W-6140 Bensheim
☎ (0 62 51) 6 76 47

GRAFISCHE BETRIEBE

Frühlingstage '92
in Berlin. 25. bis 30. Mai 1992
Infos:
transfer e.V.
Paul-Lincke-Ufer 44a
W-1000 Berlin 36
☎ (0 30) 611 68 03

FRAU & ARBEIT

Wege durch den Computerdschungel
Ref.: Gabi Schneider
Termin: 8. April 1992, 19 bis 22 Uhr
Gebühr: 24 DM / 32 DM / 40 DM

Buchführungskurse für Vereine
Ref.: Rita Lassen
Termin: 8., 15. und 22. April 1992
jeweils von 10 bis 16 Uhr
Gebühr: 144 DM / 192 DM / 240 DM
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
W-2000 Hamburg 13
☎ (0 40) 44 49 60

BONN

Führen und Leiten in der beruflichen Praxis
Termin: 4. bis 8.5.92
Gebühr: 840 DM incl. Ü & V
Management in nicht-gewerblichen Institutionen
Termin: 22. bis 26.6.92
Gebühr: 1.050 DM incl. Ü & V
Moderieren in schwierigen Situationen
Termin: 15. bis 17.6.92
Gebühr: 980 DM incl. Ü & V
Erfolgreich verhandeln
Termin: 25. bis 27.5.92
Gebühr: 820 DM incl. Ü & V
Strategien ganzheitlicher Öffentlichkeitsarbeit
Termin: 18. bis 21.5.92
Gebühr: 895 DM incl. Ü & V
Marketing und Sponsoring
Termin: 11. bis 13.5.92
Gebühr: 700 DM incl. Ü & V
Texte besser schreiben
Termin: 10. bis 12.6.92
Gebühr: 510 DM incl. Ü & V
Frauenpower im Beruf
(nur für Frauen)
Termin: 15. bis 17.5.92
Gebühr: 740 DM incl. Ü & V
Präsentation und Vortrag
(nur für Frauen)
Termin: 1. bis 3.5.92
Gebühr: 470 DM incl. Ü & V
Verhandeln und Gespräche führen
(nur für Frauen)
termin: 22. bis 24.5.92
Gebühr: 470 DM incl. Ü & V
Information & Anmeldung:
WDÖFF
Estermannstr. 204
W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 67 46 63

SOMMER-AKADEMIE

Europäische Sommer-Akademie
Die holländische »Stiftung Union« organisiert vom 26. Juli bis 22. August 1992 in den süd-französischen Cevennen für progressive Menschen aus der BRD, GB, F, B, NL die Europäische Sommer-Akademie. Eine ausgezeichnete Möglichkeit, über die eigenen Grenzen zu gehen.
Programm: 26. Juli bis 1. August 1992:
»Woche der kreativen Alternativen«
2. bis 8. August 1992:
»Gleichheit – aber wie?«
9. bis 15. August 1992:
»Frauen, verlegt die Grenzen!«
16. bis 22. August 1992:
»Ökologie und Ökonomie«
Die Broschüre der Stiftung zur Sommer-Akademie ist erhältlich über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1
☎ (0 62 21) 16 24 67
Fax (0 62 21) 16 44 89

netz-Bildung
für Selbstverwaltung und Selbstorganisation

Corporate Identy für Non-Profit-Organisationen
Mit: Burghard Flieger
Am: 7./8.7.1992
In: Düsseldorf
Für: 220 DM

BuchHalten für BuchHändler
Mit: Helmut Schwarz
Am: 18./19.5.1992
In: Düsseldorf
Für: 220 DM

Information & Anmeldung:
netz e.V.
Geschäftsstelle Düsseldorf
Börnestr. 10
W-4000 Düsseldorf
☎ (0211) 1649583

CONTRASTE-REGISTER

Register 1984-1990
6 Jahre CONTRASTE. Sach- Personen- und AutorInnen-Register.
DM 20,– zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1

SONSTIGES

Kapitalismus bis zum bitteren Ende?
Gibt es Alternativen zum bestehenden Geld- und Wirtschaftssystem?
29. bis 31.5.92
Nähere Infos:
Bildungswerk Leben und Umwelt e.V.
»Alte Schule«
W-3413 Fredelsloh

EMMAUS

»Gemeinsam mit den Armen, Erbauer einer solidarischen Weltgemeinschaft«
Generalversammlung von EMMAUS-International mit VertreterInnen der EMMAUS-Gruppen aus 4 Erdteilen im Jugendgästehaus Riehler Straße und Stadthalle Mülheim.
Termin: 1. bis 4.9.1992
Infos:
EMMAUS Bewegung in Köln
Neußer Landstr. 2
W-5000 Köln 60
☎ (02 21) 740 63 12

HAUS FELSENKELLER

Weiterbildung im Westerwald
Sucht- u. Suchtvorbeugung am Arbeitsplatz
13. bis 17.4.92
Computer-Grundlagenkurs
13. bis 17.4. und
20. bis 24.7.92
Rethorik i. Berufsalltag
24. bis 28.8.92
Word 5.5 – 24. bis 28.8.92
Alle Kurse m. begleit. Kinderbetreuung
Soziokulturelles Zentrum
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4 · W-5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 70 u. 60 01

TSCHERNOBYL

Auch in diesem Jahr:
»Massenzeitung« zum Tschernobyl-Jahrestag

Sechs Jahre ist die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl jetzt her. Und erst in letzter Zeit werden die wahren Folgen bekannt. Trozdem wird in der Bundesrepublik über den Neubau von AKWs diskutiert.

Um der massiven Werbekampagne der Atomindustrie etwas entgegenzusetzen ist es notwendig, der Öffentlichkeit fundierte Argumente und Informationen zu präsentieren. Eine Möglichkeit dazu ist die am 27. März erscheinende vierseitige »Massenzeitung« im taz-Format, die als ausführliches Flugblatt bei Aktionen und Veranstaltungen um den Tschernobyltag verteilt werden kann.

Die Themen: Tschernobyl und die Folgen (Interview mit dem »Chef-Liquidator« Dr. Wladimir Tschernousenko), Renaissance der Atomenergie? Wismut: Uranabbau und die Folgen, Leukämie bei Krümmel (Interview mit Prof. Inge Schmitz-Feuerhake von der Uni Bremen), Schacht Konrad, Atommüll-Lager in Greifswald? Atomgesetz, Klimadiskussion und AKW-Propaganda. **Und:** 7 Argumente gegen die Atomenergienutzung für alle, die sich noch nicht kennen oder wieder vergessen haben.

Bestellungen nur gegen Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken). Mindestabnahme 20 Stück. Preise (inklusive Versandkosten): 20 Ex.: 10 DM, 50 EX.: 20 DM, 100 EX.: 25 DM, 200 EX.: 45 DM, 300 EX.: 65 DM, 500 Ex.: 100 DM, 750 Ex.: 140 DM, 1.000 Ex.: 160 DM, weitere Preise auf Anfrage.
Bestelladresse:
Verlag Graswurzelrevolution
Schillerstr. 28 · W-6900 Heidelberg.
☎ (0 62 21) 18 39 07

ANARCHISMUS

Internationales Anarchistisches Treffen
in Paris vom 1. bis 3. Mai 1992
Vorgeschlagene Themen:
- Anarchismus und Arbeiterbewegung
- Ländliche und städtische Ökologie – soziale Ökologie
- AnarchistInnen und Antimilitarismus
- 500 Jahre...
- Europa 1992/93
- Der Aufstieg des Nationalismus und der extremen Rechten in Ost- und Westeuropa
- Der Niedergang des marxistischen Denkens...
- Erziehung und Anarchismus
- Nordafrika und Sahel
- Anarchofeminismus

Weitere Informationen:
Federation Anarchiste
145, Rue Amelot
F-75011 Paris
☎ (0033-1) 48 05 34 08
Fax: (0033-1) 49 29 98 59

ANTI-AKW-TAG

Europa ohne Atomenergie
Ost-West-übegreifender Protesttag zum 6. Jahrestag von Tschernobyl mit VertreterInnen der belorussischen Protestbewegung am 26. April 1992 in Dortmund.
Infos:
IBB e.V.
Reinoldistr. 2-4
W-4600 Dortmund
☎ (02 31) 52 87 41
Fax (02 31) 52 12 33

ÖKOLOGIE

Ökologie und Gesundheitsschutz
vom 24. bis 30. Mai 1992 in Lage-Hörste
Information & Anmeldung:
IG Medien, Hauptvorstand, Bereich 5
Friedrichstr. 15
W-7000 Stuttgart 1
☎ (07 11) 20 18-261

Solartechnik für Kleingärtner
6. Mai 1992, 19 Uhr
in der Fachhochschule Rüsselsheim, Am Brückenweg 25, W-6090 Rüsselsheim, Raum E2

JUGENDARBEIT

Leiden oder leiten?
Jugendsozialarbeit zwischen Management und Nächstenliebe
vom 19. bis 21.5.92 im Jugendhaus St. Michael/Roßbach bei Naumburg/Sachsen-Anhalt.
Nähere Infos:
»arbeit für alle e.V.«
Carl-Mosterts-Platz 1
W-4000 Düsseldorf 30
☎ (02 11) 46 93-164

SPIRIT OF CRIPS
GEIST DER KRÜPPEL
Das europäische Behinderten Kulturfestival
25.4. bis 8.5.92 in Hannover
Information:
Verein zur Förderung behinderter Künstler e.V.
Blumenauer Str. 9
W-3000 Hannover
☎ (05 11) 45 40 51

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1